

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

59. Sitzung

Hannover, den 31. Januar 2025

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 34:	Tagesordnungspunkt 36:
Mitteilungen der Präsidentin4693	Erste Beratung:
Feststellung der Beschlussfähigkeit4693	Schutz für Kinder in den sozialen Medien stärken - Gefahren des Influencer-Marketings entschlos-
Tagesordnungspunkt 21:	sen begegnen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6282.4706
Aktuelle Stunde4693	Swantje Schendel (GRÜNE)4707 Jörn Domeier (SPD)4708, 4710
b) Aufkommensneutralität? Wie die Grundsteuer	Vanessa Behrendt (AfD) 4709, 4710
Eigentümer und Mieter belastet Antrag der Frak-	Laura Hopmann (CDU)4711
tion der AfD - Drs. 19/63514693	Ausschussüberweisung4712
Peer Lilienthal (AfD)4693, 4701	
Philipp Raulfs (SPD)4694, 4702	Tagesordnungspunkt 37:
Ulf Thiele (CDU)4696	
Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE)4697	Erste Beratung:
Gerald Heere, Finanzminister4699, 4700	Die Rückkehr syrischer Staatsbürger vorbereiten
Jörn Schepelmann (CDU)4700	und unterstützen - Antrag der Fraktion der AfD - Drs.
Nadja Weippert (GRÜNE)4701	19/62754712
	Stephan Bothe (AfD) 4712, 4716
Tagesordnungspunkt 35:	Ulrich Watermann (SPD)4714
	André Bock (CDU)4714
Befragung des Ministerpräsidenten4702	Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE)
Marcel Scharrelmann (CDU)4702, 4703	4716, 4717
Stephan Weil, Ministerpräsident 4703 bis 4706	Ausschussüberweisung4717
Melanie Reinecke (CDU)4704	-
Alfred Dannenberg (AfD)4704, 4705	Tagesordnungspunkt 38:
Jürgen Pastewsky (AfD)4704	
Stefan Marzischewski-Drewes (AfD)4705	Erste Beratung:
MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (frakti-	Verlässliche Arzneimittelversorgung in Nieder-
onslos)4706	sachsen endlich herstellen - Antrag der Fraktion der
	AfD - Drs. 19/62764717
	Delia Klages (AfD)4717, 4720
	Andrea Prell (SPD)4719, 4720
	Jan Bauer (CDU)4721
	Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE)4722
	Ausschussüberweisung4723

Tagesordnungspunkt 39: Erste Beratung: Notruf aus den Klinken - Rettung statt Schließung - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/6277 4723 Eike Holsten (CDU)......4723, 4729 Claudia Schüßler (SPD)......4725, 4726 Anna Bauseneick (CDU)......4726 **Delia Klages** (AfD)......4727 Andrea Prell (SPD)......4728 **Dr.in Tanja Meyer** (GRÜNE)......4729 Ausschussüberweisung4730 Tagesordnungspunkt 40: Erste Beratung: Die Fachkräfte von morgen brauchen jetzt unsere bestmögliche Unterstützung - berufliche Orientierung an niedersächsischen Schulen ausbauen und weiterentwickeln! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/62834730 Lena Nzume (GRÜNE) 4730, 4736 Lukas Reinken (CDU)4731 Philipp Meyn (SPD)......4733 Harm Rykena (AfD)......4734 MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)4735 Ausschussüberweisung4736 Tagesordnungspunkt 41: Erste Beratung: Gemeinsam die Resilienz Niedersachsens stärken - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6284 4737 Pascal Leddin (GRÜNE) 4737, 4741 Alexander Wille (CDU)......4738 Rüdiger Kauroff (SPD)......4739 Stefan Marzischewski-Drewes (AfD)......4741 Ausschussüberweisung4742 Nächste Sitzung4742

Vom Präsidium:

Präsidentin Hanna Naber (SPD) Marcus Bosse (SPD) Vizepräsident Vizepräsidentin Sabine Tippelt (SPD) Vizepräsident Jens Nacke (CDU)

Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE) Schriftführer Markus Brinkmann (SPD)

Schriftführer René Kopka (SPD) Schriftführerin Annette Schütze (SPD)

Schriftführer Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)

Schriftführer Axel Miesner (CDU) Schriftführer Alexander Wille (CDU) Schriftführerin Evrim Camuz (GRÜNE) Schriftführerin Eva Viehoff (GRÜNE) Schriftführerin Delia Klages (AfD)

Schriftführer Jürgen Pastewsky (AfD)

Auf der Regierungsbank:

Staatssekretär Dr. Jörg Mielke, Ministerpräsident

Stephan Weil Staatskanzlei (SPD)

Ministerin für Inneres und Sport Staatssekretär Stephan Manke, Daniela Behrens (SPD) Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister Staatssekretärin Sabine Tegtmeyer-Dette,

Gerald Heere (GRÜNE) Finanzministerium

Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung Staatssekretärin Dr. Christina Arbogast,

Dr. Andreas Philippi (SPD) Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Staatssekretär Prof. Dr. Joachim Schachtner,

Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Kultusministerin Staatssekretärin Andrea Hoops,

Staatssekretär Marco Hartrich, Julia Willie Hamburg (GRÜNE)

Kultusministerium

Staatssekretär Frank Doods,

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-Staatssekretär Dr. Michael Marahrens,

schutz Miriam Staudte (GRÜNE)

Justizministerin

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

schutz

Dr. Kathrin Wahlmann (SPD) Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Staatssekretär Dr. Thomas Smollich, Justizministerium

Christian Meyer (GRÜNE)

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und

Staatssekretärin Anka Dobslaw, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Regionale Entwicklung Wiebke Osigus (SPD)

Beginn der Sitzung: 9:01 Uhr.

Präsidentin Hanna Naber:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 59. Sitzung im 22. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 34: **Mitteilungen der Präsidentin**

Die Reihen sind gut gefüllt, und ich stelle die **Be**schlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 21 b, das ist der Antrag der Fraktion der AfD zur Aktuellen Stunde. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung, beginnend mit der Befragung des Ministerpräsidenten, fort. Die heutige Sitzung soll gegen 14:55 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Frau Schriftführerin Eva Viehoff mit. Frau Viehoff, bitte!

Schriftführerin Eva Viehoff:

Für den heutigen Abschnitt der Sitzung sind entschuldigt: von der Landesregierung Wirtschaftsminister Olaf Lies und Wissenschaftsminister Falko Mohrs, von der Fraktion der SPD Antonia Hillberg, Corinna Lange und Guido Pott und von der Fraktion der CDU Lara Evers, Martina Machulla und Barbara Otte-Kinast.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Viehoff.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 21:

Aktuelle Stunde

Wie am Mittwoch angekündigt, setzen wir die Aktuelle Stunde heute mit dem Antrag der Fraktion der AfD fort.

b) Aufkommensneutralität? Wie die Grundsteuer Eigentümer und Mieter belastet. - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/6351

Ich eröffne die Besprechung. Für die antragstellende Fraktion hat sich der Abgeordnete Peer Lilienthal zu Wort gemeldet. Herr Lilienthal, bitte!

(Beifall bei der AfD)

Peer Lilienthal (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jetzt sind sie da: die neuen Grundsteuerbescheide. Blicken wir zurück! Wie ist es dazu gekommen? Das Bundesverfassungsgericht hat gesprochen und gesagt, die Grundsteuer nach altem Modell trägt den tatsächlichen Wertverhältnissen nicht mehr Rechnung. Man könnte laienhaft auch sagen, sie ist ungerecht. Das stimmt natürlich.

Im Rahmen der Genese des neuen Gesetzes - auch des niedersächsischen im Übrigen - standen zwei Forderungen, zwei Ideen über allem:

Das war, erstens, natürlich die Gerechtigkeit. Das war ja der Grund, aus dem das Bundesverfassungsgericht das alte Modell gekippt hat. Klar, Gerechtigkeit ist ein ganz schwieriger Begriff. Was ist schon gerecht?

Und das Zweite war die Aufkommensneutralität. Meine Damen und Herren. Mit dieser Aufkommensneutralität sind wir alle über die Lande gezogen. Der Bürger hat darunter verstanden, dass das Aufkommen der Grundsteuer - ja, wo eigentlich: in der Bundesrepublik, im Land, in der Gemeinde? -, dass das Ganze jedenfalls aufkommensneutral ist. Er hat damit verbunden, dass es schon nicht so schlimm werden würde, dass er ungefähr dasselbe bezahlt, dass, wenn es auch Abweichungen im Einzelnen gibt, doch die Gemeinde, die Kommune, das Land gleich stark belastet ist.

Zitate dazu: "Mit dem neuen Gesetz wird es nicht zu einer strukturellen Erhöhung des Aufkommens der Grundsteuer kommen" - Finanzminister Reinhold Hilbers, Juli 2022.

Die aktuelle Landesregierung hat sich gleich mehrfach zur Aufkommensneutralität bekannt, zum Beispiel im Rahmen der Antwort auf eine Anfrage von mir, Drucksache 19/124.

Ganz besonders krass hat es Olaf Scholz ausgedrückt, indem er gesagt hat: "Kein Bürgermeister wird es überleben" - blutige Formulierung, aber ich glaube, er meinte "politisch überleben" -, wenn er den Hebesatz nicht senkt, falls es zu einem Mehraufkommen in seiner Kommune kommt."

Und Olaf Scholz hat noch etwas Wichtiges gesagt, und das ist dieser Tage ganz besonders bedeutsam. Er hat nämlich auf derselben Veranstaltung im Mai 2019 gesagt: "Man kann auf Aussagen von Politikern vertrauen."

Jedem Fachmann war von Anfang an klar, dass es mathematisch unmöglich ist, eine Aufkommensneutralität zu erzeugen, schon deshalb, weil doch zwei Werte am Ende in die Grundsteuer einfließen: Erstens der Messbetrag, den das Finanzamt anhand von mehr oder weniger gerechten Faktoren feststellt. Das ist mit der Öffnungsklausel und dem Flächen-Lage-Modell gar nicht so schlecht geregelt worden, das will ich durchaus zugeben. Dann kommt aber die Gemeinde ins Spiel - wobei der von Olaf Scholz adressierte Bürgermeister das letztendlich gar nicht in der Hand hat. Es ist nämlich ein Ratsbeschluss, der die Hebesätze festsetzt.

Also, es war von Anfang an unmöglich - mit einer Ausnahme: Es gibt natürlich in jedem Chaos auch die Wahrscheinlichkeit, dass man zufällig genau das Aufkommen der alten Grundsteuer trifft. Dass das eintrifft, wage ich aber zu bezweifeln. Es ist also eine Zufallsaufkommensneutralität, wenn überhaupt.

Ich meine aber auch, dass es dazu gar nicht kommt. Ich gehe eine Wette ein. Wir wetten, dass das Aufkommen der Grundsteuer im Jahr 2025 wesentlich über dem Aufkommen der Grundsteuer davor liegt. Ich würde mich sogar darauf einlassen zu sagen: In Niedersachsen wird es um über 100 Millionen Euro gesteigert werden.

Wie komme ich darauf? Ich habe mich mit den Presseberichten befasst. Es ist natürlich so, dass in der Presse ganz besonders über die Fälle berichtet wird, die nach oben herausstechen, und eher weniger, wenn weniger gezahlt wird. Das ist auch klar, das gehört nun mal zum Geschäft der Presse dazu, es gehört vielleicht auch zum Geschäft der Politik dazu. Deshalb haben wir eine eigene Erhebung gemacht

Ich habe mir viele Grundsteuerbescheide angeschaut und möchte Ihnen einfach mal ein paar Beispiele nennen. Ich nehme gleich vorweg: Es gab auch ein paar wenige Grundsteuerbescheide, bei denen die Grundsteuerbelastung am Ende geringer war. Aber schauen wir mal rein: Wunstorf, Ortsteil Luthe: plus 25 %, das war ein Einfamilienhaus; Hannover-Stadt: 113 %; Suderburg, Ortsteil Bahnsen: plus 35 %; Wilhelmshaven: 110 %; Braunschweig: 21 %; Hildesheim: 71 %; Bad Gandersheim: plus 102 %; Rosengarten: 241 % drüber.

Also, die Richtung ist doch völlig klar. Das geht nach oben, das sieht selbst ein Blinder mit Krückstock. Ich bin mir ziemlich sicher, wenn wir in einem Jahr - und die Aktuelle Stunde kann ich Ihnen schon ankündigen - hier stehen, wird der Finanzminister die Hosen runterlassen müssen und sagen müssen, wie er mit diesen Problemen wird umgehen wollen.

(Beifall bei der AfD und von Jozef Rakicky [fraktionslos])

Was bleibt sonst noch? 760 zusätzliche Vollzeiteinheiten in der Finanzverwaltung, temporär, aber immerhin, Riesenbelastung, 430 000 Einsprüche allein in Niedersachsen. Und die Kommunen haben im Moment den Schwarzen Peter. Denn man muss wirklich sagen: Der Gipfel der Frivolität ist ja, dass man sich jetzt hinstellt und sagt: Naja, wir haben ja nichts gemacht. Die Kommunen haben halt den falschen Hebesatz ermittelt.

Um eines ganz deutlich zu sagen: Es ist ein Märchen - diesem Märchen sind leider auch Vereinigungen wie zum Beispiel Haus & Grund aufgesessen -, dass unser Gesetz eine Aufkommensneutralität bewirkt. Nein, da steht nur drin, dass der aufkommensneutrale Hebesatz in geeigneter Weise veröffentlicht werden muss. Das ist alles.

Also, Aufkommensneutralität gibt es in Niedersachsen nicht. Sie belasten damit, meine Damen und Herren, die Mitte der Gesellschaft. Denn Eigentümer sind belastet und legen das mit Zeitverzug auf die Mieter um. Wir machen genau das, was wir in diesen Jahren eigentlich nicht brauchen: Wir machen Wohnen teurer. Das kann nicht so bleiben.

Ich freue mich gleich auf die Einlassungen, wie Sie damit umgehen wollen, und bin gespannt, wie dieses Problem behoben wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und von Jozef Rakicky [fraktionslos])

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Lilienthal. - Für die Fraktion der SPD hat sich der Abgeordnete Philipp Raulfs zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Raulfs!

(Beifall bei der SPD)

Philipp Raulfs (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Lilienthal, vielen Dank für die Anmeldung dieser Aktuellen Stunde. Ein wichtiges finanzpolitisches Thema am frühen Morgen ist immer

eine gute Idee. Aber wie das immer so ist, wenn es um Geld und Steuern geht: Man muss sehr genau hingucken und darf Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Das ist Ihnen, Herr Lilienthal, heute Morgen leider nicht gelungen.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich will zu Beginn meiner Rede einmal aus dem AfD-Wahlprogramm zitieren. Dort haben Sie nämlich geschrieben: Wir lehnen eine Anpassung, eine Neuregelung der Grundsteuer ab. Man muss sich mal auf der Zunge zergehen lassen, was das eigentlich bedeutet. Wir haben ein Verfassungsgerichtsurteil, in dem wir aufgefordert werden zu handeln, und Sie schreiben einfach mal stumpf auf, dass Sie das ablehnen. Das ist völlig inakzeptabel.

Für uns war deshalb zu Zeiten der Großen Koalition klar, dass wir diese Grundsteuerreform anschieben, dass wir sie begleiten wollen, und es war folgerichtig, dass Niedersachsen als Vorreiter mit dem Flächen-Lage-Modell unterwegs war, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Und neben der Tatsache, dass uns die Verfassungsrichter das ins Stammbuch geschrieben haben, finde ich schon, dass man nach 50 Jahren Grundsteuer auch mal wieder genau hingucken darf und muss, wie sich diese Steuer eigentlich entwickelt hat. Ich habe in der Vorbereitung überlegt: Das wäre irgendwie so, als wenn man in der persönlichen Biografie in der Ausbildung seinen Wert bei der Einkommensteuer festlegt und ihn dann zur Pensionierung mal wieder anpasst. Ich glaube, da haben wir alle ein Störgefühl, und deshalb ist es folgerichtig, dass wir uns die Grundsteuer an dieser Stelle auch noch mal genau anschauen. Und bevor man hier anfängt, alles zu vermischen, muss man genau hinschauen, welche Zuständigkeiten es gibt und woher welche Erhöhungen oder Veränderungen kommen.

Ich will aber vorab sagen, damit kein falscher Eindruck entsteht: Natürlich ist klar, wenn es in der Gemeinde vor Ort - und ich glaube, das kennen wir alle aus unseren Wahlkreisen - einen Grundsteuerbescheid gibt, der exorbitant gestiegen ist, dann muss da genau hingeschaut werden, dann muss geprüft werden, dann muss überprüft werden und im Zweifel auch begründet werden. Aber mein Eindruck ist - zumindest ist es bei mir im Wahlkreis so; das wird in allen anderen Wahlkreisen ähnlich sein -, dass wir mit unseren Finanzämtern da sehr, sehr

gut unterwegs sind. Vielen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen! Es zeigt sich eben, dass es richtig ist, die Personaldecke aufzustocken, damit wir diese Grundsteuerreform in Niedersachsen ordentlich umsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gesagt, das Flächen-Lage-Modell, der niedersächsische Weg, ist zweifelsfrei ein Erfolg. Und es ist übrigens auch die einzige Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, an der dieser Landtag an der Grundsteuerreform beteiligt war. Von daher: Jetzt zu versuchen, uns vorzuwerfen, dass wir irgendwie indirekt Steuererhöhungen umgesetzt hätten, können wir so nicht durchgehen lassen. Das ist schlichtweg falsch.

(Beifall von Nadja Weippert [GRÜNE])

Im Gesetz - Sie haben das angesprochen - steht die Aufkommensneutralität niedergeschrieben: also gleiche Einnahmen der Grundsteuer vor und nach der Reform. Und das wird aus unserer Sicht auch flächendeckend eingehalten.

Ich will das mal für meine Heimatgemeinde, in der ich auch noch Bürgermeister sein darf, sagen. Da habe ich mir die Zahlen geben lassen und noch mal angeguckt. Es ist so, dass in der schönen Gemeinde Hillerse nach der Grundsteuerreform 412 Eigentümer mehr bezahlen und 534 - also deutlich mehr - weniger bezahlen. Wir haben unseren Hebesatz von 490 auf 300 senken können. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Sie können sich aber ungefähr vorstellen, welche Einwohnerinnen und Einwohner am Ende bei mir in der Bürgermeistersprechstunde sitzen: Das sind nicht unbedingt die, die weniger bezahlen müssen, sondern natürlich die, die mehr bezahlen müssen, die da noch mal genauer hingucken.

Der Punkt, über den wir heute Morgen im Zweifel auch streiten, ist ja die Frage, ob es jetzt eine Steuererhöhung in den Kommunen bei der Grundsteuer gibt. Übrigens ist die Grundsteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Kommunen - 1,5 Milliarden, konjunkturunabhängig und jetzt auch verfassungskonform. Es steht den Kommunen natürlich frei, diese Steuer anzupassen.

Die Frage ist nur: Warum passiert das, und aus welchem Grund passiert es? Das hat aus unserer Sicht relativ wenig mit der Grundsteuerreform zu tun, sondern vielmehr mit einem erhöhten Mittelbedarf, den es in den Kommunen zweifelsfrei gibt, weil dort mehr Bedarfe für Kita, Schule, Straßenbau, Infrastruktur und andere Projekte sind. Und dann muss

die Kommune natürlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und auch in ihrer Verantwortung dafür sorgen, dass die Kosten, die sie hat, bezahlt werden können. Diese Tatsache will ich keinesfalls zur Seite schieben. Sie ist aber nicht der Ansatz der Aktuellen Stunde.

Ich will aber sagen, dass es natürlich auch darum geht, zu schauen, welche Verantwortung wir den Kommunen übertragen. Losgelöst von der Debatte zur Grundsteuer werden wir natürlich weiterhin schauen, wie wir die Kommunen bestmöglich unterstützen können, welche Mittel wir ihnen zur Verfügung stellen und wie wir in den Haushalten, in den Jahresüberschüssen dann am Ende auch dafür sorgen können, dass die Kommunen handlungsfähig bleiben, handlungsfähig sind und finanziell auch gut ausgestattet sind.

Warum also diese Aktuelle Stunde zur Grundsteuerreform hier angemeldet wurde und dann versucht wird, dem Land Steuererhöhungen zuzuschieben und diese Problematik aufzumachen, erschließt sich mir nicht so ganz. Zumindest ist der Zusammenhang mit der Grundsteuer an dieser Stelle relativ sinnfrei, lieber Kollege Lilienthal.

Das Land Niedersachsen - das wäre vielleicht eher ein Punkt für die Aktuelle Stunde - ist Vorreiter im Bereich der Reform der Grundsteuer. Wir sind da richtig gut unterwegs. Es ist zweifelsfrei ein Erfolg, auf den viele andere Bundesländer schon schauen oder vielleicht in Zukunft noch schauen werden. Man muss an dieser Stelle sehr, sehr fein auseinanderhalten, welche Themen man hier vermischt und wie man versucht, Zusammenhänge zu skizzieren und zu schmieden.

Der heutige Vorstoß ist deshalb nicht richtig, und dass Sie versuchen, uns hier Steuererhöhungen in die Schuhe zu schieben, lassen wir Ihnen natürlich nicht durchgehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Raulfs. - Für die Fraktion der CDU hat sich zu Wort gemeldet: der Abgeordnete Ulf Thiele.

(Beifall bei der CDU)

Ulf Thiele (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Es ist gerade im Kern schon gesagt worden: Am 10. April 2018 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die damalige Grundsteuer - und dort die Einheitsbewertung - verfassungswidrig war, weil sie gegen das Gleichheitsprinzip verstieß.

Daraus ergab sich zwingend ein Reformbedarf. Dieser wurde durch Bundestag und Bundesrat im November 2019 durch die Reform des Grundsteuergesetzes umgesetzt - aus unserer Sicht für Niedersachsen schwer anwendbar, weil bürokratisch und intransparent: das Modell vom damaligen Finanzminister Scholz. Deswegen hat Reinhold Hilbers für Niedersachsen mit der großen Koalition aus SPD und CDU ein Flächen-Lage-Modell vorgelegt, das wir am 7. Juli 2021 hier im Landtag beschlossen haben.

Warum haben wir das getan? Weil es um keine Petitesse geht, sondern um die Frage, ob unsere Kommunen 1,4 Milliarden Euro weniger für ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge zur Verfügung haben oder ob sie diese Mittel weiterhin zur Verfügung haben. Darum war es notwendig und richtig, hier zu einem verfassungskonformen Beschluss zu kommen und dafür zu sorgen, dass unsere Kommunen weiterhin in der Lage sind, Schulen zu bauen, Kitas zu bauen, Sportstätten zu bauen, Schwimmbäder zu betreiben, Straßen und Radwege zu bauen und zu unterhalten. Wenn man ihnen diese Mittel genommen hätte, wären sie dazu nicht mehr in der Lage gewesen.

Um das deutlich zu sagen: Die Idee der AfD war damals eben nicht, zu sagen, wir wollen eine andere Reform, die irgendwie anders funktioniert, sondern die Idee der AfD war - und das haben Sie hier im Landtag auch eingebracht -, die Grundsteuer B zu streichen - sie einfach zu streichen.

(Zurufe von der AfD: Ja!)

Und Sie sind bis heute die Antwort schuldig geblieben, was eigentlich diesen Einnahmeausfall auf der kommunalen Seite ersetzen sollte. Das ist nichts anderes als billig, und das ist nichts anderes als verantwortungslos, Herr Lilienthal!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der AfD) Jetzt argumentieren Sie, die Grundsteuer sei nicht aufkommensneutral, und Sie argumentieren mit einem Trick, der auch ziemlich billig ist, weil sie nämlich den aufkommensneutralen Hebesatz und das Thema Messbetrag durcheinanderbringen:

Der aufkommensneutrale Hebesatz wird ausgerechnet. Was Sie gerade in Ihrer Rede ausgeklammert haben, Herr Lilienthal, ist, dass nicht nur formuliert ist, dass der aufkommensneutrale Hebesatz kommuniziert wird, vom Land ausgerechnet und mitgeteilt wird bzw. vor Ort erklärt werden muss, sondern auch, dass jede Gemeinde und jeder Stadtrat in Niedersachsen verpflichtet war, einen neuen Hebesatz zu beschließen.

Und dann passiert etwas, was aber in jedem Jahr passieren kann, dass nämlich der Kämmerer der Gemeinde in die Kasse guckt und der Bürgermeister dann auf dieser Basis einen Vorschlag machen muss, ob es beim Hebesatz bleiben kann oder ob man ihn erhöhen will. Und dann muss der Gemeinderat das entscheiden.

Das ist eine Entscheidung, die jeder Gemeinderat in jedem Jahr trifft. Was Sie hier vorschlagen, ist, unseren Gemeinderäten diese Entscheidungskompetenz zu nehmen. Das ist ein gravierender Eingriff in die kommunale Planungshoheit. Das geht nicht!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie können doch den Kommunen nicht in die Tasche greifen und dann schreien: Haltet den Dieb!

Und Sie machen ja noch was Interessantes. Wir haben ja parallel immer noch diese Strabs-Diskussion, immer wieder. Sie argumentieren überall vor Ort, die Straßenausbaubeitragssatzungen sollen gekippt werden, und die Beiträge sollen gecancelt werden. Und dann sagen Ihre Leute vor Ort: Kompensation dieser Einnahmen durch eine Erhöhung der Grundsteuer. Genau die gleiche Grundsteuer wollen Sie aber in Ihren Anträgen schlicht streichen, abschaffen! Und Sie sagen nicht, wie es kompensiert werden soll. Das ist in höchstem Maße unseriös, Herr Lilienthal, und das geht so nicht.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Am Ende des Tages muss ich Ihnen sagen: Sie hatten damals, als wir hier in der entscheidenden Phase der Beratung der Grundsteuer waren, einen Antrag laufen, und dieser Antrag sagte: Grundsteuer B abschaffen. Wenn man in die Protokolle der damaligen Sitzung am 7. Juli guckt - das habe

ich gestern noch mal gemacht -, stellt man fest: Der Antrag der AfD konnte nicht zu Ende beraten werden. Während die anderen Fraktionen hier im Parlament sich in höchstem Maße seriös darum bemüht haben, eine Lösung für die Kommunen zu finden, um zu verhindern, dass denen 1,4 Milliarden Euro nicht mehr zur Verfügung stehen und sie ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können, hat Ihre Fraktion sich hier so zerlegt, dass Sie da hinten als Einzelabgeordnete saßen und Ihr Antrag nicht mehr zu Ende beraten werden konnte. So verantwortungslos haben Sie in dieser entscheidenden Phase der Grundsteuergesetzberatung gehandelt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Peer Lilienthal [AfD]: Schauen Sie mal in Ihre eigene Partei, was da gerade los ist!)

Sie waren nicht in der Lage, Ihre eigene Truppe zusammenzuhalten - und machen uns jetzt Vorwürfe, dass das Gesetz, das wir hier damals verantwortbar beschlossen haben, bei ungefähr der Hälfte der Leute zu einer Steuererhöhung führt, und zwar nominal - während es allerdings, und das verschweigen Sie, bei ungefähr der anderen Hälfte der Steuerpflichtigen zu einer Steuersenkung führt. Das ist billig, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Thiele. - Ich stelle fest, dass die Haushälter sehr gut mit Ihren Redezeiten umgehen können. Das freut mich.

(Heiterkeit bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ich erteile das Wort: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Dr. Andreas Hoffmann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Calderone [CDU]: Jetzt kommt die Schuldenbremse!)

Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE):

- Ausnahmsweise mal nicht!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich als Haushälter werde versuchen, gut mit meiner Redezeit zu haushalten.

Ich finde es schön, dass wir einen Konsens haben, dass die Anpassung der Grundsteuer notwendig war. Das Bundesverfassungsgericht hat uns 2018 unmissverständlich aufgegeben, die bestehende Ungleichbehandlung durch eine neue Berechnungsgrundlage zu beseitigen. Es gab also einen klaren Arbeitsauftrag für Bund und Länder, den der Niedersächsische Landtag, wie erwähnt, im Juli 2021 mit dem Flächen-Lage-Modell erfüllt hat.

Auch ich habe in den letzten Wochen viele Gespräche zur Grundsteuer geführt und bin auch Bescheide durchgegangen. Und ja, die Mehrheit derer, mit denen ich gesprochen habe, haben mehr bezahlt - und sich beschwert. Das kann ich verstehen. Vorhin gab es vom Kollegen Raulfs die Zahlen derer, die weniger zu zahlen haben. Die meinten dann: Ja, ich verstehe natürlich den Frust. Umgekehrt heißt das aber auch, dass ich über Jahrzehnte überproportional viel gezahlt habe - mehr, ungleich, ungerecht. Das kommt, wenn man sich nicht nur mit einer Seite unterhält, sondern mit mehreren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt, dass diese Anpassungen eben nicht willkürlich erfolgten, sondern Ausdruck rechtstaatlicher Notwendigkeit waren. Ein Blick in die Protokolle zeigt - Sie hatten es erwähnt -, dass die Tatsache, dass es zu Verschiebungen kommen würde, damals keine große Überraschung war. Vielmehr ist es die logische Konsequenz einer verfassungskonformen Neuregelung.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern sind in Niedersachsen Klagen gegen das Modell weitgehend ausgeblieben. Unser niedersächsisches Modell wird mittlerweile als Vorbild empfohlen, da es Härten und Ungerechtigkeiten besser abfedert als viele Alternativen. Daher ist es eigentlich nur folgerichtig, dass unser grüner Finanzminister Gerald Heere den von Reinhold Hilbers eingebrachten Vorschlag fortführt und quasi umsetzt. Das muss in diesem Moment auch mal erwähnt werden.

(Beifall bei der CDU)

Klar ist aber auch, dass, wenn es das Ziel ist, ein möglichst einfaches Modell zu erreichen, nicht jeder Einzelfall der 3,5 Millionen Grundstücke in Niedersachsen Berücksichtigung finden konnte. Dass mich Beschwerden erreichen, habe ich erwähnt. Wenn ich mir dann die Bescheide angucke, ist auffällig, dass mitunter auch Sachen vergessen wurden oder falsche Meldungen abgegeben wurden. Beispielsweise haben wir für Wolfenbüttel - dort wohnen viele in denkmalgeschützten Häusern - festgestellt, dass sie den Passus, den Grundsteuermessbetrag um 25 % senken zu können,

übersehen haben. Im sozialen Wohnungsbau wurden die Flächen nicht ganz genau beachtet, oder die Freigrenzen für Nebengebäude wurden nicht richtig beachtet. Von den 400 000 Klagen, die Sie nennen, dürften es bei etlichen um solche Korrekturen gehen.

Ein weiterer Punkt wurde schon angesprochen. Die Kommunen legen die Hebesätze eigenverantwortlich fest. Einige Städte und Gemeinden - bei mir die Stadt Braunschweig - haben die Gelegenheit genutzt, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Der Straßenbau wird über die Hebesätze und die Grundsteuer refinanziert, weil das die einzige Einnahme der Kommunen ist. Hier pauschal zu fordern, dass sie gesenkt werden muss, um alle zu entlasten, ist einfach unredlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Lassen Sie mich kurz an die Ausgangslage erinnern. Vor der Reform waren es oft die Familien, die sich ein neues Einfamilienhaus gebaut haben und mühsam erspart hatten, die unverhältnismäßig mehr gezahlt haben - so wie es das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat. Diejenigen hingegen, die im Altbau gelebt oder einen geerbt haben, haben weniger gezahlt. Sich jetzt als Anwalt der Geringverdiener hinzustellen, ist daher schlicht nicht glaubwürdig.

Ich frage mich, was Sie eigentlich stattdessen vorschlagen: Sollen wir zum Basisjahr 1964 zurückkehren? Wollen Sie den Kommunen die wichtigsten Stellschrauben der Finanzierung nehmen? Herr Thiele hat es dargestellt: Ihnen fehlen einfach die Lösungen. Sie skandalisieren, Lösungen haben Sie aber nicht. Schauen wir mal nach Sonnenberg, wo Sie den Landrat stellen! Dort haben Sie den Hebesatz auf 540 % angehoben - das muss man sich mal vor Augen führen.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Ach, Mensch! - Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Das ist nicht Sache des Kreises, oder? - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Das ist etwas ganz anderes, nicht wahr? - Gegenruf von der AfD: Wir reden hier über Niedersachsen! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Ja, wir reden von Niedersachsen! Wo die AfD Verantwortung hat, da gilt das alles nicht, das wissen wir wohl! - Glocke der Präsidentin)

Auch in Niedersachen gibt es Kommunen, die den Hebesatz gesenkt haben. Die Kommunen brauchen eine verfassungskonforme und verlässliche Grundsteuer zur Finanzierung ihrer Aufgaben. Wir werden die Auswirkungen natürlich weiter im Blick haben, Korrekturen prüfen und, wenn notwendig, auch nachsteuern. Für 2027 ist sogar eine Evaluation vorgesehen. Also, populistische Nebelkerzen von Ihnen braucht hier niemand!

(Beifall von Thordies Hanisch [SPD])

Lassen Sie mich am Ende noch mal feststellen: Ich bin froh, dass es noch Themen gibt, bei denen wir Demokraten alle zusammenarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Dr. Hoffmann. - Für die Landesregierung hat sich zu Wort gemeldet: der Finanzminister Gerald Heere. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerald Heere, Finanzminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute wieder gesehen, dass die Debatte um die Grundsteuerreform häufig vordergründig von Kritik an staatlichem Handeln dominiert wird. Ich finde das in der Massivität schwierig.

Eine Sache ist sicherlich kritikwürdig, nämlich die Tatsache, dass bis zum letzten Jahr die Grundsteuer im Westen Deutschlands auf Werten aus dem Jahr 1964 basierte, egal, wie sich der echte Wert der Grundstücke seitdem geändert hatte. Fast sechs Jahrzehnte lang wurde diese Ungerechtigkeit billigend in Kauf genommen.

Sicherlich nicht kritikwürdig ist, dass das Bundesverfassungsgericht 2018 die Vorschriften über die Einheitsbewertung für verfassungswidrig erklärt hat - nein, das war folgerichtig -, weil das Festhalten an den bisherigen Werten über einen langen Zeitraum systembedingt in erheblichem Umfang zu Ungerechtigkeiten geführt hat. Die Grundsteuerreform war deshalb zwingend notwendig, um die Grundsteuereinnahmen der Städte und Gemeinden zu sichern.

Jedenfalls kann ich die Massivität der Kritik an der aktuellen Neuregelung der Grundsteuer nicht nachvollziehen. Denn es ist eine außerordentliche Ungerechtigkeit der Vergangenheit abgebaut worden, und es wurden die Maßgaben unseres höchsten Verfassungsgerichts sachgerecht umgesetzt. Das bedeutet nicht, dass jede Umsetzung perfekt gelungen ist. Insofern lassen Sie uns gerne sachlich über die Details sprechen!

Niedersachsen hat sich gegen die komplexen Ermittlungen von Grundstückswerten und stattdessen für ein deutlich einfacheres, wertunabhängiges Grundsteuermodell entschieden. Und ich muss hier die Lösung, die mein Vorgänger, Reinhold Hilbers, gefunden hat und die von Ihnen hier im Landtag in der letzten Wahlperiode beschlossen wurde, ausdrücklich loben - meine Vorredner haben das zum Teil auch schon getan. Dieses Lob richtet sich auch an den früheren Steuerabteilungsleiter Ernst Hüdepohl und das Grundsteuerfachreferat, das heute auch anwesend ist: Vielen Dank für die Arbeit daran!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Die ausschlaggebenden Parameter für die Verteilung der Belastung mit Grundsteuer sind in Niedersachsen nur die Grundstücksgröße, das Ausmaß der Bebauung, die Lage und ob Wohnnutzung vorliegt. Die Flächenmerkmale geben in der Regel den Ausschlag für die mögliche Intensität der Nutzung kommunaler Infrastruktur und die allgemeine Teilhabe an der Gemeinde.

Damit wurde die Grundsteuer einfach gehalten. Der komplex zu berechnende und streitanfällige Verkehrswert von Grundstück, Gebäude und Ausstattung wird nicht ermittelt. Dieser Systemwechsel führt ebenso wie die Beseitigung des bisherigen verfassungswidrigen Zustandes dazu, dass es Belastungsverschiebungen zwischen einzelnen Grundstücken gegeben hat und auch geben musste.

Aufkommensneutralität bedeutet in diesem Zusammenhang, dass manche in Zukunft mehr und andere weniger bezahlen werden. Noch einmal: Das ist die zwingende Folge davon, dass wir uns nicht mehr an dem veralteten Einheitswert von 1964 orientieren.

Trotzdem gibt es Fälle - und das ist bei einer Größenordnung von dreieinhalb Millionen wirtschaftlichen Einheiten auch nicht ungewöhnlich -, deren Grundsteuerbelastung sich in einem Maße verändert hat, das möglicherweise nicht gerechtfertigt ist. In einer Vielzahl von Fällen liegt das daran, dass der Grundsteuermessbescheid fehlerhaft ist, weil die angegebenen Flächen im Rahmen der Erklärung

mehrfach angegeben worden sind oder bei Eigentumswohnungen nicht nur die zur Wohnung gehörende Fläche, sondern auch Gesamtflächen oder Nutzflächen der gesamten Wohnanlage angegeben worden sind, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Diese Fehler werden vom Finanzamt noch mit Wirkung zum 1. Januar 2025 beseitigt, wenn die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer um Überprüfung bitten und sich dabei ein Fehler herausstellt. Dies geschieht unabhängig davon, ob rechtzeitig Einspruch eingelegt worden ist.

Darüber hinaus sieht das Gesetz selbst eine Evaluierung vor. Die Belastungsverteilung der Grundsteuer ist nach Abschluss der Hauptfeststellung zum 31. Dezember 2027 zu evaluieren. Im Rahmen dieser Evaluierung werden alle Kritikpunkte, wie zum Beispiel die Belastung der Nutzfläche gegenüber der Wohnfläche oder eine Berücksichtigung von Nutzungseinschränkungen, einbezogen werden.

Bereits jetzt zeichnen sich zwei Fallgruppen ab, die wir uns hinsichtlich der Belastungshöhe anschauen werden: erstens Resthöfe mit teilweise ungenutzten Nebengebäuden sowie - zweitens - bestimmte unbebaute und ungenutzte Grundstücke im Außenbereich. Und ich kann Ihnen sagen: Hier warten wir mit der Evaluation *nicht* bis 2027, sondern gehen das *jetzt* unmittelbar an, um diese Probleme abzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich möchte eine Aktuelle Stunde zur Grundsteuer nicht verstreichen lassen, ohne mein ausdrückliches Lob an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern und den Städten und Gemeinden auszusprechen.

Präsidentin Hanna Naber:

Einen Moment, bitte, Herr Heere! Entschuldigung, dass ich Sie unterbrechen muss. Der Abgeordnete Schepelmann begehrt, eine Zwischenfrage zu stellen

Gerald Heere, Finanzminister:

Bitte!

Jörn Schepelmann (CDU):

Vielen Dank, Herr Heere, dass Sie die Frage zulassen.

Ein Problem war in den letzten Jahren, dass in den Gemeinden die Grundsteuer regelmäßig erhöht

worden ist, weil sich nach dem Landesdurchschnitt der kommunalen Hebesätze die Umlagen berechnen, die die Gemeinden "nach oben" zahlen müssen. Meine Frage an Sie mit Blick auf die Reform und die sich auch zwischen Kommunen vergleichbarer Größe teilweise erheblich unterscheidenden Hebesätze: Planen Sie hier Veränderungen, um zukünftige Steuererhöhungen zu vermeiden?

Gerald Heere, Finanzminister:

Auf die Umsetzung in den Kommunen wäre ich gleich noch gekommen.

Ihre generelle Fragestellung ist aus meiner Sicht auch Teil dessen, was wir zur Evaluation 2027 anschauen werden. Die beiden Punkte, die ich jetzt genannt habe, die wir uns vorab anschauen werden, beziehen sich auf Themen, zu denen wir sehr konkrete Erkenntnisse haben, dass es bei ihnen Problemstellungen gibt. Deshalb werden wir die vorab angehen. Alles Weitere wird man im Rahmen der Evaluation diskutieren müssen. Aber vielen Dank für die Frage.

Ich möchte betonen, dass wir es gemeinsam geschafft haben, die Städte und Gemeinden rechtzeitig mit den notwendigen Berechnungsgrundlagen auszustatten und es ihnen zu ermöglichen, die Grundsteuer flächendeckend neu festzusetzen und damit das für die Kommunen notwendige Aufkommen der Grundsteuer zu erhalten.

Pauschale Kritik an den Kommunen kann ich deshalb nicht nachvollziehen. Denn nach meinen Erkenntnissen haben sich die Kommunen überwiegend an die postulierte Aufkommensneutralität gehalten und die Grundlagen der Festlegung neuer Hebesätze entsprechend den Vorgaben im Niedersächsischen Grundsteuergesetz transparent gemacht.

Ein Abweichen von den aufkommensneutralen Hebesätzen war regelmäßig detailliert zu begründen. Wenn dies im Kontext der schwierigen kommunalen Finanzlage und nicht wegen der Reform erfolgt ist, ist das nun mal das verfassungsrechtlich garantierte Recht der Gemeinden. Das können und das wollen wir ihnen nicht nehmen. Da stimme ich den Äußerungen von Herrn Raulfs und von Herrn Thiele zu: Das ist das eigenständige Recht der Kommunen, und das ist richtig so.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Liebe Bürgerinnen und Bürger, wenn Sie jetzt einen Grundsteuerbescheid in der Hand halten und künftig weniger zahlen müssen, werden Sie sich freuen und das möglicherweise rasch wieder vergessen. Müssen Sie mehr zahlen, werden Sie sich ärgern. Dafür habe ich Verständnis. Aber wenn Sie jetzt mehr zahlen, bedeutet das auch, dass Sie in den vergangenen Jahrzehnten vermutlich etwas bevorteilt waren.

Denken Sie daran: Der große Mehrwert ist, dass die Ungerechtigkeit in der Bewertung zwischen Ihnen und Ihrer Nachbarschaft beseitigt worden ist, und genau das trägt zur gesellschaftlichen Befriedung bei. Insofern ist die Grundsteuerreform in Niedersachsen ein Erfolg.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Peer Lilienthal [AfD] meldet sich)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank.

Ganz ungeachtet dessen, ob der Minister überzogen hat oder nicht, kann zur Erwiderung auf den Minister - zur Erwiderung auf den Minister, Herr Lilienthal - nach § 71 Abs. 3 der Geschäftsordnung zusätzliche Redezeit beantragt werden, wenn nicht mehr ausreichend Zeit zur Erwiderung auf den Minister zur Verfügung steht. Sie hätten noch eine Sekunde. Das reicht objektiv nicht. Ich gebe Ihnen eine Minute.

(Beifall bei der AfD)

Peer Lilienthal (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich weiß Ihre Hinweise zu schätzen und werde auf keinen Fall auf Herrn Thiele oder Herrn Raulfs rekurrieren, sondern ausschließlich auf den Minister.

Liebe Kollegen, wir haben doch kein Einnahmeproblem in Deutschland und in Niedersachsen! Sie stellen das hier so dar, als wenn die Kommunen morgen Insolvenz anmelden müssten, wenn es diese Grundsteuer nicht gäbe.

(Ulf Thiele [CDU]: Das allerdings müssten sie, Herr Lilienthal!)

Fakt ist doch, dass Sie in den letzten Jahren die Kommunen ohne Ende mit Aufgaben überschüttet haben. Sie haben immer mehr reingebuttert und das Prinzip der Konnexität aufgegeben.

(Beifall bei der AfD und von Jozef Rakicky [fraktionslos] - Zuruf von Wiard Siebels [SPD])

Jetzt die Kommunen in Geiselhaft zu nehmen und zu sagen, die brauchen ja diese Einnahmen aus der Grundsteuer, ist wirklich frivol.

Tatsächlich ist es doch so, dass die Grundsteuer per se - da haben Sie völlig recht - unfair ist, eine Substanzbesteuerung, die schon mal versteuertes Einkommen noch mal versteuert. Wir halten das für ungerecht.

Ich unterstreiche unseren Antrag aus der vergangenen Legislatur: Die Grundsteuer muss weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und von Jozef Rakicky [fraktionslos] - Ulf Thiele [CDU]: Oh, war das billig! Straßenausbaubeiträge weg, Grundsteuer weg, alles weg - im Himmel ist Jahrmarkt! Die Einkommensteuer, die dann entsteht, möchte ich mal sehen! - Nadja Weippert [GRÜNE] meldet sich)

Präsidentin Hanna Naber:

Frau Weippert, möchten Sie zusätzliche Redezeit in Anspruch nehmen? Dann bekommen auch Sie eine Minute. So sind die Regeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nadja Weippert (GRÜNE):

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg*innen! Ich glaube, man muss eine Sache sagen: Wir sind hier im Föderalismus. Die Gemeinden nehmen die Grundsteuer ein - weder die Samtgemeinden noch die Landkreise noch das Land.

Den Redebeitrag, der hier zum Schluss kam, weise ich zurück. Die Gemeinden haben ganz klare Aufgabenschwerpunkte. Das wurde hier eben völlig aus dem Zusammenhang gerissen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsidentin Hanna Naber:

Auch Herr Raulfs möchte zusätzliche Redezeit in Anspruch nehmen. Ebenfalls eine Minute!

(Ulrich Watermann [SPD]: Habt ihr alle kein Zuhause, oder was ist los? - Peer Lilienthal [AfD]: Auch er muss dem Minister antworten!)

Philipp Raulfs (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass die Haushälter sich immer an die Redezeit halten.

Lieber Herr Kollege Lilienthal, wenn Sie hier propagieren: "Die Grundsteuer muss weg", fordere ich Sie herzlich auf, nicht nur auf den Minister zu antworten, sondern auch auf mich

(Peer Lilienthal [AfD]: Darf ich aber nicht!)

und uns hier heute Morgen einmal zu erklären, wie die Kommunen die Einnahmeausfälle dann kompensieren sollen. Wenn Sie uns die Formel kurz darstellen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Klaus Wichmann [AfD]: Sie müssen doch auf den Minister antworten! Komisch, dass Sie Herrn Lilienthal ansprechen! - Weitere Zurufe von der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich die Aktuelle Stunde für diesen Tagungsabschnitt für beendet erkläre.

Wir schreiten nun zu:

Tagesordnungspunkt 35:

Befragung des Ministerpräsidenten

Die Befragung des Ministerpräsidenten ersetzt nach § 47 a unserer Geschäftsordnung im ersten Tagungsabschnitt des Jahres - darin befinden wir uns gerade - sowie im ersten Tagungsabschnitt nach der parlamentarischen Sommerpause jeweils die Fragestunde.

Jede Fraktion kann bis zu vier Anfragen mit jeweils einem Fragesatz stellen, die zur höchstens dreiminütigen mündlichen Beantwortung durch den Ministerpräsidenten geeignet sind. Der Ältestenrat hat sich in seiner 14. Sitzung am 31. Januar 2024 - also genau heute vor einem Jahr - darauf verständigt, dass ein fraktionsloses Mitglied des Landtages eine Frage stellen kann, die im Anschluss an die Fragen der Fraktionen behandelt wird.

Die für die Behandlung aller Arten von Anfragen geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen setze ich als allgemein bekannt voraus. Bei der Befragung des Ministerpräsidenten dürfen die Anfragen jeweils nur aus einem Fragesatz bestehen. Sie sollen zur höchstens dreiminütigen Beantwortung geeignet sein. Sie müssen knapp und sachlich sein und dürfen keine Wertungen oder parlamentarisch unzulässigen Wendungen enthalten.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass die Fragestellerinnen und Fragesteller sich schriftlich zu Wort melden. Es liegen auch schon Wortmeldungen vor.

Die Befragung endet nach 90 Minuten. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, dass gegebenenfalls nach Ablauf der 90 Minuten die zuletzt aufgerufene Frage noch beantwortet werden soll. Ich stelle fest: Es ist gleich 09:39 Uhr. Damit endet die Befragung spätestens um 11:09 Uhr.

Entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat rufe ich zunächst die Anfragen auf, die von Mitgliedern der Fraktion der CDU gestellt werden. Dazu ist eine Sammelanmeldung des Kollegen Scharrelmann eingegangen, den ich jetzt bitte, die ersten drei Fragen der Fraktion der CDU zu stellen - aber natürlich separat.

(Beifall bei der CDU)

Marcel Scharrelmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass der Planfeststellungsbeschluss für die A 39 nun nach zwölf Jahren erteilt wurde, frage ich Sie: Wie beabsichtigen Sie, die Beschleunigung von Verkehrsneubauprojekten wie der A 39 oder der A 20 konkret voranzutreiben?

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Der Herr Ministerpräsident antwortet.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Lieber Herr Kollege Scharrelmann, ich teile mit Ihnen den Wunsch, dass es bei diesen großen Vorhaben in Deutschland doch bitte deutlich schneller vorangehen möge. Die Verfahren sind für die neuen Vorhaben in wesentlichen Bereichen erleichtert, allerdings nicht für die laufenden. Da führt nun mal leider kein Weg um die nüchterne Einsicht herum: Wir befinden uns in den Planungsabschnitten der A 39 überwiegend in dem Bereich, in dem die Gerichte die noch offenen Bauabschnitte zu beurteilen haben. Das betrifft in vielen Fällen die Abwägung von Naturschutzbelangen.

Wie gesagt: Wir beide könnten uns womöglich noch schlankere Verfahren vorstellen, aber wir beide sind auch an das geltende Recht gebunden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Der papiersparende Abgeordnete Marcel Scharrelmann darf jetzt seine zweite Frage für die CDU-Fraktion stellen.

(Beifall bei der CDU)

Marcel Scharrelmann (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass sich Ihr grüner Koalitionspartner kritisch zum Planfeststellungsbeschluss geäußert und einen Baustopp gefordert hat, während Minister Lies in seiner Pressemitteilung vom 17. Januar dieses Jahres die Zuständigkeit klar beim Land Niedersachsen verortet und einen Baubeginn als Ziel gesetzt hat, frage ich: Werden Sie die Position Ihres SPD-Wirtschaftsministers auch gegen den Widerstand des grünen Koalitionspartners durchsetzen?

(Beifall bei der CDU - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Das ist eine ganz heiße Sache! - Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Wie überraschend!)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Scharrelmann. - Herr Ministerpräsident, bitte!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Lieber Herr Kollege Scharrelmann, hätte es im Jahre des Herrn 2013 schon eine Befragung des Ministerpräsidenten gegeben, ich versichere Ihnen, Sie hätten dieselbe Frage mit exakt demselben Wortlaut stellen können. Denn dass es in dieser Frage zwischen den Koalitionspartnern, zwischen SPD und Grünen, unterschiedliche Akzente gibt, ist jetzt seit mehr als einem Jahrzehnt wirklich hinlänglich bekannt.

Aber hinlänglich bekannt ist auch, dass wir geltendes Recht umsetzen. Dementsprechend sind zwar noch nicht alle Bauabschnitte der A 39 realisiert - wir haben schon über die Dauer gesprochen -, aber das Verfahren wird selbstverständlich fortgesetzt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Aller guten Dinge sind drei: Herr Scharrelmann, Sie haben das Wort.

Marcel Scharrelmann (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wie gedenken Sie und die Landesregierung die eben dargestellten offensichtlichen Differenzen innerhalb der Koalition in Bezug auf die Prioritätensetzung dieser Landesregierung bei Infrastrukturprojekten so zu lösen, dass Niedersachsen keinen Schaden nimmt?

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Der Herr Ministerpräsident antwortet.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Lieber Herr Kollege Scharrelmann, ich kann Ihnen berichten, dass diese Regelung bereits im Jahre des Herrn 2013 gefunden wurde. Da haben wir nämlich nüchtern festgestellt: Ja, wir kommen im Ergebnis an dieser Stelle nicht zueinander, aber das, was geltendes Recht ist, wird in Niedersachsen umgesetzt. Und so ist das derzeit der Fall.

Das galt in den Zeiten des Verkehrsministers Lies, das galt in den Zeiten des Verkehrsministers Althusmann, und das gilt in den Zeiten des Verkehrsministers Lies.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die vierte und letzte Frage für die Fraktion der CDU stellt die Kollegin Melanie Reinecke. Frau Reinecke, bitte!

(Beifall bei der CDU)

Melanie Reinecke (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Rahmen der letzten parlamentarischen Befragung im August 2024 haben Sie an dieser Stelle zum Thema "Vergabeverfahren der Spielbankenkonzession" gesagt:

"... ich habe mir soeben von Finanzminister Heere bestätigen lassen, dass alles richtig gelaufen ist. Davon gehe auch ich aus."

Nachzulesen im Protokoll der 46. Plenarsitzung.

(Wiard Siebels [SPD]: Das können auch wir so bestätigen!)

Vor dem Hintergrund, dass das Verwaltungsgericht bereits zweimal die Verhandlung verschieben musste, weil das Finanzministerium nicht in der Lage war, eine ordentliche Aktenlage vorzulegen, frage ich Sie: Bleiben Sie bei dieser Aussage, und würden Sie sie heute wiederholen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Reinecke. - Herr Ministerpräsident antwortet.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Frau Kollegin, ja, bleibe ich.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das heißt, Sie sind immer noch nicht im Film! - Gegenruf von Ulf Thiele [CDU]: Der Minister auch nicht!)

Präsidentin Hanna Naber:

Wir kommen nun zu den Anfragen, die von Mitgliedern der Fraktion der AfD eingebracht werden. Als Erstes tut dies der Abgeordnete Alfred Dannenberg.

(Beifall bei der AfD)

Alfred Dannenberg (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sieht die Landesregierung einen Ursache-Wirkung-Zusammenhang zwischen der Aufnahme Zehntausender Asylbewerber in den letzten Jahren und Zehntausender fehlender Wohnungen in Niedersachsen?

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank. - Der Herr Ministerpräsident antwortet.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Kernproblem der Baumarktentwicklung und insbesondere auch des Wohnungsbaus besteht darin, dass das Bauen in Deutschland zu teuer ist. Das ist der springende Punkt des Ganzen.

Niedersachsen ist an dieser Stelle vorangegangen. Wir haben mit der Niedersächsischen Bauordnung ein bundesweit beachtetes Vorreitermodell durchgesetzt, das jetzt vielfach die Grundlage für Novellen in anderen Ländern ist. Der nicht nur Verkehrsminister, sondern auch Bauminister Olaf Lies ist an dieser Stelle zu loben, denn er arbeitet bereits an der nächsten Fortschreibung der Niedersächsischen Bauordnung, die in dem gleichen Sinne vorangehen wird.

Und so brauchen wir, glaube ich, auch auf der Bundesebene in der nächsten Legislaturperiode noch viel mehr Initiativen, wie wir dazu kommen, dass Bauen wieder erschwinglicher wird, damit dieser wichtige Markt wieder deutlich belebt wird. Dann müssten wir auch wieder in der Lage sein, bedarfsgerecht bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Das halte ich für eine Aufgabe von höchster Dringlichkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die zweite Frage für die Fraktion der AfD stellt der Abgeordnete Jürgen Pastewsky. Herr Pastewsky, bitte!

(Beifall bei der AfD)

Jürgen Pastewsky (AfD):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, welches sind nach Ihrer Beurteilung die drei folgenschwersten Fehler, die Sie in Ihrer fast zwölfjährigen Amtszeit begangen haben, die zu der dramatischen wirtschaftlichen Situation in Niedersachsen geführt haben?

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Schon die Prämisse ist falsch! Himmel noch mal! Sie können noch nicht mal eine ordnungsgemäße Frage stellen! - Zuruf von der CDU: Herr Weil, Sie haben nur drei Minuten! - Heiterkeit bei der CDU)

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Das sind jetzt drei Fragen?

(Heiterkeit bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Nein, im Ernst! Ehrlich gesagt, ich habe so viel zu tun, dass ich noch nicht dazu gekommen bin, eine Bilanz von bald einem Dutzend Jahren zu ziehen. Das wird dann bestimmt irgendwann mal in ferner Zukunft in ausreichendem Maße geschehen. Aber einstweilen sehe ich mich außerstande, eine solche Frage zu beantworten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Unruhe bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Wenn die AfD-Fraktion etwas leiser wäre, könnte ich den nächsten Fragesteller aufrufen. Das ist nämlich der Kollege Alfred Dannenberg. Herr Dannenberg, bitte!

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Herr Siebels ist schon ganz aufgeregt! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Ich mache mir Sorgen um Sie! Das ist alles!)

So, jetzt kehrt hier mal Ruhe ein! Dass sich alle umeinander Sorgen machen, rührt mein Herz.

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Dannenberg, stellen Sie bitte Ihre Frage!

Alfred Dannenberg (AfD):

Sehr gerne. Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehen Sie Ihre bisherige Tätigkeit im Aufsichtsrat des Volkswagen-Konzerns als Erfolgsgeschichte an?

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Meine Sorgen waren wohl nicht ganz unbegründet!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Ministerpräsident antwortet.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die AfD-Fraktion scheint sich schon intensiv mit Fragen zu befassen, die, wie ich Ihnen versichern kann, weit vor der Zeit sind.

(Heiterkeit bei der SPD - Zuruf von der AfD)

Denn ein Anlass für eine Bilanzierung besteht nicht.

Ich kann Ihnen sagen, dass ich es in der Tat als Erfolg ansehe, dass es gelungen ist, Volkswagen in den vergangenen fast ein Dutzend Jahren unter besonders schwierigen Bedingungen weiter auf Kurs zu halten. Man darf zum Beispiel daran erinnern, dass "Dieselgate" ein existenzbedrohendes Risiko für das Unternehmen gewesen ist, oder daran, dass wir kurz vor Weihnachten unter denkbar schwierigen Bedingungen nach einer extrem harten Tarifauseinandersetzung am Ende des Tages eben doch eine Einigung erlebt haben.

Das - so kann man ohne Weiteres sagen - sind alles Themen, die wir schlichtweg auf der Habenseite des Anteilseigners Land mit verbuchen können. Aber das ist eine sehr vorläufige Bilanzierung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die vierte und damit letzte Frage für die Fraktion der AfD stellt der Abgeordnete Marzischewski-Drewes. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Sie wollen sich so langsam steigern, merke ich!)

Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil, unterläuft die Tauschbörse, die auch durch den grünen Oberbürgermeister Onay für die Asylbewerber propagiert wird, nicht den Sinn und Zweck der Bezahlkarte, die das Land Niedersachsen einführt? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Wieder schiefgegangen! - Gegenruf von Stephan Bothe [AfD]: Haben Sie selber auf der MPK beschlossen! - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Bothe, Sie hatten gerade die Gelegenheit, durch Ihren Kollegen die Frage stellen zu lassen, die jetzt vom Ministerpräsidenten beantwortet wird.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Sehr gerne, Frau Präsidentin. - Herr Kollege, diese Frage ist bereits im Vorfeld der Beschlussfassung über eine Bezahlkarte diskutiert worden. Nach unserem bisherigen Eindruck bestätigt sich die dort getroffene Feststellung, dass man nicht davon ausgehen kann, dass entsprechende Versuche einen nennenswerten Einfluss auf die Gesamtbilanz der Bezahlkarte haben werden.

Das war damals der innerhalb der 16 Länder gemeinsam festgestellte Stand. Einstweilen liegen mir keinerlei Informationen darüber vor, dass man an dieser Stelle zu einer anderen Beurteilung gelangen muss.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Da mir keine Wortmeldungen der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen vorliegen, rufe ich unser fraktionsloses Mitglied Jozef Rakicky auf, damit er seine Frage stellen kann.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

- Der Abgeordnete nutzt sein gutes Recht. Bitte schön!

MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (fraktionslos):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass vor einigen Tagen ein Buch des Journalisten Alexander Teske - "Inside Tagesschau" - erschienen ist, in dem er ziemliche Vorwürfe bezüglich der Faktentreue der "Tagesschau" erhebt, möchte ich Sie fragen: Wie beurteilen Sie die Objektivität, Faktentreue und Unparteilichkeit der Berichterstattung bei unserem Norddeutschen Rundfunk? - Vielen Dank.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Rakicky. - Der Ministerpräsident antwortet.

(Wiard Siebels [SPD]: Verschwörungstheorien verbreiten, das kennen wir doch schon! - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Es fehlt aber noch der Aluhut!)

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Herr Kollege, das von Ihnen zitierte Buch habe ich nicht gelesen, deswegen kann ich mich dazu nicht äußern.

Ganz generell darf ich sagen, dass nach den Umfrageergebnissen, die ich kenne, die Berichterstattung des Norddeutschen Rundfunks bei seiner Hörer- und Zuschauerschaft eine hohe Anerkennung hat, diese Quelle also als sehr vertrauenswürdig gilt.

Ich kann Ihnen auch sagen, dass es innerhalb des Norddeutschen Rundfunks natürlich insbesondere über den Programmbeirat auch eine entsprechende Sicherung gibt, die dazu führt, dass immer, wenn konkret Kritik geübt wird, dieser im Einzelfall nachgegangen wird. Sollte mit Blick auf das von Ihnen zitierte Buch dafür Veranlassung bestehen, wird das, da bin ich sicher, in diesem Gremium wiederum eine Rolle spielen.

Dabei kommt zum Ausdruck, dass wir es aus guten Gründen mit Staatsferne zu tun haben. Das heißt, wir setzen darauf, dass ein pluralistisches Gremium innerhalb des Senders immer wieder schaut: Werden die Regeln eingehalten? Aber man setzt auch darauf, dass sich Träger staatlicher Ämter, wie ich es bin, nicht dazu berufen fühlen, an dieser Stelle den Medien Schulnoten zu erteilen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass hiermit die Befragung des Ministerpräsidenten für diesen Tagungsabschnitt beendet ist.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Ich bitte um Ruhe und Aufmerksamkeit.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 36:

Erste Beratung:

Schutz für Kinder in den sozialen Medien stärken - Gefahren des Influencer-Marketings entschlossen begegnen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6282 Zur Einbringung hat sich zu Wort gemeldet: für Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Swantje Schendel.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Unruhe)

- Warten Sie kurz, Frau Schendel!

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Legen Sie los!

Swantje Schendel (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg*innen! Erinnern Sie sich noch alle an Ihren ersten Schultag? Ein besonderer Moment, den viele von uns sicher nie vergessen, ein Tag, an dem ein Kind stolz seine Schultüte präsentiert, ein Symbol für den Eintritt in eine neue Lebensphase. In vielen Familien wird dieser Tag mit viel Liebe gefeiert, mit Hingabe oft wochenlang vorbereitet.

Ich habe viele solcher Feiern und ihre Vorbereitung miterlebt: Mütter, die Schultüten selbst basteln, die Diskussion über die richtige Farbe des Schulranzens, das Überlegen, welche Marke besonders geeignet für den schmalen Kinderrücken ist. Manchmal sah ich diese Momente auf Fotos, manchmal auf Videoaufnahmen, und manchmal war ich sogar live bei so einer Einschulungsfeier dabei.

Und da war ich nicht die Einzige. Mit mir waren oft Hunderte, manchmal Tausende Menschen dabei, und das, obwohl weder ich noch die anderen Tausend Menschen diese Familien oder Kinder persönlich kennen. Aber ich habe das Gefühl, diese Kinder zu kennen, denn für mich sind sie online aufgewachsen. Sie sind Teil des sogenannten Family-Blogger-Phänomens, auch bekannt unter "Momfluencer", "Family-Influencer" usw.

Während man solche Blogs vor zehn Jahren noch mehrheitlich aus den USA kannte, gibt es mittlerweile viele deutsche Influencer, die mit der Vermarktung ihres Familienlebens Geld verdienen. Besondere Ereignisse wie die Einschulung oder Geburtstagsfeiern liefern dabei besonders hohe Interaktionszahlen, was zu besser bezahlten Kooperationen führt.

Wenn ich heute Videos von solchen Momenten sehe, dann frage ich mich: Wie oft muss diese Szene eigentlich wiederholt werden, bis sie perfekt ist? Wie oft muss beispielsweise Leni die Treppe herunterlaufen und staunend auf die Geburtstagstorte blicken, bis die Aufnahme wirklich stimmt? Wie

oft wurde gefilmt, damit wir diese Szene aus verschiedenen Blickwinkeln beobachten können? Wenn wir solche Szenen sehen, dann denken wir selten daran, dass Kinder in diesen Momenten nicht einfach spielen, sondern in einer inszenierten Werbewelt arbeiten. Und genau hier liegt das Problem.

Im Gegensatz zu Theaterproduktionen oder Filmaufnahmen, bei denen es klare gesetzliche Regelungen und Jugendschutzbestimmungen gibt, gibt es im Bereich der Familien-Influencer noch keinerlei wirksame Schutzmechanismen.

Während Kinder und Jugendliche, die in der Filmund Theaterwelt tätig sind, strengen Regelungen für die Arbeitszeiten bis hin zur pädagogischen Begleitung unterliegen, gibt es für Kinder, die als Teil des Familiencontents interagieren, keinerlei rechtliche wirksame Absicherung. Liebe Kolleg*innen, das wollen und müssen wir heute ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Kinderrechtsorganisation Terre des Hommes hat in ihrem Bericht 2024 aufgedeckt, dass die Arbeit von Familien-Influencern eine Vielzahl von Gefahren für Kinder birgt. Sie können in ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden, erleben Bindungsstörungen, ihre Sicherheit ist gefährdet, und ihre Privatsphäre wird mitunter massiv verletzt. Auch das Deutsche Kinderhilfswerk warnte bereits 2019 vor ähnlichen Risiken. Ein Gutachten im Auftrag von Campact und des Kinderhilfswerks belegte im vergangenen Jahr, dass die Veröffentlichung von Fotos und Videos in sozialen Medien das Kindeswohl gefährden kann. Besonders die Darstellung emotionaler Ausnahmesituationen wie Angst, Scham oder Traurigkeit stellt einen massiven Eingriff in die Privatsphäre des Kindes dar. Leider ist aber auch das alltäglich.

Nun haben wir also die Chance, dem etwas entgegenzusetzen. Wir können den rechtlichen Rahmen so gestalten, dass Kinder vor Ausbeutung und der Verletzung ihrer Privatsphäre in sozialen Medien besser geschützt werden. Es ist auch an der Zeit, dass wir diese Verantwortung übernehmen, denn auch in den sozialen Netzwerken haben Kinder das Recht auf Schutz vor Ausbeutung und auf Achtung ihrer Privatsphäre.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Unser Antrag fordert daher, dass wir das Jugendarbeitsschutzgesetz so anpassen, dass auch der Bereich des Influencer-Marketings klar darin geregelt wird. Wir wollen eine pädagogische Begleitung und die Aufklärung über die Rechte der Kinder stärken. Zudem soll ein Teil der Einnahmen aus dem Influencer-Content auf einem Konto für das Kind hinterlegt werden. Vorbild sind dabei die entsprechenden Regelungen in Frankreich, denn auch hier geht es um den Schutz der Privatsphäre und des Kindeswohls auch im digitalen Raum.

Wir müssen dafür sorgen, dass Kinder in der Welt der sozialen Medien nicht ohne Schutz dastehen. Dieser Antrag, liebe Kolleg*innen, ist dabei hoffentlich nur der Anfang. Ich hoffe, dass Sie uns unterstützen, damit wir diesem wichtigen Thema mehr Raum geben, es weiter vorantreiben und letztlich auch einen echten Wandel erreichen können. In diesem Sinne freue ich mich auf die Ausschussberatungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Schendel. - Für die Fraktion der SPD hat sich zu Wort gemeldet: der Abgeordnete Jörn Domeier. Herr Domeier, bitte!

(Beifall bei der SPD)

Jörn Domeier (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nastya wurde mit der Diagnose einer Hirnschädigung geboren. Die Befürchtung, dass sie nie sprechen wird, war groß. Um ihr später einmal Mut zu machen, haben die Eltern Videos aufgenommen. Die Diagnose war zum Glück falsch, aber die Videos gingen dennoch durch die Decke: 125 Millionen Abonnenten hat Nastya nun im Alter von elf Jahren. 924 Videos sind allein bei YouTube online. Pro Woche erhalten die Eltern ca. 270 000 Dollar durch Einnahmen. Das macht ein geschätztes Vermögen von 260 Millionen Dollar.

Dieses Geld gibt es aber natürlich nicht geschenkt. Neben der Bezahlung durch die Aufgabe ihrer Privatsphäre ist die Erstellung von professionellen Videos und Werbespots eben auch richtige Arbeit. Und die Nastyas gibt es oft - auch in Deutschland und Niedersachsen -, aber wenige sind so erfolgreich

Dass Kinder Influencer werden wollen, ist nicht neu. Aber bitte nicht falsch verstehen: Wenn Eltern mit ihren Kindern onlinegehen wollen, dann sollen und dürfen sie das tun. Wenn Eltern erlauben, dass sich

ihre Kinder online präsentieren, dann habe ich als Vater eine Meinung - aber natürlich dürfen Eltern das zulassen. Der umstrittene Psychologe und Gutachter für Familiengerichte, Dr. Dr. O. aus Berlin, bestätigt leider immer wieder, dass es eben das Lebensrisiko eines Kindes sei, wenn Eltern falsche Entscheidungen für ihr Kind treffen. Oder anders ausgedrückt: Pech gehabt, wenn es der Vater im Wohnmobil toll findet, Kinder für kommerzielle Dinge und in jeder Situation zu filmen.

"Samstags gehört Vati mir" war eine Kampagne der Gewerkschaften in den 50er-Jahren dieser Republik. "Samstag ist Drehtag" heißt es heute in vielen Kinderzimmern. Professionelle Videos werden erstellt, x Einstellungen müssen wiederholt werden, und mit zunehmendem Erfolg muss der Community auch immer wieder etwas Neues geboten werden.

Und auch das gehört dazu: Je privater die Aufnahmen, desto erfolgreicher. Je freizügiger, desto mehr Klicks. Videos vom Strandurlaub oder am heimischen Pool ziehen ganz besonders viele Zuschauer an - und es hat einen ekligen Hintergrund, warum ich hier die männliche Form der Anrede wähle. Doch auch oder gerade für diese privaten und intimsten Videos gibt es einen Markt: Werbung, die in den Videos geschaltet wird, und besonders die Kooperation der Industrie dafür, denn die Jüngsten sind eine wirtschaftlich ganz besonders attraktive Zielgruppe.

Aber der Markt regelt nichts von allein. Der Markt richtet aber hin. Denn der Glaube, es gibt eine digitale Welt und eine reale Welt, ist falsch. Es gibt nur eine Welt, und die Fotos und Videos, die online gehen, bleiben. Das Internet vergisst nicht, und das Internet zeigt den Usern auch ganz konkret auf, wer wo im Realen wohnt: Saskia, 13, von der Gropius-Schule in Berlin, wohnhaft in der Goethestraße 22 und schon viel länger aktiv, und Felix, 11, vom Gymnasium Sophie Scholl in Schwäbisch-Hall in der Weinstraße 17. Ich habe die Namen und Daten verfremdet. Hunderte - sogar auch noch mehr - stellen dies aber online und verfremden nicht. Die Dinge werden nicht etwa im Darknet, sondern bei YouTube und Co. veröffentlicht. "Steig nicht ein bei Fremden" erklären wohl alle Eltern ihren Kindern. Wenn Familienblogger aber so viele Neuigkeiten von zu Hause mitteilen, wie soll ein Kind wissen, dass es ein Fremder ist, der weiß, dass Papa gerade beim Sport ist, Mama heute Yoga macht und es deswegen abgeholt werden muss?

Ich bin wirklich dankbar, in einer Zeit ohne Insta und TikTok groß geworden zu sein und besonders die

Jugendphase so durchlebt zu haben. Doch auch zu meiner Zeit und auch schon vorher gab es immer Kinderstars. Moritz Bleibtreu hat bei mir um die Ecke in Bornum und am Elm "Neues aus Uhlenbusch" gedreht. Es gab klare Regelungen im Jugendschutz, die damals halfen und auch heute helfen würden. Aber diese Regelungen ziehen eben nicht bei den sogenannten neuen Medien.

Natürlich kann man immer sagen: Wir müssen einfach nur auf den gesunden Menschenverstand setzen. Das Jugendschutzgesetz hat aber aufgezeigt, dass es wahrlich nicht verkehrt ist, wenn auch Rechtsrahmen gesetzt werden. Denn während bei Film und Fernsehen die Eltern als Rechtewahrer ihrer Kinder fungieren und auch alles ganz deutlich reglementiert ist, sind bei den sogenannten neuen Medien die Eltern auch Auftraggeber, Regie und Vermarktungsstelle - alles in einer Person.

Und Kinder wollen dabei gefallen, natürlich auch ihren Eltern. Wie soll ein Kind da "Stopp!" sagen? Woher soll nach einer jahrelang gelebten Praxis eine Nastya noch wissen, ob es eigentlich alles das will, was da gerade passiert, wenn es doch zur Lebensrealität dazugehört wie zur Schule zu gehen und weitere Dinge und auch, wenn alle Familienmitglieder und das gesamte Umfeld von den Videos gut zu leben scheinen?

Ich habe mindestens einen inszenierten Shitstorm durchlebt, und es gibt wahrlich schönere Zeiten. Für Kinder und Jugendliche, die nicht solch ein dickes Fell haben wie ich, sind solche Dinge viel gravierender.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

- Vielen Dank.

Bei einem Millionenpublikum gibt es auch ständig irgendwelche Personen oder Bots, die stänkern, und YouTube und Co. verstärken das, weil sie mitbekommen, dass das zusätzliche Klicks, Likes oder eben auch Dislikes gibt. Das hat bei Kindern und Jugendlichen Auswirkungen - nicht nur gute.

Aus diesen Gründen haben wir den Antrag eingereicht. Ich danke bereits heute auch für die "Beinfreiheit", die mir meine Fraktion für dieses Thema gegeben hat, und dem Arbeitskreis Soziales für das faire Miteinander und beantrage die Mitberatung im Unterausschuss "Verbraucherschutz".

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Domeier. - Für die Fraktion der AfD hat sich zu Wort gemeldet: die Abgeordnete Vanessa Behrendt. Bitte schön, Frau Behrendt!

(Beifall bei der AfD)

Vanessa Behrendt (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 50 % der Fotos auf Pädophilen-Websites stammen von den Social-Media-Seiten der Eltern. Pädophile bewerten sie nach "Fuckability" und fantasieren darüber, was sie am liebsten mit den Kindern machen würden. Was, meine Damen und Herren, geht in den kranken Hirnen dieser Leute vor?

Die Kriminellen haben es nicht nur auf Aufnahmen in Badehosen abgesehen. Jedes Bild kann Kinder zur Zielscheibe machen. Man denke nur an die Möglichkeiten der KI-Videogenerierung, und der Horror ist perfekt. Und nicht nur das: Oft werden bei Posts in sozialen Medien Metadaten mit veröffentlicht. Den Standort eines Kindes nachzuvollziehen ist somit eine Leichtigkeit.

Auch Identitätsdiebstahl ist eine Gefahr - digitales Kidnapping. Pädophile geben sich als Kinder aus, deren Fotos sie geklaut haben, zum Beispiel um damit andere Kinder online anzulocken und sie zu Treffen zu animieren. Ich bitte Gott, dass die Kinder von Ihnen allen niemals Opfer dieser Verbrechen werden.

Ganz besonders gefährdet sind Kinder-Influencer. YouTube-Kinderstars wie Vlad und Niki oder Diana und Roma haben Hunderte Millionen Follower. Sie bewerben Spielzeug, Ausflugziele, Snacks, Klamotten und vieles mehr. Ein einziges Video bringt den Familien teilweise Hunderttausende Euro ein. Klar, dass diese Geschäftsmodelle auch in Deutschland zahlreiche Nachahmer finden.

Natürlich wirft das vielfältige Fragen auf: Welche Rolle spielen die Persönlichkeitsrechte dieser Kinder? Wie werden die Kinder einmal auf diese Inhalte zurückblicken, wenn sie älter sind? Das Netz vergisst nicht. Kein Zweifel, Aufnahmen von Kindern in sozialen Medien, ob nun kommerziell oder privat, sind ein ambivalentes Feld.

Rot-Grün macht uns nun das Angebot, Freiheit gegen Sicherheit zu tauschen. Und schon Benjamin Franklin wusste: Wer diesen Tausch eingeht, wird am Ende beides verlieren. Familien-Influencer zu sein, soll genehmigungspflichtig werden. Der Staat soll entscheiden, welche Inhalte zugelassen werden und welche nicht. Meine Damen und Herren, als

AfD wissen wir: Mehr Staat ist selten die Lösung, aber meistens das Problem.

(Beifall bei der AfD)

Der Regierung mehr Rechte zu geben, ist oft eine schlechte Idee. Dieser Regierung mehr Rechte zu geben, ist fast immer eine sehr schlechte Idee.

(Beifall bei der AfD)

Und dieser Regierung mehr Rechte über Eltern zu geben, ist unter Garantie eine extrem schlechte Idee.

(Claudia Schüßler [SPD]: Ich glaube, Sie haben nicht zugehört!)

Ich weiß nicht, ob Familien-Influencer ihren Kindern mit den Videos einen Gefallen tun. Doch ich weiß eines ganz sicher: Eltern müssen selbst entscheiden, was am besten für ihre Kinder ist und was nicht. Entscheidungen der Eltern strahlen fast immer in der einen oder anderen Weise auf ihre Kinder aus. Ich wünsche auch keinem Kind, dass seine Eltern Grünen-Politiker sind. Doch ich maße mir nicht an, Ihnen da etwas vorzuschreiben.

(Beifall bei der AfD - Ulrich Watermann [SPD]: Schon gar nicht AfD-Politiker!)

Die Regierung kann, darf und soll sich aus der Lebensgestaltung der Menschen heraushalten. Der Glaube, dass diese Regierung besser als Eltern wüsste, was gut für ihre Kinder ist, ist so falsch wie gefährlich. Die Regierung hat die Aufgabe, den Rahmen bereitzustellen, in dem Familien leben können - und daran scheitern Sie nicht nur fahrlässig, sondern vorsätzlich.

Erinnern wir uns: Dieser Antrag, der tief in das Familienleben eingreifen will, kommt von den Parteien, die ungeborenen Kindern das Lebensrecht verweigern,

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

die Pubertätsblocker für eine Supersache halten

(Zuruf von der SPD: Stimmt nicht!)

und die zulassen, dass Kindermörder wie in Magdeburg und Aschaffenburg überhaupt in diesem Land sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD - Claudia Schüßler [SPD]: Jetzt wird es wirklich schlimm!)

Fangen Sie erst einmal damit an, bevor Sie Eltern in jedem Lebensbereich Vorschriften machen! Denn auch wenn es für Sie unvorstellbar ist: Echter Kinderschutz stärkt Eltern, anstatt sie zu schwächen.

Der Überweisung stimmen wir zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Frau Behrendt, zu Ihrem Redebeitrag gibt es eine Kurzintervention des Abgeordneten Domeier. Herr Domeier, bitte!

(Beifall bei der SPD)

Jörn Domeier (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe überlegt, ob ich überhaupt mit einer Kurzintervention hineingehe, aber ich gebe es nicht auf.

Es geht nicht darum, dass wir der Regierung mehr Rechte geben wollen. Das ist vollkommener Blödsinn. Ich verstehe, dass Sie diese Rede für Ihren eigenen YouTube-Kanal gehalten haben. Es geht uns um mehr Kinderrechte. Es geht uns um mehr Kinderschutz. Das können Sie mit parteipolitischem Klamauk so abbügeln. Dann müssen Sie aber klar sagen: Das ist überhaupt gar nicht Ihr Wunsch, und das ist überhaupt gar nicht Ihr Thema.

Mehr Kinderschutz auch in den sogenannten neuen Medien durchzusetzen, ist aber unser Anliegen. Dafür haben wir eine Verantwortung, und der wollen wir gerne gerecht werden. Sie müssen nicht dabei sein, sind aber herzlich eingeladen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Frau Behrendt möchte erwidern und bekommt jetzt das Wort.

Vanessa Behrendt (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege, ich zitiere einmal Olaf Scholz aus dem Jahr 2002: "Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern." Genau darum geht es Ihnen. Aber die Lufthoheit über den Kinderbetten obliegt den Eltern, in jedem Bereich. - Danke.

(Beifall bei der AfD - Volker Bajus [GRÜNE]: Oh Gott! Sie haben nichts verstanden!)

Präsidentin Hanna Naber:

Für die Fraktion der CDU erteile ich nun das Wort der Abgeordneten Laura Hopmann. Frau Hopmann, bitte!

(Beifall bei der CDU)

Laura Hopmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie bringen heute einen Antrag ein, der den Schutz für Kinder in den sozialen Medien stärken soll. Der Fokus richtet sich dabei vor allem auf kommerzielle Familien-Influencer, Kinder-Influencer und Mama- und Papa-Blogger, die aus ihrem Alltag mit Kindern berichten und über Werbeeinnahmen Geld verdienen.

Der Antrag sieht beispielsweise vor, dass Unternehmen und Agenturen bei Kooperation mit diesen Influencern gesetzlich verpflichtet werden sollen, Ausnahmegenehmigungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz einzuholen, und dass Eltern analog zur Regelung in Frankreich eine behördliche Erlaubnis für die Tätigkeit als Familien-Influencer einholen sollen und einen Teil der Einnahmen auf einem Konto für das Kind hinterlegen müssen. Außerdem soll eine Aufklärungskampagne gestartet werden.

So weit, so verständlich. Schließlich kann es keinesfalls sein, dass Kinderarbeit in der analogen Welt zu Recht verboten ist bzw. Arbeiten ab einem gewissen Alter nur sehr stark begrenzt möglich ist, während es in der digitalen Welt scheinbar niemanden interessiert.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das Internet und auch die sozialen Medien sind schließlich, wie wir auch schon in ganz anderen Zusammenhängen immer wieder gesagt haben, kein rechtsfreier Raum. Insofern kann ich Ihr Anliegen inhaltlich nachvollziehen.

Gleichzeitig sind wir aber mit dem Umstand konfrontiert, dass wir in den sozialen Medien ganz allgemein ein großes Problem der Rechtsdurchsetzung haben. Auch bei den hier vorgeschlagenen Maßnahmen hinsichtlich der Rechtsdurchsetzung bleiben für mich Fragen offen. Ich freue mich sehr, wenn wir in der Ausschussberatung im Detail mit Expertinnen und Experten ins Gespräch kommen können, wie wir ganz konkret Kinder davor schützen, dass sie als Content-Objekte kommerziell ausgebeutet werden.

Persönlich glaube ich aber, dass es bei Weitem nicht reicht, nur die kommerzielle Seite in den Blick zu nehmen. Ich glaube, die größere Herausforderung, vor der wir stehen und für die ich ehrlicherweise auch noch keine abschließende Lösung gefunden habe, ist eine ganz andere. Die betrifft ganz allgemein die gelebte Praxis des sogenannten Sharenting, also wenn Eltern Bilder ihrer Kinder in den sozialen Medien teilen völlig unabhängig davon, ob sie damit Geld verdienen oder nicht.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Denn wir können nicht ignorieren, dass sich Hinweise und Studien mehren, die nicht nur zeigen, dass Jugendliche unter dem Konsum von Social Media gesundheitlich leiden, sondern auch, dass Kinder, deren Eltern über sie posten, sehr darunter leiden können, wenn ihr Lebensalltag, scheinbar lustige Momente oder ganz private Details - auch wenn es in bester Absicht und aus Stolz passiert und nicht mit dem Ziel, sich irgendwie lustig zu machen - geteilt werden. Vielen Eltern ist am Ende des Tages, fürchte ich, nicht ausreichend klar, was alles passieren kann, wenn sie solche Bilder teilen, auch mit eigentlich unschuldigen und unverfänglichen Aufnahmen.

Ich habe vor Jahren auch schon mal einen Schnappschuss aus dem Urlaub auf Instagram geteilt. Aber je mehr ich mich in den letzten Jahren damit beschäftigt habe, umso mehr bin ich der Meinung, dass wir als Eltern unsere Kinder bestenfalls aus Bildern in Social Media heraushalten sollten, wie dies Sicherheitsbehörden wie das BKA aus den unterschiedlichsten Gründen längst empfehlen. Das darf uns natürlich keinesfalls dazu verleiten, eine Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben. Denn das Internet darf nicht Kinderporno-Kriminellen gehören.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich weiß, auf dieses Thema zielt der Antrag eigentlich nicht ab. Es ist ganz schwierig, diese gesellschaftliche Debatte zu führen. Es ist auch schwierig, hier mehr Recht durchzusetzen. Denn Social Media macht ja auch Spaß. Es stiftet auch für viele Mütter insbesondere eine wichtige Gemeinschaft und kann für tolle Momente genutzt werden und auch wirklich einen guten Beitrag leisten. Aber ich glaube, wir werden diese sehr unangenehme und auch sehr schwierige Debatte führen müssen. Wir werden uns dem stärker als bislang stellen müssen.

Ich würde mich freuen, wenn wir das in diesem Zusammenhang auch im Sozialausschuss des Landtags tun würden. Denn Kinder sind keine Accessoires ihrer Eltern. Sie sind ganz eigenständige Personen und kleine Menschen mit Rechten, die wir achten müssen und für deren Achtung wir als Erwachsene und auch als Gesetzgeber meiner Meinung nach verpflichtet sind.

Ich freue mich auf die Ausschussberatung. Wir schließen uns der Überweisung an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Hopmann.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir zur Ausschussüberweisung kommen.

Federführend soll der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung diesen Antrag beraten, und es gab gerade noch den Antrag, mitberatend den Unterausschuss "Verbraucherschutz" mit einzubeziehen. Ich lasse hierüber abstimmen. Wer dem folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Ausschussüberweisung ist einstimmig so beschlossen worden.

Wir kommen nun zu:

Tagesordnungspunkt 37:

Erste Beratung:

Die Rückkehr syrischer Staatsbürger vorbereiten und unterstützen - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/6275

Zur Einbringung hat sich zu Wort gemeldet: der Abgeordnete Stephan Bothe, dem ich hiermit das Wort erteile.

(Beifall bei der AfD)

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 7. Dezember feierten Tausende Syrer mit Kundgebungen und Autokorsos in Hannover und anderswo das Ende des Assad-Regimes. Sie begrüßten den Machtwechsel in ihrer Heimat und bejubelten die neuen Machthaber.

Völker sind souverän und müssen selbst über die Zukunft ihrer Nation bestimmen. So sieht es das Völkerrecht. Und nach nunmehr fast 14 Jahren Bürgerkrieg beginnt in dem arabischen Land ein großer Umbruch und ein Neuanfang.

Der Jubel Tausender syrischer Migranten auf deutschen Straßen und massenweise Jubelpostings auf X, Facebook, Instagram angesichts der neuen Situation zeigen vor allen Dingen eines, meine Damen und Herren: dass es an der Zeit ist, den temporär gewährten Aufenthalt der Syrer in Deutschland zu beenden.

(Beifall bei der AfD)

Syrien stabilisiert sich. Das ist nicht nur ein Grund zur Freude, sondern muss auch gleichzeitig ein Umdenken in der deutschen Politik bedeuten. Hinzu kommt, dass das neue Syrien Bürger braucht, die demokratisch geprägt und gut ausgebildet sind, und vor allem Menschen, die aus den Trümmern und Schrecken des Bürgerkrieges eine neue Zukunft formen.

Und hier kommen wir als Deutschland und auch als Niedersachsen ins Spiel. Rund jeder 20. Syrer lebt mittlerweile in Deutschland, davon rund 100 000 in Niedersachsen. Es ist ein nicht mehr zu rechtfertigender Zustand, denn die Subsidiarität ist an ihre Grenzen gekommen.

Und seien wir ehrlich, meine Damen und Herren: Die syrische Massenmigration nach Deutschland seit 2015 ist und war keine Erfolgsbilanz. Von den fast eine Million Syrern in Deutschland sind trotz der bekannt mehr als großzügigen Auslegung des Asylrechts beim BAMF nur 5 000 als asylberechtigt anerkannt. Das sind gerade einmal 0,52 %. Für alle anderen Syrer ist nach dem Ende des Bürgerkrieges der Grund für die vorübergehende Duldung ihres Aufenthalts weggefallen.

Mehr als eine halbe Million Syrer beziehen Bürgergeld, bekommen Miete und Heizung bezahlt. Das schlägt für den deutschen Steuerzahler jedes Jahr mit 3,5 Milliarden Euro zu Buche. Das zuständige Sozialamt übernimmt zusätzlich noch die Krankenkassenbeiträge. Weitere finanzielle Unterstützungen können nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beantragt werden. Hiervon machten Ende des letzten Jahres rund 81 000 Syrer ausufernd Gebrauch. Dies bedeutet eine extrem hohe Belastung für das deutsche Sozialsystem durch syrische Massenmigration.

Auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Deutschland, aber auch für Niedersachsen, sind Syrer gemessen an dem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten. So kamen bei Sexualstraftaten im Jahr 2023 mit fast 2 100 Tatverdächtigen die meisten aus Syrien. Ich erinnere an den Messerangriff von Solingen durch einen 26-jährigen Syrer im August letzten Jahres mit drei Toten, ich erinnere an den Mord an Philipos Tsanis in Bad Oeynhausen durch einen 18-jährigen Syrer im Juni letzten Jahres.

Insgesamt wurden im Jahr 2023 in Deutschland rund 109 000 syrische tatverdächtige Straftäter von der Polizei ermittelt. Damit waren die Syrer die größte ausländische Tätergruppe. Und jetzt wurde noch eine 34-jährige Frau von einem angeblich 17-jährigen syrischen Asylbewerber in Hannover vergewaltigt. Das sind eine ganze Menge Einzelfälle, Frau Ministerin!

(Beifall bei der AfD)

Aber Sie demonstrieren ja lieber gegen rechts, wie wir gestern Abend gesehen haben, anstatt sich um die innere Sicherheit in diesem Land zu kümmern.

Von daher liegen doch jetzt die Schritte, die die deutsche Politik gehen muss, klar auf der Hand. Und das ist der sofortige Migrationsstopp für Syrer. Zudem gehört der Familiennachzug gestoppt, und alle asylunberechtigten Syrer sind in ihre Heimat zurückzuführen. Das wäre verantwortungsbewusste Migrationspolitik im Sinne des Rechtsstaates, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Niedersachsen hat über 100 000 Syrer aufgenommen und steht in der Pflicht, durch eine humanitäre Rückführung syrische Staatsangehörige zurückzuführen und sie beim Wiederaufbau in ihrem Heimatland zu unterstützen. Syrien braucht dabei insbesondere zügig seine Fachkräfte zurück, damit der Wiederaufbau des Landes gelingen kann. Dies ist eine notwendige und wichtige Stärkung demokratischer Strukturen in einem Land, dessen weitere Entwicklung völlig offen ist.

Den Fachkräftemangel in Deutschland fälschlicherweise als Bleibegrund für Syrer zu deklarieren, ist nicht nur eine egoistische Sichtweise zum Nachteil des Landes Syrien - es ist das Gegenteil von Humanität! Nein, meine Damen und Herren, dieses Scheinargument widerlegt erst einmal die hohe Zahl von syrischen Bürgergeldempfängern bei einer gleichzeitig hohen Zahl von fehlendem Fachperso-

nal in Deutschland. Die wenigen tatsächlichen syrischen Fachkräfte wie beispielsweise Ärzte und Krankenpfleger werden auch dringend in Syrien gebraucht.

Aber natürlich muss es auch für Menschen aus Syrien, die sich hier herausragend integriert haben und für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen, perspektivisch Möglichkeiten geben, in Deutschland zu bleiben. Aber das nicht über das Asylrecht, sondern über ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das uns allen weiterhilft - selbstverständlich!

Die Situation ist nicht ganz einfach. Aber dafür gibt es doch staatliche Regulierungsmöglichkeiten, die das steuern müssen. Aber das hat nichts mit diesem Kontrollverlust zu tun, den wir seit 2015 in unserem Land haben. Dieser gehört endgültig beendet.

Meine Damen und Herren, wir fassen zusammen:

Nach den Zusicherungen der neuen Machthaber in Syrien bezüglich des Schutzes religiöser Minderheiten ist nun endgültig der Anlass für den Aufenthalt von Syrern in Deutschland entfallen. Eine konsequente Rückführung von syrischen Staatsangehörigen trägt nicht nur zur Entlastung des Sozialsystems bei, nein, es sorgt auch für Sicherheit und kann Leben retten, wie die schlimmen Geschehnisse in den letzten Jahren gezeigt haben. Asyl ist und bleibt ein Recht auf Zeit.

(Glocke der Präsidentin)

- Frau Präsidentin, ich komme zum Ende.

Die schrecklichen Ereignisse von Aschaffenburg haben uns wieder einmal die Notwendigkeit einer migrationspolitischen Wende gezeigt. Hierfür zeigt unser Antrag den richtigen Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Bothe. - Herr Watermann kann sich schon einmal vorbereiten. Aber zuvor nehmen wir einen Wechsel im Sitzungsvorstand vor.

(Vizepräsident Jens Nacke übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsident Jens Nacke:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit der Sitzung fort. Als Nächstes hat sich zu diesem Tagesordnungspunkt gemeldet: für die Fraktion der SPD der Kollege Watermann. Bitte schön!

Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Antrag der AfD, wodurch ist er geprägt? Er ist dadurch geprägt, dass er Unterstellungen enthält, dass er im Prinzip Menschlichkeit infrage stellt, dass er im Prinzip überregulieren will.

In der letzten Wahlperiode hat die AfD das Assad-Regime noch als vollkommen ungefährlich angesehen,

(Stephan Bothe [AfD]: Das haben wir ja nicht zu entscheiden!)

und in dieser Wahlperiode begrüßt sie, dass es ein neues Regime gibt.

Es sollen die, die hier arbeiten und Geld verdienen, hierbleiben, haben Sie gesagt. Sie haben gleichzeitig aber auch formuliert, dass die Fachärzte wieder nach Syrien zurückgehen sollen.

(Stephan Bothe [AfD]: Nur zur Hälfte!)

Glauben Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, gelegentlich hilft es, wenn wir gut beobachten, wenn wir als Staat nicht unbedingt überall dran rumfummeln. Gelegentlich hilft es auch, wenn man nicht unbedingt einen überregulierten Staat will, sondern es den Menschen überlässt, zu entscheiden, wie sie sich zu etwas verhalten, und auch noch mal genau hinguckt, wie das Regime und die Regierung und das, was sich jetzt danach organisiert, tatsächlich sind.

Es hilft Ihnen ja nur, die Dinge zu bedienen, die Sie jetzt brauchen, indem Sie wirklich jedes Thema missbrauchen, um Leute anzugreifen.

Ich sage Ihnen: Wir werden das im Innenausschuss beraten, wir werden die Landesregierung bitten, uns zu unterrichten, und dann werden wir Ihren Antrag ablehnen, und dann kommt er hier wieder auf, und dann rede ich noch mal dazu. Hilfreich ist das alles nicht.

Erstaunlicherweise hat Ihr Fraktionsvorsitzender mir vorhin zumindest mit einem Augenzucken zugestimmt, dass nicht alles, was wir in den sozialen Medien machen, sinnvoll ist. Glauben Sie mir, mancher dieser Anträge wäre nicht in diesem Landtag, wenn es diesen Quatsch - aber das darf ich ja nicht sagen; Herbert Wehner hätte "Quätscher" gesagt - nicht geben würde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Watermann. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU der Kollege Bock. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

André Bock (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Sturz des Diktators Assad Ende 2024 - im Dezember ist das gewesen - war für alle Menschen in Syrien, für die gesamte Region im Grunde, und auch für die Menschen, die zu uns geflüchtet sind, eine sehr gute Nachricht. Denn nicht nur 13 Jahre Krieg, sondern auch 54 Jahre Diktatur sind vorbei und auch die schrecklichen Zeiten von Foltergefängnissen, alles der Vergangenheit angehörend. Das waren - gerade, wie ich finde, in diesen schwierigen Zeiten weltweit mit Blick auf Geflüchtete und Kriege - wirklich mal gute Nachrichten.

Durch den Wegfall des Assad-Regimes kann es auch gelingen, dass der Einfluss des Irans in der Region deutlich zurückgedrängt wird und vor allem auch der terroristischen Hisbollah sozusagen das Rückzugsgebiet fehlt, gerade auch für deren Partner im Drogenhandel - ein Riesenproblem in der Region, aber am Ende auch für Europa.

Deutschland und Niedersachsen haben zu Syrien insbesondere zwei Interessenlagen. Erstens mit Blick auf die Region: Die Sicherheit und das Existenzrecht des Staates Israel können wir jetzt vielleicht mehr noch als in der Vergangenheit gewahrt sehen, und das ist auch ein Erfolg für den Staat Israel.

Zweitens. Mit Blick auf die vielen geflüchteten Syrerinnen und Syrer hierzulande haben wir ein besonderes Interesse an einem guten und friedlichen Syrien, an einer friedlichen Entwicklung des neuen Regimes, im besten Fall natürlich mit dem Ziel einer rechtsstaatlichen Grundstruktur.

Vor allem haben wir das Ziel, dass die Menschen freiwillig wieder zurück in ihre Heimat gehen können und sich am Wiederaufbau derselben beteiligen können. Grundvoraussetzung dafür ist aber ein staatliches, möglichst eben rechtsstaatliches demokratisches System, aber jetzt anfangs auch die Klärung wichtiger Fragen für die Menschen, die zurzeit bei uns leben.

Die vielen Syrerinnen und Syrer bekommen einen Rechtsstatus zurück, denn vielen Menschen wurde die Staatsangehörigkeit schlichtweg aberkannt, bis hin zum Verlust von Hab und Gut, der Aberkennung und Enteignung ihres Eigentums und ihrer Besitztümer. Dazu sollte sich die internationale Gemeinschaft jetzt aktiv einbringen und sich für Gespräche anbieten. Die Bundesregierung hat das in der Tat getan, und auch die neue Bundesregierung muss hierauf einen Fokus richten. Und die aktuelle amtierende Bundesregierung muss die verbesserten Beziehungen zu den Golfstaaten nutzen, um weitere Schritte hin zu einem demokratischen Rechtsstaat aufzubauen und auszuloten.

Für uns als Union steht eine sichere und geordnete Rückkehr der Menschen im Fokus, wobei sowohl die Wünsche und Rechte der Geflüchteten, als auch die Gegebenheiten in Syrien natürlich immer berücksichtigt werden müssen. Den Menschen muss vor Ort eine sichere Perspektive geboten werden, um die Rückkehr in das zerstörte Land attraktiv zu machen.

Das ist die eine Seite der Medaille. Aber ich sage auch klar und deutlich, was die andere Seite der Medaille ist, wenn wir über Syrien und die Menschen, die zurzeit bei uns leben, sprechen:

Klar ist, Straftäter und Gefährder können und müssen jetzt auch abgeschoben werden. Das ist keine neue Erkenntnis. Das hat im Übrigen auch die Innenministerkonferenz schon vor dem Sturz des Assad-Regimes von der Bundesregierung eingefordert. Und wenn ich die jüngsten Einlassungen des noch amtierenden Bundeskanzlers höre, scheint das ja auch breit getragen zu werden, zumindest insgesamt gibt es auch eine Einigkeit mit den Sozialdemokraten in Berlin.

Also noch einmal: Was braucht es jetzt an konkreten Maßnahmen?

Erstens. Zunächst muss sich die Lage in Syrien wirklich klären.

Zweitens. Deutschland muss alles unternehmen, damit die demokratischen Kräfte in Syrien gestärkt werden.

Drittens. Wer freiwillig gehen will, der sollte unterstützt werden; denn gerade jetzt braucht Syrien die Menschen, die bei uns schätzen gelernt und kennengelernt haben, was Demokratie und Freiheit eigentlich bedeuten. Syrien - natürlich, in der Tat ein zerstörtes Land - braucht jetzt auch dringend Fachkräfte: Arbeitskräfte, Ingenieure, Bauingenieure, Bäcker, Maurer etc. - all die Kompetenzen, die das

Land verlassen haben, braucht das Land jetzt wieder für den Aufbau.

Viertens. Bei Straftätern, Extremisten und Gefährdern müssen die Sicherheitsinteressen Deutschlands Vorrang haben. Das heißt nicht nur Abschiebung von Straftätern und Gefährdern, das heißt auch Abschiebemaßnahmen für Rückkehrverweigerer.

Fünftens. Es müssen Bleibeperspektiven für gut integrierte und hier lebende Syrerinnen und Syrer geschaffen werden, die hier ihren Lebensunterhalt verdienen und vielleicht auch bleiben wollen.

Meine Damen und Herren, die Veränderungen in Syrien sind noch sehr frisch - der Dezember ist ja noch nicht lange her - und sehr instabil, wenn man das in den Nachrichten verfolgt. Es ist aber auch richtig, sich die Perspektiven für die hier lebenden Menschen anzuschauen und einen Fahrplan zu entwickeln, wie er in dem vorliegenden Antrag zumindest ansatzweise skizziert worden ist.

Ich würde nicht so weit gehen wie der Kollege Watermann, denn das, was Herr Bothe vorgetragen hat, weicht schon von dem Inhalt des Antrags ab. Das muss man zugestehen. Und das, was in Ihrem Antrag steht, deckt sich auch im Weitesten mit dem, was wir aus den Parteien im Bundestag hören - wo ja die Kompetenz für Verhandlungen mit Syrien und dem neuen Regime liegt.

Aber, Herr Bothe, Sie haben wieder das getan, was Sie an dieser Stelle immer tun: Sie haben quasi alle Syrerinnen und Syrer zu Kriminellen erklärt. Aber das ist nicht so! Natürlich gibt es auch unter ihnen kriminelle Straftäter, Gefährder, gar keine Frage. Die müssen abgeschoben werden, die müssen die volle Härte dieses Rechtsstaates zu spüren bekommen. Aber damit, alles in einen Topf zu werfen, werden Sie der aktuellen und schwierigen Debatte wieder mal nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Gerade mit Blick auf die Region Syrien und die hier lebenden Menschen braucht es eine noch höhere Sensibilität bei dem Thema Rückführung. Welche Möglichkeiten haben wir? Welche Möglichkeiten bieten sich vor Ort? Daran wird eine neue Bundesregierung intensiv arbeiten. Wir werden das auf Länderebene und auch in Niedersachsen begleiten - natürlich, weil hier bei uns zurzeit 110 000 Menschen aus Syrien leben.

In diesem Sinne bin ich ganz gespannt auf die Beratung im Innenausschuss und auf die Einschätzung und die Einlassungen der Landesregierung zur aktuellen Sicherheitslage in Syrien.

Vielen Dank.

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Bock. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Diallo-Hartmann. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Kolleg*innen! Ich beginne meine Rede, indem ich, bevor ich auf die Lage der syrischen Geflüchteten hier in Niedersachsen oder allgemein in Deutschland eingehe, erst mal festhalte - da sind wir uns mit Herrn Kollegen Bock einig -, dass wir bei der Lage in Syrien noch nicht darüber reden können, dass wir sofort abschieben können. Denn es handelt sich um ein Land, wo wirklich immer noch keine Infrastruktur - Häuser sind weggebombt - und zum Teil kein Wasser, keine vernünftige gesundheitliche Versorgung vorhanden sind.

Daher war es richtig und wichtig, dass die Bundesebene noch mal Geld in Aussicht gestellt hat, um zu unterstützen, damit dort wieder ein Aufbau stattfinden kann. Außerdem war es wichtig, dass die Außenministerin Annalena Baerbock vor Ort mit den Akteur*innen darüber gesprochen hat, wie notwendig es ist, dass die Menschen, die dort jetzt die Macht übernommen haben, auch die Rechte von Frauen und die Rechte von Minderheiten beachten. Das ist richtig, und ich begrüße es sehr. Da passiert bereits etwas.

Ich komme zu den Menschen hier. Bevor ich in den Landtag gewählt wurde, habe ich für die größte Migrant*innendachorganisation hier in Niedersachsen gearbeitet. Ich kann von mehreren Kolleg*innen berichten, die damals 2014/2015 aus Syrien gekommen sind. Da gibt es beispielsweise meine liebe Kollegin Mariam, die seit Langem bei der Amfn arbeitet. Sie hat einen Uniabschluss, war Englischlehrerin und leistet jetzt hier in Niedersachsen bei Amfn Aufklärungsarbeitet für Geflüchtete über das Bildungssystem hier in Niedersachsen. Das trägt auch dazu bei, dass Eltern besser aufgeklärt werden und gewährleistet ist, dass sie ihren Beitrag dazu leisten können, bessere Chancen für ihre Kinder herbeizuführen. Ihr Mann ist in Syrien Ingenieur gewesen,

und die zwei ältesten Kinder studieren Informatik hier in Niedersachsen.

Das ist die Realität. Ich könnte noch viele weitere Geschichten erzählen, was das angeht. Sie sind Teil dieser Gesellschaft, und sie brauchen wir, sie werden ihren Beitrag leisten, den Wohlstand dieses Landes voranzubringen.

Daher stellt sich für mich nicht die Frage, wie man die Leute nach Syrien abschieben kann, sondern wie man weiterhin daran arbeiten kann, Perspektiven zu schaffen. Hierzu möchte ich ein paar Zahlen und Daten anbringen.

Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft könnte sich die Rückkehr der syrischen Geflüchteten in ihre Heimat negativ auf die Fachkräftelücke in unserem Land auswirken. Etwa 80 000 Syrer*innen arbeiten laut einer DIW-Studie hierzulande in Engpassberufen. Ich könnte noch weiter dazu ausführen. Denn erst letzten Freitag war ich bei Hahne Holding bei mir im Wahlkreis. Das ist ein Pflegeunternehmer, der ganz viele Menschen mit Migrationsbiografien beschäftigt und auch ausbildet.

Ich kann Ihnen nur sagen: Man merkt und sieht, Sie sind wirklich nicht daran interessiert, dass der Wohlstand dieses Landes aufrechterhalten wird. Sie sind nicht daran interessiert, dass Menschen nach ihren Bedürfnissen gepflegt werden oder aber dass man sich im Rahmen der Gesundheitsversorgung gut um sie kümmert. Sie sind wirklich menschenfeindlich, auch den Menschen, die hier leben, und nicht nur den Geflüchteten gegenüber.

Entsprechend kann ich nur sagen: Der Fokus liegt für uns darin, Menschen eine Perspektive zu bieten, damit sie Teil der Gesellschaft werden; Ihre menschenunwürdigen Abschiebefantasien machen wir nicht mit.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Diallo-Hartmann. - Auf Ihren Wortbeitrag gibt es eine Kurzintervention des Kollegen Bothe. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Stephan Bothe (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie haben recht, es gibt 80 000 Menschen aus Syrien, die hier arbeiten. Es gibt aber auch über 500 000, die im Bürgergeld sind.

Ich mache jetzt mal was zum ersten Mal und zitiere Ihren hoffentlich sehr geschätzten Kanzlerkandidaten Robert Habeck. Im Deutschlandfunk hat dieser auf die Frage, wie denn mit den Syrern in Zukunft hier umzugehen ist, nämlich Folgendes gesagt: "Diejenigen, die hier nicht arbeiten, werden, wenn das Land sicher ist, wieder in die Sicherheit zurückkehren können oder auch müssen."

Herr Habeck hat sich dafür ausgesprochen, dass diejenigen aus Syrien, die hier nicht arbeiten, wieder in das Land zurückgehen sollen. Sehen Sie das genauso, Frau Kollegin?

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Kollegin Diallo-Hartmann möchte antworten. Bitte schön!

Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Ja, was soll ich sagen? Sie reden über eine vorhandene Rechtslage. Ich habe mich in meiner Rede deutlich ausgedrückt. Da gibt es keinen Dissens bei uns Grünen.

Ich habe hier auf meinem Papier auch die Recherche, die ich gemacht habe. Laut Bericht zur Arbeitsmarktintegration sind 67 % der Menschen aus Syrien, die seit 2015 hier sind, derzeit auf dem Arbeitsmarkt aktiv. Allgemein sind insgesamt 42 % auf dem Arbeitsmarkt aktiv. Das ist die Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Delia Klages [AfD]: Woher haben Sie denn die Zahlen? - Weitere Zurufe von der AfD)

Die Tatsache ist: Das ist die größte Anzahl von geflüchteten Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt sind. Und jetzt kommt das Aber: Wenn wir darüber reden, dass diese Frauen, die Sie zurückschicken wollen, möglicherweise nicht arbeiten, weil sie zu Hause sind und sich um ihre Kinder kümmern, weil kein Kita-Platz vor Ort vorhanden ist, und sie deshalb nicht zu einem Sprachkurs gehen oder auch nicht arbeiten können, dann liegt mein Fokus auch als Kommunalpolitikerin darauf, dass diese Frauen ihre Kinder betreuen lassen können, damit sie zum Sprachkurs gehen können.

Dafür haben wir hier Rahmenbedingungen geschaffen. Dank unseres Finanzministers und unseres Wissenschaftsministers sind Sprachkurse mit Kinderbetreuung möglich, damit diese Frauen auch arbeiten gehen können. Und daran arbeiten wir weiterhin in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Klaus Wichmann [AfD]: Das war ein sehr wortreiches Nein!)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Diallo-Hartmann.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor. Insofern kommen wir zur Ausschussüberweisung.

Vorgeschlagen ist der Ausschuss für Inneres und Sport. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 38:

Erste Beratung:

Verlässliche Arzneimittelversorgung in Niedersachsen endlich herstellen - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/6276

Der Antrag wird für die Fraktion der AfD eingebracht durch Frau Kollegin Klages. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Delia Klages (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen Abgeordnete! Eine verlässliche Arzneimittelversorgung in Niedersachsen ist eine dringende Notwendigkeit. Die Zahl der fehlenden Medikamente ist seit Jahren besorgniserregend. Am Stichtag, nämlich dem 14. Januar dieses Jahres, waren es 448 Lieferengpassmeldungen. Aktuell sind sieben Bekanntmachungen nach § 79 Abs. 5 des Arzneimittelgesetzes zur Versorgungsmangelsituation veröffentlicht. Betroffen sind Wirkstoffe wie Fosfomycin, Diaformin, Natriumchlorid, Natriumperchlorat, antibiotikahaltige Säfte für Kinder, Salbutamol und Folinsäure.

Es ist höchste Zeit, diese Situation zu transformieren. Wenn die Bevölkerung von globalen Lieferketten abhängt, entsteht ein unerträgliches Versorgungsrisiko. Die Unabhängigkeit von Medikamentenproduzenten in Fernost ist nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Deutschland wurde einmal als Apotheke der Welt bezeichnet. Derzeit beziehen wir unter anderem Medikamente aus Drittstaaten.

In Niedersachsen gibt es vom Harz bis in den hohen Norden Unternehmen, die pharmazeutische Produkte herstellen. Ich gebe Ihnen einige Beispiele: Dreluso Pharmazeutika Dr. Elten & Sohn GmbH in Hessisch Oldendorf, Dr. Paul Lohmann GmbH aus Emmerthal und Hameln Pharma GmbH aus Hameln, um nur drei Unternehmen zu nennen, die ihren Standort im Landkreis Hameln-Pyrmont haben.

Leider produzieren sie in der Regel nicht die Medikamente, die in Deutschland fehlen und für die das Bundesinstitut für Arzneimittel einen Versorgungsmangel festgestellt hat. Grundsätzlich dürfen Sie aber alle mit mir einer Meinung sein, dass es Aufgabe der Regierung ist, für eine Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu sorgen. Dazu war die Regierung bisher nicht in der Lage.

Das Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz aus dem Jahre 2023 hat keinen Effekt. Das ist auch die Aussage des Apothekerverbandes. Er bezeichnet dieses Gesetz als wirkungslos.

Weder der Minister noch der Ministerpräsident scheinen einen positiven Einfluss auf den Kollegen Lauterbach gehabt zu haben oder zu haben. Und wie Sie unlängst der Kollegin Bauseneick geantwortet haben, sind Ihre Ideen für Problemlösungen sehr begrenzt. Auf die Frage, ob die Landesregierung einen Medikamentenproduzenten für eine Produktion an einem niedersächsischen Standort anwerben will, war die Antwort - ich zitiere -: Zur direkten Ansprache von potenziell interessierten Unternehmen werden unterschiedliche Maßnahmen wie Messebesuche sowie insbesondere Netzwerkaktivitäten durchgeführt. - Werte Landesregierung, das kann nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall bei der AfD)

Und ich will noch einen Teil aus Ihrer von Ideen nur so sprudelnden Antwort zitieren. Auf die Frage "Hat die Landesregierung eine Strategie, falls ein Lieferengpass für ein bestimmtes Medikament besteht?" gab die Landesregierung unter anderem in ihrer Antwort folgende Maßnahmen an: Kontingentierung von Arzneimitteln - also Pillen abzählen -, Prüfung der Verfügbarkeit von Kontingenten aus Drittstaaten, Abweichen vom Arzneimittelgesetz durch Allgemeinverfügung vom 1. Februar 2024, wonach nicht - ich wiederhole: *nicht* - zugelassene oder nicht mit einer deutschsprachigen Kennzeichnung ausgestattete Arzneimittel in Verkehr gebracht werden dürfen.

Diese Antwort unterstreicht einen wesentlichen Grund für die Versorgungsengpässe. Wir in Deutschland konkurrieren mit anderen Ländern um eine Vielzahl von Medikamenten auf dem Weltmarkt. Da Medikamente und Wirkstoffe nur noch an wenigen Orten auf der Welt und von wenigen Herstellern produziert werden, liefern diese Unternehmen dorthin, wo die besten Preise erzielt werden und wo die Bürokratie nicht so erdrückend ist wie in Deutschland.

Sehr geehrter Herr Weil, sehr geehrter Dr. Philippi, wir fordern in unserem Antrag, dass Sie sich auf Bundesebene für eine importminimierende, besser noch eine importunabhängige Produktion von pharmazeutischen Wirkstoffen einsetzen und sich nicht in erster Linie über das Arzneimittelgesetz hinwegsetzen.

Liebe Kollegen, Sie können in den Beratungen im Ausschuss all Ihre Ideen einfließen lassen, damit der Ausbau und die Stärkung der pharmazeutischen Industrie in Niedersachsen gelingen kann.

(Beifall bei der AfD)

Unser Land darf nicht weiter abhängig von Arzneimittelimporten sein. Dies wäre ein entscheidendes Signal für die Bürger, dass ihre Gesundheit an erster Stelle steht, und es würde darüber hinaus die Arbeit von Ärzten und Apothekern wesentlich erleichtern. Es ist an der Zeit, dass Deutschland, einst bekannt als Apotheke der Welt, seine Rolle wieder einnimmt. Niedersachsen könnte dazu beitragen, die Kapazitäten und die Expertise dazu aufzubauen.

Wir müssen nun die Weichen richtig stellen, begangene Versäumnisse korrigieren, sodass die Arzneimittelversorgung nicht weiter gefährdet ist. Es ist Zeit für Deutschland. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Klages. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Prell. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Andrea Prell (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Damit hier zunächst mal kein falscher Eindruck entsteht, lassen Sie mich erst mal eines festhalten: In Niedersachsen ist die flächendeckende Versorgung mit Medikamenten grundsätzlich gesichert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Denn trotz der von Ihnen genannten in etwa 450 gemeldeten Lieferengpässe, die übrigens in Summe bei 105 000 zugelassenen Medikamenten noch nicht mal 0,5 % ausmachen, ist die Grundversorgung eben nicht in Gefahr, Frau Klages, weil unter anderem durch Importalternativen und Umverteilung gegengesteuert wird.

Im Herbst vergangenen Jahres war auch bei mir im Wahlkreis in der Apotheke das Kochsalz - es ging durch die Medien - knapp, das stimmt. Aber bereits zum Jahresende - so jedenfalls haben es mir die Apotheken in meinem Wahlkreis vor Ort, mit denen ich gesprochen habe, erzählt - hat man aufgrund von Bevorratung und Bestellung über den Großmarkt zeitnah doch zumindest wieder eine Entspannung in den meisten Apotheken gehabt.

Lieferengpässe bei Medikamenten sind im Übrigen kein niedersächsisches Problem, auch kein deutsches Problem, sondern ein globales. Es ist im Übrigen auch kein neues Thema, Frau Klages.

(Klaus Wichmann [AfD]: Aber es gibt Handlungsbedarf!)

Wie der Unterrichtung - Sie haben es selber gesagt - durch die Landesregierung im Verbraucherschutzausschuss im September letzten Jahres zu entnehmen war, reichen die Gründe für die Engpässe von geopolitischen Veränderungen - wir haben es heute eben nicht mehr nur mit sicheren Ländern zu tun - bis zu der Tatsache, dass wir leider viel Produktion in Europa verloren haben.

Wir erkennen diese Herausforderungen an. Natürlich ist uns bewusst - auch das ist der Unterrichtung zu entnehmen -, dass die weltweite Knappheit von einigen Medikamenten gravierende Folgen haben

kann. Allein Ihr Adressat ist hier weder ausreichend noch richtig. Denn was das Land hier tun kann, das tut es bereits, und das ist auch begrenzt. Sie haben ja schon im Detail auf die Antwort in der Drucksache 19/5929 auf eine Kleine Anfrage hingewiesen. Im Einzelnen - das haben Sie auch gesagt - kann die Landesbehörde zum Beispiel nach Bekanntgabe eines Versorgungsmangels für ein Arzneimittel für einen kurzen Zeitraum von bestehenden Vorgaben des Arzneimittelgesetzes abweichen. Das heißt aber nicht, wie Sie hier suggerieren, dass die Sicherheit des Medikamentes dabei irgendwie nicht in Ordnung sei. Sie ist genauso gewährleistet wie sonst auch. Zum Beispiel ist die Beschriftung oder die Gebrauchsanweisung nicht in deutscher Sprache, und man muss das dann nachträglich beifügen, damit es in den Handel kommen kann.

Dass die Landesregierung außerdem sowieso intensiv und permanent daran arbeitet, Unternehmen in Niedersachsen anzusiedeln, dass Niedersachsen eben nicht zuständig ist für das Lagern von Arzneimitteln zur Regelversorgung - alles das wurde in den genannten Schriftstücken ausführlich erläutert. Sie haben ja hier nur einen Teil zitiert. Das ist Ihnen auch bekannt, und daher gehe ich heute nicht näher auf die Inhalte ein.

Wir müssen doch mit Blick auf die Lieferketten logischerweise auf die nationale und die europäische Ebene schauen. Als Land können wir schlecht in Bereiche eingreifen, die nun mal bundesgesetzlich geregelt sind. Die Rolle des zuständigen Bundesamtes haben Sie ja eben selbst dargestellt. Mit dem Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz - das ist sicherlich kein schöner Name -

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

des Bundes sind sehr wohl schon Verbesserungen erzielt worden. Was die Versorgung mit Medikamenten für Kinder betrifft, wurden beispielsweise Rahmenverträge und Festbeträge abgeschafft, was zu einer deutlich größeren Auswahl geführt hat. Bei Ausschreibungen für Antibiotika werden jetzt europäische Anbieter bevorzugt, und Apotheken haben in Bezug auf Austausch von Medikamenten einen größeren Spielraum, auch wenn da sicherlich in Bezug auf den Zuschlag noch nachzuschärfen ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Das in Ihrem Antrag erwähnte Frühwarnsystem beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte befindet sich - wie Sie auch wissen - bereits im Aufbau, um vor drohenden Lieferengpässen zeitnah warnen zu können.

Vor allem aber braucht es europäische Lösungen. Das Problem weltweiter Lieferengpässe und eines weltweiten Mangels an Medikamenten kann Niedersachsen nicht allein lösen - auch wenn ich Herrn Minister Philippi natürlich sehr viel zutraue -, und auch Deutschland kann es nicht allein lösen, sondern wir brauchen dauerhaft wieder mehr Pharmaindustrie in ganz Europa.

Die AfD hingegen will aus der Europäischen Union aussteigen, sie will nicht sehen, dass wir mit Europa eine starke Gemeinschaft haben, während Deutschland einfach zu klein ist, um Herausforderungen in dieser Größenordnung allein meistern zu können. Glauben Sie im Ernst, dass mit Austritt aus der EU die Versorgung mit Medikamenten eine positive Wende nehmen wird? Jeder, der sich ernsthaft mit dem Thema befasst, weiß, dass es ein Prozess über mehrere Jahre werden wird, die Produktion wieder vermehrt nach Europa und somit nach Deutschland und zu uns zu bekommen.

Die SPD und die Landesregierung stehen für nachhaltige und realistische Lösungen, um die Versorgungssicherheit mit allen wichtigen Medikamenten auch langfristig zu sichern -

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

und das natürlich im Schulterschluss mit dem Bund und mit Europa. Die AfD kann gern weiter "Deutschland-zuerst"-Schilder hochhalten - aber dann wird der Apothekerschrank auch langfristig leer bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Prell. - Auf Ihren Wortbeitrag gibt es eine Kurzintervention der Kollegin Klages. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Delia Klages (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Prell, es wäre schön, Sie würden mir kurz zuhören.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Warum soll sie Ihnen zuhören?)

Sie haben selber festgestellt, dass das Problem ein Weltproblem ist und dass der Weltmarkt mit uns konkurriert. Ich denke mal, da sind wir beide uns einig. Und wenn Sie den Antrag von uns richtig gelesen haben.

(Sabine Tippelt [SPD]: Die Kollegin liest so was richtig!)

dann dürfte Ihnen nicht entgangen sein, dass wir fordern, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzt, dass hier die Dinge vollzogen werden, die Bundesangelegenheit sind.

Und noch mal zu unserer Position zur Europäischen Union: Ich glaube nicht, dass in einer europäischen Wirtschaftsunion die Versorgungslage tatsächlich schlechter wäre als heute.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Klages. - Frau Prell möchte antworten. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Andrea Prell (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Klages, Sie können ja gern anderer Meinung sein, nur wird Ihre Meinung wohl kaum einem Faktencheck standhalten, was Europa angeht. Sie haben den Bund adressiert - das ist richtig. Von Europa, EU, gemeinsamer Wirtschaft steht gar nichts in Ihrem Antrag.

(Delia Klages [AfD] spricht mit Klaus Wichmann [AfD])

- Sie können mir auch zuhören, ich habe Ihnen auch zugehört. Wenn es Sie interessiert - weiß ich ja nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Das sind ja immer nur Reden für die Galerie!)

Und dass Ihre Meinung eben kein Fakt ist, ist bekanntlich auch nichts Neues.

Das Institut der deutschen Wirtschaft kommt zu der Einschätzung, dass Deutschland bei einem Ausstieg aus der EU in den nächsten 15 Jahren rund 2,2 Millionen Arbeitsplätze verlieren würde. Nach 15 Jahren dürften dauerhaft rund 10 % an realer Wirtschaftsleistung weggefallen sein. Das macht pro Jahr etwa 400 Milliarden Euro. So viel zu den Fakten, die Institute dazu haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Zuruf von Klaus Wichmann [AfD] - Gegenruf von Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Das ist zu anspruchsvoll für Sie, Herr Wichmann!)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Prell. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU der Kollege Bauer. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Jan Bauer (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Klages, liebe Frau Prell, die Arzneimittelversorgung in Niedersachsen und Deutschland ist zweifellos ein wichtiges und für die Bürgerinnen und Bürger ein drängendes Thema. Lieferengpässe, Qualitätsprobleme, Abhängigkeiten von internationalen Märkten stellen uns vor große Herausforderungen. Apothekerkammer, Landesapothekerverband, Krankenhäuser, Hausärzte und viele weitere Akteure im Gesundheitswesen weisen immer wieder darauf hin.

Nach meinem Geschmack hätten wir als Politik in der Vergangenheit mehr Sorge dafür tragen müssen, dass es nicht so weit kommt. Was meine ich damit aber ganz konkret? Wir erleben die Situation, dass die im westlichen Teil Niedersachsens Lebenden in die Niederlande fahren und dort Medikamente kaufen. Wir erleben, dass die Erstattungspreise immer geringer werden und Deutschland als Absatzmarkt für Pharmaindustrie und Produzenten unattraktiv wird.

Mir ist der vorliegende Antrag der AfD aber zu oberflächlich. Die AfD setzt in ihrem Antrag auf nationale Alleingänge. Dabei leben wir in einer globalisierten Welt, in der wechselseitige Vernetzung ein zentraler Bestandteil unseres Lebens ist.

(Eine Saaldienerin reicht dem Redner ein Glas Wasser)

- Wünsche darf ich nicht äußern, oder? - Na gut.

(Heiterkeit und Beifall)

Vizepräsident Jens Nacke:

Das ist nicht ganz korrekt, Herr Kollege Bauer. Wünsche dürfen Sie natürlich äußern. Sie werden eventuell nicht erfüllt. Das ist allerdings ein Oppositionsschicksal.

(Heiterkeit)

Jan Bauer (CDU):

Ja, leider.

Also: Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, um die Wirkstoffproduktion in Europa auszubauen und Abhängigkeiten vom asiatischen und insbesondere auch vom amerikanischen Markt zu reduzieren. Das wird in der Zukunft eine der großen Herausforderungen sein. Das Problem der Lieferengpässe kann nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern bewältigt werden. Darauf setzen wir als CDU.

Darüber hinaus ignoriert der Antrag viele bereits bestehende Maßnahmen. Meldepflichten für Lieferengpässe existieren, Vorhaltungskonzepte sind erstellt. Was wir brauchen, ist nicht eine Verdopplung bestehender Regelungen, sondern eine gezielte Weiterentwicklung dieser Ansätze. Bitte keine neuen Parallelstrukturen, keine neue Bürokratie! Es muss einfacher gehen, sonst geht es einfach nicht.

Wir setzen auf Innovation und Forschung, um die Produktion hier in Niedersachsen zu stärken. Niedersachsen verfügt bereits über vielversprechende Initiativen im Bereich der Arzneimittelforschung. Ein Beispiel für eine innovative Forschungseinrichtung ist das Zentrum für Pharmaverfahrenstechnik in Braunschweig. Die MHH, das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung und Weitere forschen bereits. Doch es fehlt an einem entscheidenden Punkt: der industriellen Umsetzung dieser Forschungsergebnisse. Es gibt keine nennenswerten Großproduktionsanlagen für Arzneimittel in Niedersachsen. Die pharmazeutische Industrie ist hier unterrepräsentiert, und viele innovative Forschungsprojekte verlassen Niedersachsen, weil es an Investitionen und Infrastruktur für die Produktion fehlt.

Ein Blick nach Leverkusen zeigt, dass es in Deutschland durchaus funktionierende pharmazeutische Produktionsstandorte gibt. Ja, wir müssen an die Strompreise ran. Ja, wir haben auch andere Folgeprobleme zu lösen - überhaupt keine Frage. Aber Bayer in Leverkusen - ein Netzwerk aus Forschung, Entwicklung und Produktion - hat es geschafft, sich über Jahrzehnte zu bewähren. In Niedersachsen fehlt ein solcher Hub, ein Standort, der Forschung

und industrielle Umsetzung miteinander verbindet. Bayer und andere Pharmaunternehmen haben sich in Nordrhein-Westfalen angesiedelt, weil dort gezielte Anreize für die Branche geschaffen wurden. Niedersachsen kann sich hieran meiner Meinung nach ein Beispiel nehmen.

Also, statt oberflächlicher Forderungen setzen wir als CDU auf konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Standortes Niedersachsen und der Arzneimittelversorgung in unserem Land. Ich würde mir beispielsweise von unserem Wirtschaftsminister wünschen, Flächen auszuweisen für die Entwicklung von Unternehmen, Unternehmensansiedlung, Start-up-Förderung und weitere Themen.

Der vorliegende Antrag geht uns, wie bereits ausgeführt, nicht weit genug. Wir freuen uns aber dennoch auf die Beratung im Ausschuss. Ein besseres Niedersachsen ist machbar. Wir helfen gerne mit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Der Redner trinkt einen Schluck Wasser)

- Damit sich das mit dem Wasser auch gelohnt hat.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Bauer. - Bei dieser Gelegenheit auch mal einen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Saaldienstes.

(Beifall)

Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Dr.in Meyer. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Die Sicherstellung der Versorgung mit lebenswichtigen Medikamenten wie Antibiotika oder Krebsmedikamenten, Mitteln, die zur Behandlung chronischer Erkrankungen notwendig sind, oder weiteren Mitteln ist aus meiner Perspektive eine der großen Herausforderungen unserer Zeit.

Vielen ist, glaube ich, nicht bewusst, wie wichtig die Sicherstellung der Versorgung für die Menschen ist, die dringend darauf angewiesen sind. Wir können uns nicht vorstellen, dass wir selbst, eine Freundin, ein Bruder oder eine andere uns nahestehende Per-

son gesundheitlichen Schaden nimmt oder gar sterben muss, weil das notwendige Medikament einfach nicht verfügbar ist. Denn wir leben in einer Zeit, in der scheinbar jederzeit alles verfügbar ist und wir alles bekommen können.

Wir genießen aber auch meist das Privileg einer guten medizinischen Versorgung. Wir fördern hier in Niedersachsen - jüngst zum Beispiel durch die Mittel der Stiftung "zukunft.niedersachsen" - die Forschung und Entwicklung für weitere beständige Verbesserungen unserer gesundheitlichen Versorgung. Das sind wichtige Investitionen in unsere Gesundheit, für die ich sehr dankbar bin und zu denen wir hier in Niedersachsen auch wesentlich beitragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber sowohl Forschung und Entwicklung als auch die Herstellung von Medikamenten machen nicht an Landesgrenzen halt. Gerade Forschung und Entwicklung funktionieren nur global. Die Produktion von notwendigen Medikamenten oder dem zugehörigen Material werden wir hier in Niedersachsen alleine nicht abdecken können. Ein "Niedersachsen first" bringt uns hier nicht weiter. Niedersachsen ist nicht singulär zu sehen, sondern es funktioniert nur gemeinschaftlich mit einer starken EU. Wir müssen hier mit unseren Stärken Teil von europäischen Liefer- und Produktionsketten sein. Hier ist ganz klar zu unterscheiden, ob es um Lieferengpässe oder auch um einen Versorgungsengpass geht, und danach müssen sich auch die notwendigen Maßnahmen ausrichten.

Beispielsweise ist die Flexibilisierung der Nutzung von alternativen Arzneimitteln, die denselben Wirkstoff enthalten, ausbaufähig. Hier sind vor allem die Bundes- und EU-Ebene gefragt. Niedersachsens Wirtschaft kann und sollte in dieser EU-Strategie ein Puzzleteil in der Versorgungslandschaft sein und ihren eigenen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen hier und in Europa mit den notwendigen Medikamenten versorgt werden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch anfügen: Die AfD ist bezüglich einer gesundheitlichen Versorgungssicherheit in keiner Weise konsequent. In ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl stand beispielsweise, dass sie die Impfpflicht für Krankenhaus- und Pflegepersonal abschaffen möchte. Die Konsequenz hieraus wäre eine gesteigerte Gefährdung sowohl für vulnerable Gruppen als auch das Klinikpersonal selbst.

Da stellt sich für mich schon die Frage nach der Motivation für diesen Antrag.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Meyer.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit kommen wir zur Ausschussüberweisung.

Federführend ist der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung vorgesehen, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 39:

Erste Beratung:

Notruf aus den Klinken - Rettung statt Schließung - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/6277

Für die Einbringung hat sich für die Fraktion der CDU gemeldet: der Kollege Holsten. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Eike Holsten (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, herzlichen Dank. -Liebe Kolleginnen und Kollegen! Karl Lauterbach ist "der politische Insolvenzvollstrecker der Kliniklandschaft, der mit seiner ideologisch fehlgeleiteten Politik die Krankenhäuser an den Rand der Klippe geschoben hat."

> (Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD - Christian Calderone [CDU]: Endlich sagt es mal einer! - Zuruf von Swantje Schendel [GRÜNE])

Mit dieser treffenden Umschreibung brachte es der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Dr. Gerald Gaß, Ende des vergangenen Jahres ganz gut auf den Punkt, wie ich finde.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, vor der dramatischen Lage kann niemand mehr die Augen verschließen. Seit Monaten warnen Klinikleitungen, Kommunen und Träger vor der finanziellen Schieflage. Doch aus Berlin kommt - nichts! Keine kurzfristige Unterstützung, kein Defizitausgleich, keine Klarheit für die Zukunft!

Das lange diskutierte Vorschaltgesetz zur Krankenhausreform - es kam nie und diente, wie auch das Versprechen einer Auswirkungsanalyse, immer nur als Köder, um die Länder in die Reform zu ziehen. Sehr geehrter Herr Minister, Ihre unzähligen Appelle Ihrem Genossen Lauterbach gegenüber sind alle verpufft. Lauterbach lässt Sie im Regen stehen und mit Ihnen die zunehmend angeschlagenen Krankenhäuser dieses Landes.

(Beifall bei der CDU)

Holzminden ist der erste Landkreis ohne eigenes Krankenhaus. Dort hat die Pleitewelle schon Wirkung gezeigt. Wenn jetzt keine Hilfe kommt, werden weitere Landkreise folgen. Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft schlägt Alarm. Sie macht deutlich: Jedes zweite Krankenhaus rechnet in diesem Jahr mit einer weiteren Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage. Über 40 % der Kliniken sehen sich bis zum Inkrafttreten des KHVVG in ihrer Existenz bedroht - fast jedes zweite Haus. Die Inflation der Jahre 2022 und 2023 hat eine massive Kostenlücke gerissen, die vom Bund nicht geschlossen wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich zitiere mal aus einem konkreten Hilferuf, der gestern unsere drei Kolleginnen und Kollegen aus Lüneburg per E-Mail erreicht hat. Darin schreibt die Geschäftsführung des Städtischen Klinikums:

"Wir verlieren Monat für Monat einen sechsstelligen Betrag an Liquidität und sind bereits gezwungen, aufgrund finanzieller Notwendigkeiten Leistungsangebote zu reduzieren. Dies werden wir ausweiten müssen, da die Krankenhausreform die inflationsbedingten Kostensteigerungen 2022/2023 schlichtweg ignoriert.

Es wird unseren Mitarbeitenden, die Tag für Tag eine außergewöhnliche Leistung in der Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung in Nordostniedersachsen leisten und die insbesondere in den Zeiten der Pandemie für ihren Einsatz und ihr Durchhaltevermögen bewundert und beklatscht worden sind, nicht

vermittelbar sein, wenn wir noch vor Inkrafttreten der Reform vielleicht sogar die Gehälter nicht mehr zahlen könnten.

Ein Defizitausgleich durch den Träger, der vielfach in anderen Kommunen geleistet wird, reduziert die ohnehin schon geringen Mittel für Schulen, Kitas, Kultur, Sport und andere kommunale Aufgaben."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erkennen Sie diese Dramatik nicht?

Der abschließende Appell der E-Mail ist eindeutig:

"Das Land hat im Bundesrat dem KHVVG zugestimmt, trotz der massiven Bedenken der Krankenhäuser. Jetzt ist das Land auch in der Verantwortung, dass die Krankenhäuser die Umsetzung der Reform überhaupt erreichen."

(Beifall bei der CDU)

Dem schließt sich die NKG an, die in ihrer Pressemitteilung zu der heutigen Debatte geschrieben hat, dass Niedersachsen dem Bundesgesetz zugestimmt hat, "obwohl dieses keine Übergangsfinanzierung beinhaltet". Das Land steht daher "in der Verantwortung, die Krankenhäuser in der Übergangsphase bis zum finanziellen Wirksamwerden der Reform zu unterstützen."

Was schlagen wir Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute also vor?

Erstens. So lange der Bund die inflationsbedingten Mehrkosten nicht übernimmt, muss das Land mit einer Sonderzahlung einspringen.

Zweitens. Das Land stellt 300 Millionen Euro zur Verfügung, um Kliniken finanziell zu stabilisieren.

Drittens. Das Land erarbeitet mit Verbänden, Trägern und Kommunen ein schnelles, schlankes Verfahren, um die Hilfe rasch und unbürokratisch zu verteilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der niedersächsische Gesundheitsminister selbst brachte eine solche Finanzhilfe von 300 Millionen Euro ins Gespräch. Doch geblieben ist es bei Gesprächen. Währenddessen verschärft sich die Lage von Tag zu Tag. Bislang fehlte offenkundig die Kraft, die diskutierten Vorschläge umzusetzen. Das Einzige, was der Regierung bislang einfiel, ist ein beispielloser Affront gegenüber unseren Kommunen: Ihr dürft euch für die Krankenhäuser verschulden, so viel ihr wollt, wir ignorieren das einfach - so Ministerin Behrens. Wundert sich in diesem Haus ernsthaft noch

jemand darüber, dass das Verhältnis zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dieser Landesregierung an einem historischen Tiefpunkt angekommen ist?

> (Beifall bei der CDU - Zurufe von Grant Hendrik Tonne [SPD] und Sebastian Zinke [SPD])

Unsere Kommunen können das nicht mehr stemmen. Die Haushalte sind ohnehin überlastet. Die Klinikdefizite bringen sie über ihre finanziellen Grenzen. Die Gesundheitsversorgung der Menschen in diesem Land ist in Gefahr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es aber in der Hand. Wir sehen die drängenden Probleme in unseren Häusern - wir alle, die wir in Kliniken unterwegs sind.

Als im vergangenen Oktober das KHVVG beschlossen wurde, gab es weder die versprochene Auswirkungsanalyse - übrigens bis heute nicht - noch das versprochene Geld zur Überbrückung. Neun von zehn Ampelpolitikern wussten nicht, ob sie morgen in einem Wahlkreis aufwachen, in dem es noch ein Krankenhaus geben wird.

(Sebastian Zinke [SPD]: Kommen Sie in den Heidekreis, da bauen wir eins!)

Ich ahne: Auch dafür werden viele von ihnen am 23. Februar abgewählt werden.

Diese Landesregierung hat das mitgetragen und konnte im Ausschuss bis heute keine Auswirkungsanalyse des Gesetzes vorlegen. Keiner weiß, welche Häuser von dieser Reform getragen werden und welche dem von Lauterbach so genannten Kliniksterben zum Opfer fallen werden.

> (Ulf Thiele [CDU]: Hat der Minister blind abgestimmt? Das gibt es ja wohl nicht! - Gegenruf von Grant Hendrik Tonne [SPD]: Gott, was für eine schlechte Schauspielerei!)

Eines ist heute aber sicher: Wenn wir jetzt nicht alle Häuser stützen, werden unzählige Häuser unter die Räder kommen und das Wirksamwerden der Reform überhaupt nicht mehr erleben. Das können wir hier gemeinsam verhindern. Wir können jetzt helfen oder zuschauen, wie Kliniken sterben. Wir können jetzt 300 Millionen Euro bereitstellen oder riskieren, dass Patienten keine wohnortnahe Versorgung mehr haben. Wir können jetzt die Zukunft der niedersächsischen Kliniklandschaft sichern oder zusehen, wie sie Stück für Stück zusammenbricht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe meine Ausführungen mit einem weiteren Zitat aus der Hilferuf-E-Mail des Lüneburger Klinikchefs, der schreibt:

> "Daher fordere ich Sie auf, diesen Entschließungsantrag unabhängig von parteipolitischen Überlegungen zu unterstützen."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Entscheidung ist klar: Wir wollen retten, nicht schließen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Hosten. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Schüßler. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Claudia Schüßler (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Über den vorliegenden Antrag - oder vielleicht besser: die Intention des Antrags -, unsere Kliniken mit einer Gesamtsumme von 300 Millionen Euro zusätzlich zu unterstützen, haben wir hier schon einmal diskutiert. Sie bringen das Thema ja mit sehr großer Regelmäßigkeit aufs Tapet. Das ist angesichts der schwierigen finanziellen Situation vieler Kliniken - das will ich hier nicht verhehlen - Ihr gutes Recht als Opposition. Aber Ihr Vorschlag einer Einmalzahlung ist einfach nicht nachhaltig und nicht gerecht, und er ist auch nicht klug.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Sie müssen damit rechnen, dass wir Sie in einem Jahr zitieren!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, er ist eine eher emotionale Reaktion auf die wirklich schwierige Situation vieler Krankenhäuser in unserem Land. Ich will Ihnen gerne sagen, warum dies so ist, warum wir dies so beurteilen - auf Ihren Vortrag hin, Herr Holsten.

Zunächst einmal wird in Ihrem Antrag nicht danach differenziert, wie schlimm es um ein Krankenhaus steht. Vielmehr soll es mittels eines "kurzfristig" zu erarbeitenden Verteilungsvorschlags zu einer "schnellen ... schlanken Hilfe" kommen, was faktisch eine Ausschüttung mit der Gießkanne bedeutet.

300 Millionen Euro - das ist ein wirklich großer Batzen Geld. Teilt man ihn durch 165 - das ist die Anzahl der Kliniken in Niedersachsen -, kommt dabei ein Betrag von etwa 1,8 Millionen Euro pro Klinikum herum. Das ist immer noch ein großer Betrag.

(Anna Bauseneick [CDU] meldet sich)

Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Kollegin Schüßler, ich muss Sie - - -

Claudia Schüßler (SPD):

Ich würde den Absatz gerne zu Ende führen wollen.

Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön!

Claudia Schüßler (SPD):

Das hört sich nach viel an. Angesichts der wirklich komplexen Mechanismen der Krankenhausfinanzierung ist das aber leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein; das muss man der Wahrheit halber sagen. Ein viel größerer Betrag wäre erforderlich, wenn man das tun wollte. Umgekehrt werden Sie vielleicht auch dort Geld ausschütten, wo es gar nicht nötig ist, Geld auszuschütten. Auch das ich will ich einmal sagen.

Sie wissen doch, wie der Haushalt aussieht.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie meinen die 2 Milliarden Euro, die in der Rücklage liegen!)

Ich würde diese Diskussion vielleicht anders führen, wenn wir die 300 Millionen Euro irgendwo im Haushalt hätten

(Ulf Thiele [CDU]: Sie meinen die 2 Milliarden Euro Rücklage, Frau Schüßler!)

oder wenn Sie sie in den Haushalt, den Sie uns vorgeschlagen haben, eingestellt hätten. Aber das ist nicht der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Herr Präsident, jetzt würde ich die Zwischenfrage erlauben.

Vizepräsident Jens Nacke:

Ich bin nicht ganz sicher, ob die Zwischenfrage noch gewünscht ist. Aber, Frau Kollegin Bauseneick, wenn das Ihr Wunsch ist, dann haben Sie jetzt die Gelegenheit. Bitte schön!

Anna Bauseneick (CDU):

Vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage.

Vor dem Hintergrund dessen, was Sie gerade gesagt haben, möchte ich gerne fragen, wie Sie in diesem Zusammenhang den Hilferuf aus Lüneburg sehen, der ausdrücklich dazu aufruft, unserem Antrag zuzustimmen.

Claudia Schüßler (SPD):

Der Hilferuf aus Lüneburg ist sicher berechtigt.

(Ulf Thiele [CDU]: Genau!)

Ich werde im Folgenden ausführen, warum es zu diesen großen Problemen im Gesundheitssystem gekommen ist.

Ich kann Ihnen versichern: Wenn eine Klinik in einer Notlage ist und die Versorgungssicherheit im dortigen Gebiet nicht mehr gewährleistet ist, dann hat unsere Landesregierung bis jetzt immer geholfen. Es gibt da immer eine enge Abstimmung, und die wird es auch in Zukunft geben. Es muss sich niemand um die Gesundheitsversorgung in seiner Region Sorgen machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Sie haben gerade gesagt, der Betrag ist viel zu klein!)

- Ja, das habe ich gesagt. Deshalb begründe ich jetzt weiter wie folgt:

Was ist denn die Ursache für die ganze finanzielle Misere, in der wir jetzt stecken? Es ist der Reformstau der letzten beiden Jahrzehnte in der Gesundheitspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von der Reform vom Pflegesatzsystem hin zum System der DRGs hatte man sich eine erhebliche Kostenersparnis versprochen, die im Übrigen in der erwarteten Form nie eingetreten ist. Die wirklichen Nachteile des Systems sind aber bereits nach kurzer Zeit offenbar geworden. Spätestens nach einer mittelfristigen Periode von fünf bis sieben Jahren hätte hier schrittweise eine Korrektur erfolgen müssen. Das ist nicht passiert. Auch in den nächsten fünf Jahren ist nichts passiert, und auch danach ist nichts passiert.

Ich kann es Ihnen leider nicht ersparen, die Namen zu nennen - auch Sie haben ja einen Namen genannt -: Dieses Vakuum, dieses Nichtstun ist verbunden mit den Namen Rösler und Bahr, Gröhe und Spahn.

(Christian Calderone [CDU]: Dann hat Reinhold Hilbers ja diesmal Glück gehabt!)

Nichts ist passiert, nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Frau Schüßler, es sagen alle, dass es die Jahre 2019 und 2020 waren!)

In Anlehnung an die gestern bereits benannte Altmaier-Delle könnte man an dieser Stelle vielleicht vom Gröhe-Stau oder von der Spahn-Flaute sprechen.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Der Erste, der es angepackt hat, ist Karl Lauterbach. Er ist der Erste, der eine Reform angepackt hat. Sie ist ein erster wichtiger Schritt.

(Christian Calderone [CDU]: Die Krankenhäuser haben seit zwei Jahren wirtschaftliche Probleme, nicht seit 20 Jahren!)

Jetzt, da nach mindestens 15 Jahren endlich etwas passiert, werden Sie nicht müde, genau diesen Reformschritt zu kritisieren, liebe CDU.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Die Insolvenzgefahr besteht jetzt!)

Die Reform war längst überfällig.

(Eike Holsten [CDU] meldet sich)

Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Kollegin Schüßler, ich muss Sie noch einmal - - -

Claudia Schüßler (SPD):

Ich möchte das noch ganz kurz ausführen. Sonst komme ich aus dem Flow, und das wäre unschön.

Vizepräsident Jens Nacke:

Ich bitte um Nachsicht. Bitte schön, fahren Sie fort!

Claudia Schüßler (SPD):

Nicht nachhaltige Überbrückungshilfen aus Landesmitteln sind einfach keine Lösung. Es bedarf einer langfristigen Strategie, das heißt grundlegender struktureller Veränderungen im System.

(Ulf Thiele [CDU]: Es hilft nichts, wenn die kurzfristig pleitegehen!)

Hier ist das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz ein erster richtiger Schritt. Wir werden die positiven Folgen leider erst zeitverzögert bemerken. So ist eine Reform im Gesundheitssystem ein Kraftakt auf Strecke. Das wissen auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Sie befassen uns im Landtag immer wieder mit diesem Problem, obwohl es im Kern ein Bundesproblem ist. Das wissen wir alle. Deshalb kann ich Ihnen nicht ersparen, Sie auf Ihr aktuelles Bundesprogramm hinzuweisen, wo es um den Bereich Gesundheit geht. Wir würden nämlich alle gerne wissen, welche Alternativen Sie uns als langfristige Strategie vorschlagen. Zumindest mich hat es interessiert.

In Ihrem Kurzprogramm schreiben Sie: "Wir stärken die Strukturen in der Gesundheits- und Pflegeversorgung in Stadt und Land." Da habe ich gedacht: Okay, es ist ein Kurzprogramm. Dann habe ich mir die Mühe gemacht, das eigentliche, das lange Programm anzugucken. Da steht der entscheidende Satz: "Fehlsteuerungen infolge der Krankenhausreform wollen wir korrigieren."

Ich übersetze das mal: Die erste Reform nach 15 Jahren wollen Sie zurückdrehen! Durch diesen Schritt würden Sie die wirklichen Schwierigkeiten bei der Finanzierung der stationären Versorgung ein für alle Mal ad acta legen. Sie würden einfach kapitulieren. Sie haben das Gesundheitssystem nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Das ist eine wirkliche Klatsche.

Ein letztes Zitat aus dem CDU-Bundesprogramm - dessen Gesundheitsteil ich jetzt übrigens fast vollständig zitiere, ohne meine Redezeit zu überschreiten -

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

möchte ich Ihnen nicht ersparen:

"Wir führen einen Mentalitätswandel in der Gesundheitspolitik herbei: Miteinander und nicht gegeneinander ist das Gebot der Stunde."

Quod esset demonstrandum! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, in den Ausschussberatungen bietet sich dazu die Gelegenheit.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Voll am Thema vorbei! Wir adressieren hier die existenzbedrohende Situation der Krankenhäuser, und ihr haltet eine Wahlkampfrede! Es ist nicht zu glauben!)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schüßler. Ich bitte noch einmal um Nachsicht, dass ich Sie in Ihrem Redefluss unterbrechen musste, als es eine Wortmeldung gegeben hat. Ich hätte das nicht getan, wenn ich den Eindruck gehabt hätte, es käme eine Gelegenheit, dazwischenzukommen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Als Nächstes hat sich gemeldet: für die Fraktion der AfD Frau Kollegin Klages. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Delia Klages (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz ist ein Desaster. Das habe ich am Mittwoch bei der Debatte zum Niedersächsischen Krankenhausgesetz und gestern im Rahmen der abschließenden Beratung zu den Regionalen Versorgungszentren mehr als deutlich gemacht. Das Kliniksterben hat schon längst begonnen!

Ihre Untätigkeit, liebe Kollegen und Kolleginnen aus den Regierungsfraktionen, trägt direkt zum Verlust der Gesundheitsinfrastruktur in unserem Land bei. Sie versagen den Krankenhäusern die dringend benötigte Unterstützung. Ankündigungen aus Ihrem Mund sind hohle Sprechblasen - und das erkennen, Gott sei Dank, immer mehr Menschen.

Schauen wir mal auf die Gründe für die finanzielle Notlage der Krankenhäuser! Die enorm gestiegenen Energiekosten sind da zu nennen. Die Personalkosten sind gestiegen. Material- und Verbrauchsgegenstände sind im Preis gestiegen. Eigentlich ist in allen Bereichen alles teurer geworden.

Aber da ist noch etwas, auf das ich hinweisen möchte: Wenn ich an meine Berufstätigkeit vor dem Mandat zurückdenke, dann hat es weder im Bereich der Aufnahmen noch in dem der Notaufnahmen einen Sicherheitsdienst gebraucht. Und da sind sie wieder, unsere grundsätzlichen Probleme: Menschen, die sich nicht integrieren, die eine bevorzugte Behandlung durch tätliche Angriffe auf Ärzte und Pflegepersonal erzwingen wollen, verursachen Kosten, die die Krankenhäuser früher nicht hatten.

Während die Landesregierung mit leeren Versprechungen auftritt, bricht die Versorgungssicherheit in Niedersachsen für die Bürger nach und nach zusammen.

Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Kollegin Klages, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage: von der Kollegin Prell. Möchten Sie dem entsprechen?

Delia Klages (AfD):

Ja, sie soll fragen.

Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön, Frau Kollegin!

Andrea Prell (SPD):

Vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage, Frau Klages.

Welche Ankündigungen in dieser Thematik, zum Beispiel seitens der SPD-Fraktion, meinen Sie mit "hohlen" ... - ich weiß nicht, was Sie Komisches gesagt haben -, mit dieser Redewendung? Mit welchen "hohlen" Phrasen haben wir etwas in Bezug auf das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz angekündigt?

(Beifall bei der SPD)

Delia Klages (AfD):

Kann ich?

(Zuruf von der SPD: Sprachlos! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ja, ja, Sekunde! Immer mit der Ruhe!

Frau Prell, ist es nicht so, dass vonseiten der regierungstragenden Fraktionen 300 Millionen Euro in Aussicht gestellt worden sind? Also keine Zusage, sondern man ist im Vagen geblieben! Obwohl man helfen könnte, tut man nur so, dass man helfen will.

Ich halte das für keine gute Vorgehensweise. Das macht Sie als Regierungsfraktionen nicht glaubwürdig.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der SPD: Wir sind in guten Gesprächen!)

Kann ich fortfahren?

Vizepräsident Jens Nacke:

Selbstverständlich.

Delia Klages (AfD):

Die angeblichen 300 Millionen Euro waren doch wirklich nur ein Phantom. Wo bleibt das Geld? Letztendlich war es nur eine Ausrede!

Die Kliniken stehen am Abgrund, während Sie sich in Ignoranz suhlen. Ihre Politik ist schädlich und gefährlich. Die finanziellen Herausforderungen lösen sich mit Durchhalteparolen nicht auf. Ihre Scheinlösungen sind bloß Symbolpolitik ohne Substanz. Dringend benötigte nachhaltige Lösungen zur Sicherung der finanziellen Stabilität der Krankenhäuser sind gefragt - aber keine Pseudoreformen.

Wir von der AfD freuen uns schon sehr auf die Beratung, denn die drohende Insolvenzflut der Krankenhäuser muss gestoppt werden. Wir sind aber der Meinung, dass die Summe von 300 Millionen Euro - da bin ich anscheinend mit der SPD einer Meinung - zu gering ist, wenn man wirklich helfen will. Eine starke, zukunftsfähige Gesundheitsversorgung ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht der Bürger. Der demografische Wandel hat in Niedersachsen Einzug gehalten. Niedersachsen wird deshalb in den nächsten Jahren seine Krankenhausstruktur stabilisieren und ausbauen müssen.

Es ist höchste Zeit, unsere Kliniken zu retten. Es ist Zeit für Deutschland!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Klages. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Dr.in Meyer. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir stehen heute hier am Ende des ersten Plenarsitzungsabschnitts im Jahr 2025. Und damit stehen wir auch am Anfang des Haushaltsjahres 2025 - mit einem Haushalt, den wir gerade erst vor wenigen Wochen hier in diesem Saal beschlossen haben. Das alles wissen Sie, Sie sind Profis.

Trotzdem kommen Sie heute mit der Forderung nach 300 Millionen zusätzlichen Euro - 300 Millionen Euro, die es in diesem Haushalt nicht gibt, und das wissen Sie auch. Ich finde diese Forderung deswegen geradezu unseriös.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber lassen Sie uns unter der Annahme, wir könnten jetzt real darüber entscheiden, dass wir 300 Millionen Euro bereitstellen, einmal auf Ihre Forderungen gucken!

Ich habe erstens herausgelesen, dass es Ihnen vorrangig um die Entlastung der Kommunen geht. - Das ist notwendig. Darüber haben wir schon öfter gesprochen, auch heute schon. Frau Schüßler hat dazu schon ausgeführt. Darüber sind wir uns im Grunde auch einig. Aber zum Glück passiert an dieser Stelle auch schon einiges, und zwar sowohl auf Bundesebene - zum Beispiel zur Entlastung die Übernahme von Betriebskostensteigerungen wie durch die Tariferhöhungen, der Landesbasisfallwert wird erhöht - als auch in Bezug auf die Kommunen - das tun Sie immer wieder ab -, die entsprechende Schulden machen dürfen. Das dürfen wir als Land nicht, und auch der Bund nicht.

Dazu kommt zweitens: Sie verkennen mit Ihrem Antrag die Vielfalt der Trägerlandschaft und benachteiligen damit gegebenenfalls nicht kommunale Träger. Auch ist hierbei sicherzustellen, dass die Kliniken nicht in eine Schieflage gekommen sind, weil sie schlecht gewirtschaftet haben.

Drittens haben andere Bundesländer wie Baden-Württemberg gezeigt, dass diese Einmalzahlungen ohne entscheidende und nachhaltige Wirkung verpuffen. Das gilt gerade auch für kommunale Häuser.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir müssen also sicherstellen, dass eine Zahlung in dieser Höhe - wenn sie denn möglich wäre - auch nachhaltig hilft!

Entscheidend ist aber doch - an dieser Stelle bin ich mir mit Frau Schüßler absolut einig -, eine schnelle Umsetzung der Reform, die Durchführung von möglicherweise notwendigen Änderungen, eine strukturierte umsichtige Krankenhausplanung im Land und die Änderung der Finanzierungssystematik zu verfolgen. Nur so können wir die Krankenhäuser auf Dauer resilient als einen notwendigen Baustein einer guten Gesundheitsversorgung bei uns aufstellen. Dafür ist Ihre konstruktive Mitarbeit gefragt - und keine Blockade: weder auf Bundesebene noch hier im Land. - Schöner letzter Satz!

Ich möchte nicht schließen, ohne zu erwähnen, dass 300 Millionen Euro, auch wenn ihre Bereitstellung hierfür rein hypothetisch möglich wäre, trotzdem an anderer Stelle weggenommen werden müssten. Ich wünsche mir von Ihnen, dass Sie mir auch sagen, an welcher Stelle Sie den Betrag aus diesem Haushalt wegnehmen.

(Zuruf von der CDU: Mehrere Milliarden Euro in der Rücklage!)

- Sie wissen, dass die Welt nicht so einfach ist, wie Sie sie hier darstellen.

Lassen Sie uns zusammen an einer schnellen Umsetzung der Reform hier im Land arbeiten und den Bund zur Finanzierung der Überbrückungsphase weiterhin in die Verantwortung nehmen!

(Ulf Thiele [CDU]: Der Jahresüberschuss liegt bei über 1 Milliarde Euro!)

Vielen Dank. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dr.in Meyer. - Als Nächstes hat sich erneut für die CDU-Fraktion der Kollege Holsten gemeldet. Sie haben eine Restredezeit von etwa zweieinhalb Minuten.

(Beifall bei der CDU)

Eike Holsten (CDU):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Eben bin ich ja nicht dazu gekommen, zwischenzufragen. Deshalb ein kurzer Blick in die Historie, wobei ich nicht bis in die 90er-Jahre zurückgehen will.

Krankenhausstrukturgesetz 2016 - Gröhe. Pflegepersonal-Stärkungsgesetz 2019 - Spahn. Krankenhauszukunftsgesetz 2020 - Spahn. Kalter-Strukturwandel-Gesetz 2024 - Lauterbach.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mich interessiert schon - das hätte ich Sie gerne gefragt, Frau Schüßler -, was Sie davon halten, dass Ihr Genosse Lauterbach seine beiden zentralen Versprechen im Zuge des KHVVG, nämlich die Frage der Auswirkungsanalyse und das Vorschaltgesetz bzw. die Überbrückungsfinanzierung, gebrochen hat.

Außerdem frage ich, was daran falsch sein kann, dass man seine Elfenbeinturmpolitik, wie sie ja häufig genannt wird, und die ihr innewohnende Fehlsteuerung korrigieren will, wie das in unserem Wahlprogramm steht. Denn Minister Philippi war es ja höchst selbst, der das im Bundesrat deutlich kritisiert hat, weil er ein Kliniksterben befürchtet, und die mangelnde Überbrückungsfinanzierung angeprangert hat. Nachzulesen im Bundesratsprotokoll!

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich schon, was Ihre Antwort sein wird, wenn Ihnen jedes zweite Haus im Land Niedersachsen sagt, dass sie das Jahr 2027 nicht erreichen, weil sie vor Inkrafttreten der Reform kaputtgegangen sein werden.

(Beifall bei der CDU)

Zu guter Letzt: Wozu dienen Ihnen eigentlich die 2 Milliarden Euro in der Rücklage und die 1 Milliarde Euro, die Sie aus dem Jahresabschluss 2024 erwarten dürfen, wenn nicht dazu, die Kommunen und die Krankenhäuser endlich zu entlasten?

(Beifall bei der CDU - Claudia Schüßler [SPD] geht ans Redepult)

Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Kollegin Schüßler, Sie haben sich zu Wort gemeldet, aber Sie haben leider keine Redezeit mehr. Ich kann Ihnen das Wort nicht erteilen, da bitte ich um Nachsicht.

(Claudia Schüßler [SPD]: Dann kann ich die Frage leider nicht beantworten!)

Herr Holsten ist im Moment noch kein Minister.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD - Zurufe von der CDU: Oh!)

Insofern kann ich Ihnen auf seine Erwiderung keine Redezeit geben.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es nicht. Insofern kommen wir jetzt zur Ausschussüberweisung.

Vorgeschlagen ist, als federführend den Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung und als mitberatend den Ausschuss für Inneres und Sport und den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu benennen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 40:

Erste Beratung:

Die Fachkräfte von morgen brauchen jetzt unsere bestmögliche Unterstützung - berufliche Orientierung an niedersächsischen Schulen ausbauen und weiterentwickeln! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6283

Zur Einbringung hat sich gemeldet: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Nzume. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Lena Nzume (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleg*innen! Es ist schön, dass wir zum Ende des Plenums wieder das wichtige Thema der beruflichen Orientierung aufrufen. Ich sage es noch mal - an die Kolleg*innen der CDU -: Wir hätten diesen Antrag gerne fraktionsübergreifend auf den Weg gebracht, denn uns allen ist klar: Unsere Fachkräfte von Morgen verdienen die bestmögliche Unterstützung.

Heute legen wir einen umfangreichen und zukunftsweisenden Antrag zur beruflichen Orientierung vor. Anders als die CDU tragen wir aber die Verantwortung, dass alle Interessensgemeinschaften eingebunden werden und dass die bestmögliche Umsetzung garantiert ist. Genau darum ist es nicht immer schnell-schnell, sondern auch: Gut Ding will und muss Weile haben. Deshalb haben wir mit vielen Verbänden gesprochen. Es gab einen Prozess in verschiedenen Werkstätten. Gern stelle ich Ihnen wesentliche Punkte unseres Antrages vor.

Berufliche Orientierung soll ein festes Bildungsziel in unserem Schulgesetz werden. Wir fordern eine klare Verankerung der beruflichen Orientierung in allen weiterführenden Schulformen, insbesondere an den Gymnasien, aber auch an den Vollzeitschulformen der berufsbildenden Schulen, im Rahmen des Niedersächsischen Schulgesetzes.

Punkt 2: Dieser Prozess braucht natürlich Unterstützung. Deshalb wollen wir prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die Menschen zu unterstützen, die die Koordination mit außerschulischen Partnern übernehmen und die Berufsorientierung effektiv und nachhaltig gestalten. Das sind aber nicht immer Lehrkräfte, sondern oftmals sind es auch Sozialpädagog*innen. Diese brauchen an dieser Stelle andere Unterstützungsmöglichkeiten.

Ein Punkt, der mir auch sehr wichtig ist, ist, dass wir Praktika in allen Schulformen verbindlich machen wollen. Das ist ein wichtiger Schritt, denn wir haben in der Beratung festgestellt, dass an den Gymnasien zu wenig passiert. Wir wollen jetzt Praktika in der Sekundarstufe°I ermöglichen, damit auch dort junge Menschen die Berufswelt kennenlernen. Das ist ein unerlässliches Element, um Theorie und Praxis miteinander zu verbinden.

Aber es reicht nicht, die Praktika verbindlich zu machen. Wir möchten diese flexibilisieren. Denn manche Kinder möchten einmal pro Woche in einen Betrieb gehen, andere möchten gerne über Wochen ein Praktikum machen. Wir sehen Berufsorientierung als Prozess und Kompetenzorientierung. Deswegen ist es wichtig, von den Fähigkeiten der Individuen auszugehen, damit alle Schüler*innen alle Facetten der beruflichen Welt kennenlernen können.

Dazu ist es wichtig, die Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Lernorten und Partner*innen zu stärken - und natürlich auch zwischen den Schulen, das heißt zwischen den berufsbildenden Schulen, zwischen den allgemeinbildenden Schulen, aber auch mit den Kammern, der Agentur für Arbeit und den Berufsagenturen.

Weitere Punkte unseres Antrags sind die Zusammenarbeit mit den Eltern, das Thema Inklusion - die wir auch ausbauen wollen -, aber natürlich auch die Dokumentation der Berufspraxis und der beruflichen Orientierung. Das wollen wir mit der Schüler*innen-ID angehen. Wir wollen prüfen, welche

Möglichkeiten es gibt, um die Nachvollziehbarkeit der Berufsbiografien herstellen zu können.

Wir verfolgen mit unserem Antrag einen systemischen, einen prozessorientierten und einen ganzheitlichen Ansatz. Ich habe schon gesagt, wir wollen gerne mit den Eltern zusammenarbeiten, mit allen Akteur*innen, die im Übergangssystem wichtig sind. Genau deshalb ist es uns auch wichtig, Kompetenzorientierung in den Blick zu nehmen. Wir möchten einerseits die beruflichen Themen in allen Curricula implementieren, wir möchten andererseits aber auch die verschiedenen Kompetenzfeststellungsverfahren evaluieren.

Das Thema Evaluation ist mir immer sehr wichtig. Deshalb freue ich mich, dass wir das verankern konnten, um zu schauen: Welche Maßnahmen sind wie effektiv? Welche Maßnahmen haben sich in den Regionen bewährt? Wie können wir sie in verschiedene andere Regionen übertragen?

Mein Kollege Philipp Meyn hat schon am Mittwoch erwähnt, dass es gerade beim Thema Kompetenzorientierung auch Kritik gibt. Diese Kritik möchten wir gerne aufnehmen und uns damit auseinandersetzen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Weil uns allen das Thema wichtig ist, freue ich mich, dass wir heute noch mal darüber sprechen. Insbesondere freue ich mich auf die konstruktive Beratung im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Unruhe)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Nzume.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf darum bitten, dass, wenn Gespräche geführt werden sollen, diese möglicherweise nach draußen verlegt werden, damit hier der Beratung gefolgt werden kann.

Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU der Kollege Reinken. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Lukas Reinken (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sprechen nun das zweite Mal in dieser Plenarwoche über das wichtige Thema Berufsorientierung. Allein das ist schon ein gutes und wichtiges Signal in das Land. Rot-Grün hat unseren Antrag am Mittwoch abgelehnt. Jetzt, anderthalb Jahre nach unserem Antrag, bringen Sie Ihre eigenen Punkte ein. Auch das ist erst mal ein gutes Signal, dass etwas kommt.

Eigentlich wollten Sie ja auf den neuen BO-Erlass der Kultusministerin warten. Der sollte im Herbst letzten Jahres fertig und jetzt eigentlich in der Verbandsanhörung sein. Offensichtlich hat es auch Ihnen zu lang gedauert.

Was also enthält Ihr Antrag? Sie wollen Berufsorientierung an Gymnasien stärken. Dazu wollen Sie auch dort zum Beispiel ein Pflichtpraktikum einführen. Vor 48 Stunden haben Sie das noch abgelehnt.

(Eike Holsten [CDU]: Ach ja!)

Sie wollen Kooperationen zwischen allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen intensivieren. Vor 48 Stunden haben Sie das noch abgelehnt.

(Eike Holsten [CDU]: Ja!)

Die genauso wichtige Kooperation und Vernetzung mit Unternehmen und Kammern lassen Sie zum Beispiel völlig außen vor.

Sie wollen das Thema Berufsorientierung in der Lehrkräfteausbildung stärken. Gut so! Vor 48 Stunden haben Sie das noch abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich finde es ziemlich unredlich, dass Sie hier am Mittwoch gegen all diese Punkte stimmen und heute genau das als Maßnahmen vorschlagen. Das ist schon ein ziemlich starkes Stück.

(Beifall bei der CDU und von Jozef Rakicky [fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ausbau inklusiver Angebote in der Berufsorientierung ist in der Tat ein spannender Punkt in Ihrem Antrag, über den wir auch im Gesamtkontext der Inklusion in den Schulen noch sprechen müssen.

Gleichzeitig gilt es, die Bildungs-ID voranzutreiben. Gut, dass Sie das aufgenommen haben. Sie schlagen zumindest eine Prüfung vor, wie die Bildungs-ID auch in der Berufsorientierung genutzt werden kann. Ansonsten lassen Sie in Ihrem Antrag allerdings das gesamte Thema der Digitalisierung, der digitalen Angebote, der Apps und auch des Einsatzes von künstlicher Intelligenz vollständig außer Acht.

Wie wollen Sie eigentlich Berufsorientierung im Jahr 2025 gestalten, ohne an die Möglichkeiten der digitalen Welt zu denken? Das ist völlig lebensfremd.

(Beifall bei der CDU)

Denn eines ist doch klar: Eine gute Berufsorientierung, die den Schülerinnen und Schülern Konzepte anbietet, mit denen sie wirklich etwas anfangen können, muss die Schülerinnen und Schüler doch dort abholen, wo sie sind. Das muss dann eben auch über Apps funktionieren. Das muss auch im digitalen Raum stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Ebenfalls lassen Sie den Punkt vollständig außen vor, was wir eigentlich mit den Schülerinnen und Schülern machen, die keine Perspektive nach der Schule gefunden haben, die keinen Berufsweg einschlagen. Übrigens: Unabhängig davon, ob sie einen Schulabschluss machen oder nicht, dürfen wir diese Menschen nicht übersehen. Die Schulen können bereits heute eine Meldung an die Bundesagentur für Arbeit machen, damit diese eine Beratung anbieten kann. Wir wollen, dass diese Meldung zum Standard wird, sodass kein Mensch im System verlorengehen kann.

Weiterhin weigern Sie sich, anzuerkennen, dass die Beauftragten der Berufsorientierung in den Schulen auch Zeit dafür brauchen, diese wichtige Aufgabe zu leisten. Wir bleiben dabei: Die Streichung der Anrechnungsstunden der BO-Beauftragten ist ein Fehler und muss rückgängig gemacht werden.

Meine Damen und Herren, ja, Ihr Antrag enthält einige kluge Punkte - ohne Frage. Die meisten davon haben Sie aber vor 48 Stunden noch abgelehnt. Darüber hinaus ist Ihr Antrag nicht weitgehend genug. Wichtige Trends und große Fragen - ich bin darauf eingegangen - lassen Sie unbeantwortet.

Aber eines ist nach den Beratungen hier am Mittwoch und auch in den letzten anderthalb Jahren ganz klar: Der Ausschuss hat sich umfassend mit der Berufsorientierung beschäftigt. Wir können Entscheidungen treffen, oder wir können noch ein weiteres Jahr warten. Aber wir haben uns schon ein Jahr lang detailliert damit auseinandergesetzt. Wir haben eine tolle Bereisung nach Oldenburg durchgeführt. Wir haben mit Experten gesprochen. Wir haben viel darüber diskutiert.

Ihr Antragstitel enthält eine richtige Feststellung, nämlich dass die Fachkräfte von morgen unsere Unterstützung jetzt brauchen - jetzt, nicht in einem Jahr, nicht in anderthalb Jahren, sondern jetzt! Da wir sicherlich alle miteinander kein Erkenntnisproblem haben, was die Berufsorientierung braucht, sondern einfach in der Umsetzung nichts passiert, fordere ich Sie auf - Herr Meyn wird ja gleich auch noch sprechen -: Wir können eigentlich schon heute über diesen Antrag abstimmen. Wir haben alle Informationen. Beantragen Sie doch die sofortige Abstimmung! Wir wären bereit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Reinken. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der SPD der Kollege Meyn. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

Philipp Meyn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Leben gibt es zwei ganz besonders wichtige Entscheidungen. Die eine Entscheidung ist diejenige für den Partner oder die Partnerin, und die zweite ist, welchen Beruf man wählt. Bei der zweiten können wir politisch durchaus den Rahmen setzen und sind wir dazu aufgefordert.

Mich begeistert es, wenn ich in Oberschulen und IGSen bin und sehe, mit was für einer Handlungsorientierung dort berufliche Orientierung betrieben wird. Wir haben hier auch eine Schulklasse, die wird dabei auch etwas erlebt haben. Mit Schülerfirmen werden dort ganz real Schwerpunkte gesetzt, und mit außerschulischen Partnern gibt es dort Kooperationen. Es ist großartig, was dort aktuell läuft.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Auch an den niedersächsischen Gymnasien wird das Thema berufliche Orientierung immer stärker gelebt. Der Erlass 2018 hat da wirklich vieles ins Rollen gebracht. Ich selber durfte Koordinator für berufliche Orientierung werden und konnte sehen, dass dort mit 25 Praxistagen und vielen weiteren Maßnahmen wirklich etwas ins Rollen gebracht worden ist. Aber wir stellen jetzt fest: Wir brauchen dort noch mehr Verbindlichkeit, wir brauchen noch ein weiteres verpflichtendes Praktikum in den Gymnasien, möglichst im Jahrgang 8/9. Das wollen wir mit diesem Antrag voranbringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Gleichwertigkeit von Ausbildung und Studium gilt es auch auf diesem Weg herauszustellen. Der neue Erlass berufliche Orientierung soll dahin gehend noch praxisnäher aufgestellt werden.

Für den kommenden Erlass, Herr Reinken, wurde meines Erachtens nie ein Zeitplan genannt. Ich weiß nicht, woher Sie diese Information nehmen.

(Lukas Reinken [CDU]: Von der Homepage des Kultusministeriums!)

Nun zu den konkreten Inhalten insgesamt dieses Antrages. Das ist ja schon etwas überraschend, liebe Kollegen und Kolleginnen der CDU. Ich werde das gleich dezidiert vortragen. Denn vorgestern wurde ich von der Kollegin Bauseneick - Mitglied im Kultusausschuss - gefragt: Zukunftstag - ist dies das Konzept von Rot-Grün? Es ist ein bisschen schade, wenn man diesen Antrag im Kultusausschuss nicht mal gelesen hat. Heute am Zeugnistag ist das nicht so gefährlich - die Zeugnisse sind geschrieben -, aber die Bewertung erspare ich mir. Das war aber schon etwas merkwürdig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Insofern: Nein, ein Zukunftstag reicht nicht aus. Ich werde das jetzt noch einmal ganz dezidiert vortragen. Sie haben ja auch kluge Punkte genannt.

Der erste ist natürlich unser Ziel, im Rahmen des Niedersächsischen Schulgesetzes eine Verankerung der beruflichen Orientierung in allen weiterführenden Schulformen zu implementieren und des Weiteren geeignete Unterstützungsmöglichkeiten zur Umsetzung der beruflichen Orientierung in den Schulen zu bieten und eine wirksame schulinterne und außerschulische Koordination zu ermöglichen. In der Schule findet die wesentliche Arbeit von Lehrkräften, aber mittlerweile auch von Sozialpädagogen statt.

Weiter ist es unser Ziel, die schulischen Betriebspraktika - das habe ich gesagt - auszubauen und zu flexibilisieren. Sie merken also: Es geht nicht nur um den Zukunftstag.

Ein weiterer Punkt ist, die Zusammenarbeit zwischen allgemein- und berufsbildenden Schulen zu intensivieren und Kooperationen bei Praxistagen zu stärken. Hier ist ein ganz expliziter Punkt, Herr Reinken, warum wir mit Ihrem Antrag einfach nicht mitgehen konnten. Sie wollen nämlich ganz zentralis-

tisch einen Kooperationszwang vorschreiben. Dabei gehen wir nicht mit. Wir wollen Freiräume für unsere Schulen in diesem Punkt.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Das möchten im Übrigen auch viele Vertreter aus der Wirtschaft, die sagen: Verdammte Kiste, warum jetzt eine verordnete Kooperation? Die sind da nämlich weitestgehend aus dem Spiel genommen.

Ein weiterer Punkt: Die Einbeziehung und Beratung von Eltern und Erziehungsberechtigten sind uns wichtig.

Ferner - das haben Sie auch gesagt - ist die Lehramtsausbildung ein Punkt. In den Fachcurricula gilt es, in jedem Bereich Praxisbezüge zu implementieren. Dadurch wird der Unterricht interessant. Dadurch werden Lebensweltbezüge deutlich.

Ein weiterer Punkt: Kompetenzfeststellungsverfahren sind wichtig. Die Pflicht zu einem Profil AC - so sagte es auch eben meine Kollegin Frau Nzume sehr genau - sollte allerdings überdacht werden. Alles muss danach ausgerichtet werden, wie durchführbar es letztendlich ist.

Der Punkt "Einführung einer Schüler-ID bzw. Auszubildenden-ID" ist wirklich ein Punkt, der uns extrem voranbringen könnte. Die Schüler-ID würde eine bessere Nachvollziehbarkeit von Bildungsbiografien ermöglichen und auch die Teilnahme an BO-Maßnahmen digital dokumentieren. Das ist ein wesentlicher Punkt.

Ich fahre fort: weiterer Einbezug der Angebote der Berufsberatung. Man muss wissen: Hier arbeiten Bund und Land Hand in Hand. Das funktioniert sehr gut mit den Berufsberaterinnen und Berufsberatern der BA, die in die Schule kommen, die gut geschult sind und die Schülerinnen und Schüler wirksam beraten. Daran wollen wir natürlich festhalten.

Dann kommt der Punkt, der von Ihnen auch gelobt wurde: Ausbau inklusiver Angebote im Kontext der beruflichen Orientierung, beispielsweise durch Maßnahmen der individuellen Förderplanung beruflicher Integration. Die Zusammenarbeit der beruflichen Orientierung mit der Reha-Beratung der Agentur für Arbeit und den Ausbau der beruflichen Orientierung in Förderschulen wollen wir vorantreiben. Genauso wollen wir auch die berufliche Orientierung im Rahmen des Startchancen-Programms weiterführen und einbauen.

Sie haben also gehört: Da gibt es noch weitere Aspekte, die bei Ihnen nicht vorhanden waren. Aber ich fand es auch durchaus interessant zu sagen: Wir müssen auch mehr das Haptische, das Werken einbauen. Deswegen die Aufforderung: Lassen Sie uns das doch in einem gemeinsamen Antrag zusammenführen! Bei dem Antrag "Retten macht Schule" haben wir das auch hinbekommen. Man sollte hier nicht immer nur das Trennende erwähnen.

Aber ich wiederhole mich: Es waren einige Aspekte dabei, die nicht zustimmungswürdig sind. Unsere außerschulischen Partnerinnen und Partner gilt es doch einzubauen. Das haben Sie von Beginn an nicht getan. Sie haben einen Antrag geschrieben, Sie sind nach Oldenburg gefahren, Sie haben sich das angehört - und nichts davon ist in Ihren Entschließungsantrag eingeflossen. Das unterscheidet Ihren von unserem Entschließungsantrag. Ich freue ich mich auf die knackige Ausschussdiskussion.

Besten Dank und ein schönes Wochenende!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Meyn. Ganz so weit im Wochenende sind wir noch nicht. Bevor wir die Beratung fortsetzen, wechseln wir noch einmal den Sitzungsvorstand.

(Vizepräsident Marcus Bosse übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir bleiben bei dem Tagesordnungspunkt 40. Die nächste Wortmeldung kommt aus der Fraktion der AfD: vom Abgeordneten Harm Rykena. Bitte schön, Herr Rykena!

(Beifall bei der AfD)

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Am Mittwoch haben wir über einen CDU-Antrag mit nahezu dem gleichen Inhalt debattiert. Dieser wurde mit der rot-grünen Mehrheit abgelehnt. Zudem haben wir im Kultusausschuss, wie es schon mehrfach erwähnt worden ist, bereits anderthalb Jahre über das Thema debattiert.

Heute bringen nun die beiden regierungstragenden Fraktionen einen eigenen Antrag ein, der fast deckungsgleich mit dem abgelehnten Antrag ist. Nun ja. Schauen wir auf die wichtigsten Unterschiede zwischen den Anträgen.

Zunächst ist der neue Antrag ein typischer Regierungsantrag. Das heißt, zuerst begrüßt er, und dann bittet er. Auch hier: Nun ja.

(Sebastian Zinke [SPD]: Messerscharf geschlossen!)

Den Abschnitt "Der Landtag … begrüßt" mit, wenig überraschend, einer ganzen Reihe bereits bestehender Maßnahmen lasse ich jetzt mal aus. Nur für diese Feststellung wäre ein neuer Antrag nun wirklich nicht notwendig gewesen.

Der Abschnitt "Der Landtag bittet" ist schon interessanter. Wie bei der CDU wird zwar auch eine Verbindlichkeit von berufsorientierenden Maßnahmen gefordert, jedoch verbunden mit mehr Flexibilität bei der Umsetzung. Das halten wir tatsächlich für richtig. Die regionalen Umstände unterscheiden sich teilweise doch sehr. Darauf muss zwingend Rücksicht genommen werden.

Des Weiteren fordert der neue Antrag explizit die Einbeziehung der Eltern. Auch das finden wir richtig und wichtig.

Auch die nun geforderte Verankerung berufskundlicher Themen in allen Unterrichtsfächern habe ich so im CDU-Antrag nicht gesehen. Das ist ebenfalls eine gute Idee.

Schließlich könnte sich der Einsatz von Kompetenzfeststellungsverfahren statt der bisher vorgeschriebenen Potenzialanalysen als guter, pragmatischer Ansatz erweisen. Hier gab es von den Schulen mehrfach Klagen über den hohen Zeitaufwand.

Ob für diese Punkte ein eigener Antrag nun notwendig war, zumal er ohnehin nur einen appellativen Charakter hat, ist allerdings fraglich, zumal ein wichtiger Punkt des CDU-Antrags hier fehlt - er wird nämlich nur angedeutet -: die Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung und akademischer Bildung. Die soll nämlich jetzt im neuen Antrag nur nahegebracht werden. Tatsächlich besteht sie aber faktisch nicht. Diesen Umstand gilt es mit konkreten Maßnahmen zu ändern. Die berufliche Bildung muss der akademischen Bildung erst noch gleichgestellt werden.

Vermutlich wäre hier also - das hat Herr Meyn ja eben schon angedeutet - ein gemeinsamer Antrag die bessere Lösung gewesen. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Positionen aller Fraktionen - auch unserer - allzu weit auseinanderliegen, vielleicht mit Ausnahme des Umfangs der Berufsorientierung an Gymnasien, zu der wir eine etwas andere Position vertreten.

Bleibt die Frage, warum diese Vorschläge in den anderthalb Jahren nicht schon vorher in den Ausschuss gekommen sind. Vielleicht hat es dazu doch den Druck von der CDU gebraucht. Mal sehen, wie die Beratungen im Ausschuss diesmal verlaufen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen uns zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

(Zuruf von Jozef Rakicky [fraktionslos])

- Entschuldigung, bitte! Durch den Wechsel im Präsidium ist die Wortmeldung untergegangen. Bitte schön, Herr Rakicky!

MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine bürgerfreundliche und anständige demokratische Politik zeigt sich unter anderem im Umgang der Parteien bzw. Fraktionen und einzelnen Politiker miteinander. Heute erleben wir hier wieder einmal ein Beispiel, wie man es nicht machen sollte.

Es ist keine 48 Stunden her, dass der Landtag mit der Mehrheit der Fraktionen der SPD und der Grünen den Antrag unter TOP 15 abgelehnt hat. Zur Erinnerung: Der Antrag lautete "Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen ausbauen". Jetzt beraten wir über den Antrag: "Die Fachkräfte von morgen brauchen jetzt unsere bestmögliche Unterstützung - berufliche Orientierung an niedersächsischen Schulen ausbauen und weiterentwickeln!"

Mithin beraten wir also über dasselbe Thema erneut. Der einzige wesentliche Unterschied ist: Der Antrag unter TOP 15 kam dummerweise von der CDU-Fraktion. Es scheint so, als sei er schon deshalb von den Regierungsfraktionen abzulehnen. So sieht also die politische Kultur in diesem Landtag aus!

(Thore Güldner [SPD]: Nicht zugehört!)

Für den Bürger verstärkt sich der Eindruck, dass es den Fraktionen nicht darum geht, Probleme der Gesellschaft zu lösen, sondern vor allem darum, parteipolitische Interessen zu verfolgen. Soweit eine Problematik von den Parteien unterschiedlich beurteilt wird, kann der Bürger den Dissens nachvollziehen. Wenn man aber in der Sache grundsätzlich einig ist, wie es hier der Fall ist, versteht er das genannte Vorgehen nicht.

In der Sache selbst sind alle Maßnahmen zu begrüßen, die den Schülern einen Einblick in die Berufswelt ermöglichen, um eine möglichst gute Berufswahl zu treffen. Und es ist richtig, die jahrzehntelange Überakademisierung zu korrigieren. Aber muss es gleich eine Offensive der Berufsorientierung sein? Lehrer sollen schon heute Seelsorger, Familienberater, Krisenmanager, Gewaltpräventionstrainer, Eventmanager und Integrations- sowie Inklusionshelfer sein und ganz nebenbei auch noch unterrichten. Müssen wir wirklich noch an die Lehrerausbildung heran, um sie auch noch zu Jobberatern zu machen? Wie soll ein Gymnasiallehrer, der Latein oder Geschichte unterrichtet, zum Beispiel handwerkliche Berufsorientierung vermitteln?

Ein anderer Aspekt: Die Berufswelt ändert sich stetig, und ein Beruf, der heute gefragt ist, wird möglicherweise in einigen Jahren aus der Wirtschaft verdrängt. Auch die beruflichen Interessen der Schüler ändern sich im Laufe der Zeit.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Das kommt davon, wenn man selbst vor 60 Jahren stehen geblieben ist!)

Und noch ein Aspekt aus der Erfahrung langjähriger Lehrer: Viele Schüler, die nicht wissen, welchen Beruf sie ergreifen wollen, werden auch durch Berufsorientierung nicht schlauer, weil sie sich zwischen vielen Möglichkeiten nicht entscheiden können oder wollen. Es gibt eben Menschen, die erst spät ihre wahre Berufung erkennen. Daran ändert auch die von Rot-Grün vorgeschlagene Schüler-ID nichts. Man sollte deshalb die Berufsorientierung in den Schulen nicht als Allheilmittel für die Behebung des Fachkräftemangels ansehen.

Viel wichtiger erscheint mir, die Schüler insgesamt für die Arbeitswelt fit zu machen. Ein Schüler, der nicht lesen und schreiben kann, der nur über mangelnde Deutschkenntnisse und über keine mathematischen und technischen Fähigkeiten verfügt und eine unzureichende körperliche Fitness aufweist, ist für den Arbeitsmarkt denkbar ungeeignet. Da hilft auch eine berufliche Orientierung bester Güte nichts. Auch fehlende Motivation kann nicht dadurch ersetzt werden, dass der Schüler viele Berufe kennenlernt.

Meine Damen und Herren, bei einer sachgerechten Auseinandersetzung mit dem Thema dürfte es doch möglich gewesen sein, dass die sehr ähnlichen Anträge von allen Beteiligten positiv diskutiert werden mit dem Ziel, die hier nicht so großen Differenzen zu beseitigen, die einzelnen Forderungen zu optimieren und dann gemeinsam anzunehmen. Das ist nämlich das, was der Wähler von uns allen erwartet.

Vielen Dank.

(Thore Güldner [SPD]: Da klatscht keiner!)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Und noch einmal eine Wortmeldung der Abgeordneten Nzume vom Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben eine Restredezeit von knapp 30 Sekunden. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lena Nzume (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. Die 30 Sekunden sollten reichen.

Ich wollte nur noch einmal darstellen, dass wir immer eine Zusammenarbeit mit der demokratischen Opposition angeboten haben und auch jetzt auf eine konstruktive Zusammenarbeit und Diskussion im Ausschuss hoffen. Aber mit Demokratiefeinden werden wir nicht zusammenarbeiten - weder heute noch in Zukunft!

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Unruhe bei der AfD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen nun aber tatsächlich nicht mehr vor. Wir kommen somit zur Ausschussüberweisung.

Vorgeschlagen wird, diesen Antrag in den Kultusausschuss zu überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage der Vollständigkeit halber nach Gegenstimmen. - Ich frage nach Enthaltungen. - Das ist einstimmig. Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt für heute:

Tagesordnungspunkt 41:

Erste Beratung:

Gemeinsam die Resilienz Niedersachsens stärken - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6284

Zur Einbringung hat sich gemeldet: aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Pascal Leddin. Bitte schön, Herr Leddin!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Pascal Leddin (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Sicherheitslage hat sich dramatisch verändert. Der Krieg in der Ukraine, zunehmende Cyberangriffe, Spionageaktivitäten, aber auch Naturkatastrophen und die wachsende Bedrohung durch Terrorismus zeigen: Der Schutz unserer Bevölkerung und unserer kritischen Infrastruktur ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Niedersachsen als wirtschaftliches und logistisches Herz Norddeutschlands trägt hier eine besondere Verantwortung. Zivilschutz darf nicht länger ein Randthema sein. Wer heute die Risiken unterschätzt, gefährdet unsere Versorgungssicherheit von morgen. Das dürfen wir nicht zulassen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb brauchen wir eine umfassende Strategie, die alle Bedrohungsszenarien berücksichtigt - von digitalen Attacken über physische Angriffe auf unsere Infrastruktur bis hin zu Naturkatastrophen oder biologischen Gefahrenlagen.

Lassen Sie mich dies an einem kurzen Beispiel verdeutlichen: Am 30. April 2015 erhielten mehrere Bundestagsabgeordnete eine E-Mail mit einem vermeintlich harmlosen Link. Die Folge: Der gesamte Bundestag wurde infiziert. 16 GB sensible Daten wurden gestohlen. Das zeigt: Cyberangriffe sind eine reelle Gefahr.

Doch wir dürfen nicht nur auf digitale Bedrohungen schauen. Auch gezielte Sabotageakte oder Extremwetterereignisse können unser gesellschaftliches Gefüge erschüttern. Hierfür brauchen wir klare Antworten!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Daher braucht Niedersachsen ein Zivilschutzkonzept, das auf drei zentralen Säulen ruht:

Erstens: Prävention. Wir müssen Risiken frühzeitig erkennen, kritische Infrastruktur schützen und Vorsorgepläne für verschiedene Bedrohungsszenarien entwickeln.

Zweitens: Reaktionsfähigkeit. Klare Handlungsabläufe, schnelle Krisenkommunikation und gut ausgestattete Katastrophenschutzkräfte sind essenziell.

Drittens: Resilienz der Gesellschaft. Eine gut informierte Bevölkerung kann im Ernstfall helfen, Schäden zu minimieren und schneller zur Normalität zurückzukehren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was bedeutet das konkret? Wir müssen Notfallpläne überarbeiten, unsere Versorgungsnetze sichern und Schulungen für den Krisenfall ausweiten. Wir müssen sicherstellen, dass im Katastrophenfall Kommunikation und Koordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen reibungslos funktionieren, und wir müssen unsere Energie- und Wasserversorgung so absichern, dass Niedersachsen auch in Krisenzeiten handlungsfähig bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deswegen gehen wir mit unserem Antrag die ersten Schritte, um den Zivilschutz auch auf Landesebene aktiv zu stärken - in enger Abstimmung mit dem Bund. Unser Ziel ist ein modernes, ganzheitliches Schutzkonzept, das Niedersachsen auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, bei diesem Thema dürfen wir uns nicht von parteipolitischem Kalkül oder Panikmache leiten lassen. Es geht nicht darum, Bunker zu bauen, Ängste zu schüren oder apokalyptische Szenarien zu entwerfen. Nein, wir

handeln mit Weitblick, pragmatisch und verantwortungsvoll - so, wie es die Menschen in Niedersachsen erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, unser Land sicherer zu machen!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der CDU der Abgeordnete Alexander Wille. Bitte schön, Herr Wille!

(Beifall bei der CDU)

Alexander Wille (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag von SPD und Grünen zur Stärkung der Resilienz in Niedersachsen greift ein grundsätzlich wichtiges Thema auf: Die Sicherheit unseres Landes, der Bevölkerung und unserer kritischen Infrastruktur verdient höchste Aufmerksamkeit.

Doch lassen Sie es mich gleich zu Beginn direkt auf den Punkt bringen: Auch dieser Antrag bleibt in Prüfaufträgen stecken und verpasst es, konkrete und nachhaltige Maßnahmen vorzulegen und sie auch umzusetzen. Anstatt endlich zu handeln, setzen SPD und Grüne wieder einmal auf eine lange Liste an Prüfungen.

Die CDU hat längst konkrete Vorschläge für einen besseren Schutz unserer Bevölkerung vorgelegt. So haben wir allein mit unserem Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2025 klare finanzielle Verbesserungen in diesem Bereich eingefordert und auch konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.

Erstens. Eine Aufstockung des vorgesehenen Budgets für die im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen um 5 Millionen Euro, nachdem die Landesregierung es zuvor um 1 Million Euro gekürzt hatte. Damit wollen wir die im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen in einem ersten Schritt bei den sogenannten konsumtiven Kosten unterstützen. Zack! Resilienz gestärkt. Das haben Sie abgelehnt.

Zweitens. Weitere 5 Millionen Euro für die Investitionen in Sirenen und Warnsysteme für die Bevölkerung, um in Notlagen unverzüglich die Menschen im Lande auch erreichen zu können. Zack! Resilienz gestärkt. Das haben Sie abgelehnt.

Drittens. Eine zusätzliche Million Euro für die vollständige Gleichstellung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Bereich der Hilfsorganisationen. Damit sollen die Freistellungskosten der Ehrenamtlichen für die Arbeitgeber durch das Land erstattet werden. Zack! Resilienz gestärkt. Das haben Sie abgelehnt.

Viertens. Die CDU-Fraktion hat ein Sicherheitspaket in Höhe von 100 Millionen Euro vorgeschlagen. Dieses Paket umfasst unter anderem eine Beweismittel-Cloud, eine bessere IT-Infrastruktur und zusätzliche Stellen für Polizei und Justiz. Alles das sind konkrete Maßnahmen für mehr Sicherheit in Niedersachsen. Zack! Resilienz gestärkt. Aber auch das haben Sie abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich könnte die Liste meiner Aufzählungen noch ergänzen; leider fehlt mir heute die Zeit dazu.

Besonders alarmierend ist zudem unverändert der schlechte Zustand des Niedersächsischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz. Die Ausbildungsstätten sind in weiten Teilen marode. Es wird immer noch zu wenig und zu langsam gebaut und saniert. Die Ausstattung ist unzureichend, und die personellen Ressourcen sind unverändert ungenügend.

Wenn ich Ihnen, meine Damen und Herren, im letzten Jahr vorgetragen habe, dass im NLBK 8 Personalplanstellen für Dozentinnen und Dozenten durch Kündigungen unbesetzt waren, so muss ich Ihnen heute mitteilen und erklären, dass aktuell 13 Personalplanstellen durch weitere Abgänge unbesetzt sind. Diejenigen, die tagtäglich für unsere Sicherheit einstehen und sich aus- und fortbilden lassen wollen, müssen unter Bedingungen arbeiten, die längst nicht mehr zeitgemäß sind und mittlerweile seit Jahren den tatsächlichen Bedarfen nicht gerecht werden.

In diesem Zusammenhang hat Innenministerin Behrens bei der Vorstellung ihres Ressorthaushaltes im Innenausschuss im vergangenen Jahr auf meine Nachfrage, was sie denn vorhabe, um diese unbesetzten und dringend nötigen Personalplanstellen wieder zu besetzen, sinngemäß geantwortet, dass sie keinen Personalaufbau wolle, sondern auf eine

digitale Lösung setze. Meine Damen und Herren, weiter können Wahrnehmung und Wirklichkeit nicht auseinanderfallen.

(Beifall bei der CDU)

Allein die völlig inakzeptable Deckung des Bedarfs an Aus- und Fortbildung unserer Feuerwehren ist nicht nur völlig ungenügend, sondern hat das Potenzial - wenn die Landesregierung jetzt nicht unverzüglich und entschlossen handelt -, zu einem handfesten Sicherheitsproblem für Niedersachsen zu werden.

Wenn die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen es mit der Resilienz unseres Landes wirklich ernst meinen, dann müssen sie auch hier ansetzen. Mit Investitionen in moderne Ausbildungs- und Übungsstrukturen, anstatt weitere Prüfaufträge in die Welt zu setzen. Bei diesen Punkten ist keine Prüfung erforderlich, sondern ein klarer, leistungsfähiger Finanzierungsplan, den Frau Innenministerin Behrens nun auch endlich vorlegen muss. Wenn dann noch ein klarer politischer Wille hinzukommt, die bekannten Probleme und Herausforderungen zu lösen und abarbeiten zu wollen, wäre es um die Resilienz in Niedersachsen - zack! - schon deutlich besser bestellt.

(Beifall bei der CDU)

Ich hatte es eingangs schon angesprochen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Uns ist auch die Gleichstellung *aller* ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz - der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks, des Rettungsdiensts und aller anderen Hilfsorganisationen - ganz besonders wichtig. Ein entsprechender Gesetzentwurf der CDU-Fraktion liegt seit dem letzten Jahr auf dem Tisch. Den dringenden Regelungsbedarf der Helfergleichstellung haben Sie bei der ersten parlamentarischen Debatte noch weggewischt. Geben Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Ruck, und lassen Sie uns diesen Gesetzentwurf im nächsten Plenum gemeinsam verabschieden - zack!

(Heiterkeit)

Schon hätten wir ganz kurzfristig einen wichtigen Schritt zur Stärkung der Resilienz in Niedersachsen umgesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es darf keine Unterschiede bei der Wertschätzung und Unterstützung geben. Wer ehrenamtlich Leben rettet und für die Sicherheit der Bevölkerung sorgt, verdient klare

gesetzliche Regelungen und bessere Rahmenbedingungen, nicht nur warme Worte und Prüfaufträge.

(Beifall bei der CDU)

Und auch im Bereich der Cyberabwehr bleibt der Antrag von SPD und Grünen vage. Cyberangriffe sind eine reale Bedrohung für Niedersachsen. Es reicht nicht, zu prüfen, wie ein Kommunikationssystem für den Fall eines IT-Ausfalls geschaffen werden kann. Die IT-Sicherheitsstandards für Verwaltung und kritische Infrastrukturen müssen verbindlich verbessert werden. Niedersachsen braucht ein schnelleres Krisenreaktionszentrum für Cyberangriffe, das sofort reagieren kann, anstatt erst nach einem Angriff mühsam nach Lösungen suchen zu müssen.

Wenn man sich dann noch, meine Damen und Herren, klarmacht, dass die Landesregierung im Zuge der Novellierung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes den Kommunen ab sofort und jährlich 6 Millionen Euro aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer wegnimmt, kann Ihr Antrag zur Stärkung der Resilienz nur noch als grotesker Treppenwitz wahrgenommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Antrag, meine Damen und Herren, bleibt insgesamt weit hinter den Anforderungen zurück. Niedersachsen braucht keine weiteren Prüfaufträge, sondern entschlossene politische Entscheidungen. Eine Vielzahl von Gesetzen und Maßnahmen liegt längst auf dem Tisch. Sie müssen nur endlich umgesetzt werden. Ich lade Sie ein, die entsprechenden Gesetze gemeinsam mit uns auf den Weg zu bringen, anstatt sich weiter hinter unverbindlichen Prüfaufträgen zu verstecken. Wer echte Resilienz in Niedersachsen will, muss handeln, nicht nur prüfen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der SPD der Kollege Rüdiger Kauroff.

(Beifall bei der SPD)

Rüdiger Kauroff (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Wille, die Ausbildung bei der Feuerwehr haben wir, immer wenn es um das Brandschutzgesetz und um die Feuerwehren ging, oft genug besprochen. Ich habe das Gefühl, Sie haben es immer noch nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich weiß, dass Sie gestern oder vorgestern auch mit dem Landesfeuerwehrverband zusammengesessen haben und Ihnen auch von dieser Seite erläutert wurde, dass die Ausbildung, wie sie jetzt im Augenblick im Land stattfindet, von den Feuerwehren akzeptiert wird und von den Kommunen, die ja die Ausbildung zum Teil machen, hervorragend abgearbeitet wird. Sich jetzt heute hier hinzustellen und zu sagen - - -

(Zuruf von André Bock [CDU])

- Ja, Sie wissen aber genauso wie ich, dass es in der Führung der NLBK eine Veränderung gegeben hat. Ich gehe davon aus, dass sich im Laufe dieses Jahres diese Angelegenheit erledigen wird. Das ist Ihnen alles bekannt. Sich dann hier hinzustellen und zu sagen: "Alles ist blöd und marode" - tut mir leid, da kann ich Ihnen leider nicht folgen.

Genau das Gleiche ist es, immer und immer wieder von Ihnen die Platte zu hören: Sie wollen die Helfer im Katastrophenschutz gleichgestellt haben. Das haben wir schon! Wenn die Hilfsorganisationen im Katastrophenfall zum Einsatz gerufen werden, dann kriegen alle Helfer, die dort eingesetzt sind, ihren Verdienstausfall bezahlt. Das ist gesetzlich schon längst geregelt. Das müssen wir nicht mehr einfordern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Und zur Ausbildung, Herr Wille: Ich habe schon mal gesagt: Wir können uns gerne mal bei einer Tasse Kaffee oder vielleicht auch bei einem Glas Bier zusammensetzen, und dann versuche ich, Ihnen das nochmal zu erklären, damit Sie und Ihre Fraktion es dann auch verstehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir haben diesen Entschließungsantrag unter die Überschrift "Gemeinsam die Resilienz in Niedersachsen stärken" gestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns doch mal den Begriff Resilienz ganz genau angucken. Was bedeutet das denn eigentlich? Unter Resilienz ist zu finden: Widerstandsfähigkeit, sich trotz ungünstiger Lebensereignisse erfolgreich zu entwickeln. Das ist also eine Möglichkeit, die die

Resilienz bietet. Die Belastbarkeit und innere Stärke steigern - auch das kann man mit Resilienz erreichen. Resilienz bedeutet, langfristig zu denken und für sich realistische Ziele zu entwickeln, eingefahrene Denkpfade dabei auch zu verlassen, die Ursachen eines negativen Erlebnisses genau zu identifizieren und zu analysieren, dabei zukunftsorientiert damit umzugehen und so Alternativen und bessere Lösungen zu erkennen und fortzuschreiben. Das nennt man in der Fachsprache Perspektivwechsel.

Für wen ist Resilienz gedacht, und wer kann sich daran beteiligen? Alle Organisationen, die am Katastrophenschutz beteiligt sind, natürlich auch alle ihre Mitglieder. Und ich schließe ein: Resilienz ist auch etwas für unser Heimatschutzregiment hier in Niedersachsen.

An dem vorliegenden Entschließungsantrag in der Drucksache 19/6284 können Sie erkennen, dass der Angriff auf die Ukraine deutlich gezeigt hat, dass ein robuster und gut funktionierender Zivil- und Katastrophenschutz auch in Niedersachsen notwendig ist. Bereits heute sind wir in Niedersachsen unterschiedlichen Gefahren ausgesetzt. Nicht nur hybride Bedrohungen, sondern auch Spionagefälle und Cyberangriffe gefährden unsere Sicherheit und unsere demokratischen Institutionen.

Dazu kommt, dass wir in Niedersachsen in der Mitte Europas liegen, mit einer nicht ganz unwichtigen Bedeutung auch für die Nord-Süd-Achse. Die niedersächsische Infrastruktur mit den Flughäfen und den Seehäfen könnte für Bedrohungen deshalb ins Visier geraten. Deshalb ist es unerlässlich, dass wir die Resilienz weiter stärken.

Es muss daher auch eine Vorbereitung auf mögliche Krisen- und Katastrophenfälle vorangetrieben werden. Wie schnell uns Katastrophen in Niedersachsen ereilen können, haben wir beim Weihnachtshochwasser im vergangenen Jahr am eigenen Leib erfahren dürfen. Die Ergebnisse der fünf Prüfaufträge - Sie haben ja gesagt, wir hätten eine unheimlich lange Liste mit Prüfaufträgen; nein, wir haben nur fünf - sollen als Grundlage dienen, um gemeinsam die Resilienz in Niedersachsen zu stärken und somit die Selbsthilfefähigkeiten der Bevölkerung und die Strukturen des Zivil- und Katastrophenschutzes zu stärken.

Ich freue mich auf die gemeinsame Besprechung im Innenausschuss und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der AfD der Abgeordnete Marzischewski-Drewes.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Liebe Landsleute! Unsere Sicherheitslage hat sich seit 2015 dramatisch geändert. Magdeburg, Mannheim, Aschaffenburg. Es darf für eine Familie und für Kindergartenkinder eben keine Katastrophe sein, in einem öffentlichen Park am helllichten Tage spazieren zu gehen.

(Beifall bei der AfD)

Ich und die AfD-Fraktion machen Politik, damit dies eben keine Katastrophe wird. Es ist elementare Aufgabe des Staates, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wiederherzustellen und vor Katastrophen zu schützen. Das ist die Kernaufgabe des Staates. Und hier liegt seit Jahren ein großes Versagen vor.

Wir müssen - und die AfD steht dafür bereit - endlich das Vertrauen in die staatlichen Organisationen wiederherstellen. Dafür bedarf es einer Kraftanstrengung. Die Bundesregierung hat mit der von der Bundesministerin des Innern und für Heimat im Juli 2022 beschlossenen Deutschen Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen das Thema wiederbelebt. Mit Stand von Mai 2024 liegt ein Umsetzungsplan vor.

Eine Umsetzung dieser Resilienzstrategie ohne Einbindung der Länder wird selbstverständlich nicht funktionieren. Die Träger des Katastrophenschutzes sind bei uns die Landkreise. Unser haushaltspolitischer Sprecher Peer Lilienthal hat es Ihnen heute Morgen auch schon gesagt: Konnexitätsprinzip? Fehlanzeige! Niedersachsen ist das Flächenland mit der schlechtesten Förderung seiner Kommunen. Die Preise für Feuerwehrfahrzeuge haben sich in den letzten zwei bis drei Jahren um 40 bis 50 % verteuert. Eine Resilienzstrategie ohne finanzielle Unterstützung der Kommunen wird nicht funktionieren.

Herr Wille, Sie haben zur Feuerwehr schon richtig ausgeführt. Hier kann ich Ihnen nur sagen: In meiner Heimatstadt Gifhorn gibt es jetzt den großen Streit zwischen zwei Feuerwehren, nämlich darüber, wer die entsprechenden Kosten trägt. Und es ist bei Weitem nicht so, dass die Feuerwehren einverstanden sind, sondern sie ertragen es. Sie, die Feuerwehrleute, ertragen die Politik unter Rot-Grün.

(Beifall bei der AfD)

Liebe Abgeordnete, es gibt Katastrophen, vor denen kann man sich schützen, man kann sie aber nicht abwenden: Vulkanausbrüche, Orkane sind naturgemacht. Dafür kann man Bevölkerungsschutz machen.

Liebe Landsleute, es gibt Katastrophen, die kann man abwenden. Und das ist gut so. Am 23. Februar können Sie abwenden, dass wir weiter von den Altparteien regiert werden. Diese Katastrophe ist abwendbar.

(Beifall bei der AfD)

Gute Politik ist machbar. Gute Politik für alle Menschen in unserem Land ist machbar. Dafür steht die AfD.

(Zuruf von der SPD: Das ist hier kein Parteitag!)

Wählen Sie am 23. Februar die AfD! Machen Sie Alice Weidel zur Kanzlerin! Dann geht es Deutschland besser.

Vielen Dank.

(Glocke des Präsidenten - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Jetzt reicht es! - Wir sind hier nicht auf einem Parteitag! - Wiard Siebels [SPD]: Wie weit willst du eigentlich noch sinken? Das ist unglaublich!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank. - Noch mal eine Wortmeldung aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: der Kollege Pascal Leddin mit einer Restredezeit von knapp 20 Sekunden. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Pascal Leddin (GRÜNE):

Herr Präsident! Kommen wir mal vom Parteitag wieder zurück in den Plenarsaal und zur Debatte!

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dem Antrag geht es um eine Resilienzstrategie, um eine Krisenkommunikation mit Kommunen, um einen Betreuungsdienst für den Zivilschutz. Herr Wille, Sie haben hier gerade eine nette Oppositionsrede zum Thema Katastrophenschutz gehalten,

aber nicht zum Thema Zivilschutz. Mit Ihren Worten: Zack, am Thema vorbei!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Wir kommen somit zur Ausschussüberweisung.

Vorgeschlagen wird, diesen Antrag in den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Ich frage nach Enthaltungen. - Das ist insofern einstimmig. Dann wird der Antrag entsprechend überwiesen.

Wir kommen nun zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der nächste, 23. Tagungsabschnitt ist von Mittwoch, den 26., bis Freitag, den 28. Februar 2025 vorgesehen. Der Ältestenrat wird den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen, und der Landtag wird entsprechend einberufen werden.

Hiermit schließe ich die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten und angenehmen Heimweg. Ich danke Ihnen. Tschüss!

Schluss der Sitzung: 12:33 Uhr.